

# Statistik in Sachsen Jahrgang 15 – 2/2009

Baugewerbe in Sachsen 2008

Kindertagesbetreuung in Sachsen 2008

Gesundheit und Krankheit im Alter

Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe  
vor und nach Hartz IV



**Statistisches Landesamt  
des Freistaates Sachsen**

*Wir rechnen mit Ihnen.*

## Inhaltsverzeichnis

Das Baugewerbe in Sachsen 2008 <i>Dr. Andreas Oettel, Jürgen Stelzner</i>	2	Besuch des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes im Statistischen Landesamt Sachsen <i>Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher</i>	61
Wandel bei der genutzten Heizenergieform im Wohnungsbau 1995 bis 2008 <i>Brigitta Töpfer</i>	7	Neues aus Sachsen	62
Erfahrungen beim Einsatz von SAS zur Auswertung der Bevölkerungsstatistiken <i>Annett Kirschke</i>	10	Sächsischer Zahlenspiegel	64
Kindertagesbetreuung im Freistaat Sachsen 2008 <i>Birgit Scheibe</i>	15		
Gesundheit und Krankheit im Alter <i>Gabriele Philipp</i>	21		
Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe vor und nach der Einführung von Hartz IV <i>Gina Gäbler</i>	29		
Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006 <i>Steffen Pollack</i>	38		
Interviewerarbeit in Sachsen unter den vorgegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen <i>Ina Helbig, Martina Hensel</i>	46		
Entsorgung von Klärschlamm aus kommunalen Abwässern 2007 <i>Susanne Stoll, Annett Krüger</i>	51		
3. Kamenzer Dialog: Wirtschaftsanalyse und -prognose – Ergebnisse, Methodik und statistische Datenbasis <i>Dr. Wolf-Dietmar Speich</i>	58		

## Impressum

Herausgeber  
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen  
Postfach 11 05  
01911 Kamenz

Schriftleitung Jochen Teschner

Telefon		Fax
Vermittlung	03578 33-0	
Präsidentin/Sekretariat	03578 33-19 00	-19 99
Auskunftsdienst	03578 33-19 13/19 14	-19 21
Bibliothek	03578 33-14 16/14 17	
Vertrieb	03578 33-14 23/14 24	-15 98

E-Mail [auskunft@statistik.sachsen.de](mailto:auskunft@statistik.sachsen.de)  
Internet [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente.

Einzelheft € 3,50  
Druck Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2009. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

ISSN 0494-4480

## Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

wir möchten Ihre Aufmerksamkeit im zweiten Heft dieses Jahres einmal auf die **Themenbereiche Bauen, Wohnen und Entsorgung** lenken.

Im ersten Aufsatz analysieren die Autoren die wirtschaftliche Entwicklung im Baugewerbe 2008. Dabei wird sowohl auf die Unterschiede bei einzelnen Bauarten als auch auf den Verlauf innerhalb des Jahres eingegangen.

Der darauf folgende Beitrag informiert über die Veränderungen beim Einsatz der überwiegend verwendeten Heizenergie in neu gebauten Wohnungen im Zeitraum von 1995 bis 2008. Festzustellen ist, dass Öl als Heizungsart 1995 noch bei jeder dritten neu gebauten Wohnung verwendet wurde, während es 2008 fast nicht mehr zum Einsatz kam. Dagegen hat Gas seine Bedeutung als wichtigste Art der Heizung behalten und wird weiter in mehr als der Hälfte der neu gebauten Wohnungen eingesetzt.

In einem weiteren Aufsatz wird über die Entsorgung von Klärschlamm in Deutschland und in Sachsen berichtet. Dabei wird u. a. auf die anfallende Menge und deren Entsorgungswege eingegangen.

Rund um **Fragen der Daseinsvorsorge** geht es in zwei weiteren Beiträgen.

In Fortführung des Themas Sozialhilfe vor und nach der Einführung von Hartz IV des vierten Heftes 2008 wird in der vorliegenden Zeitschrift ein Überblick über die finanziellen Leistungen und ihre Entwicklung gegeben.

Des Weiteren erlauben die Ergebnisse der Verdienstrukturhebung 2006 differenzierte Einblicke in die Struktur der Arbeitnehmerverdienste. Der Artikel analysiert die Verdienste und Arbeitszeiten nach einer Vielzahl verdienstrelevanter – persönlicher und mit dem Arbeitsplatz verbundener – Merkmale der Arbeitnehmer.

**Bevölkerungs- und sozialpolitisch** relevant ist u. a. die in der öffentlichen Diskussion stehende Kindertagesbetreuung. Im Mittelpunkt des Artikels wird der Stand und die Entwicklung der Kindertagesbetreuung sowohl der unter Dreijährigen als auch der Drei- bis unter Sechsjährigen in Sachsen aufgezeigt. Regionale Unterschiede werden dargestellt und ein Ausblick auf die Zeit bis 2020 gegeben.

Mit den Menschen im höheren Lebensalter beschäftigt sich ein weiterer Beitrag. Dargestellt werden Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken zu Gesundheit und Krankheit sowie zu den Todesursachen bei älteren Menschen ab 65 Jahre.

Informationen über Größe, Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zu den am meisten nachgefragten Daten aus dem Statistischen Landesamt. Zusätzlich zu den gedruckten Veröffentlichungen und dem Internetangebot werden im Fachreferat jährlich rund 1000 Anfragen zu diesem Thema beantwortet. Ein Beitrag beschreibt, wie



mit Hilfe der Software SAS die hohe Anzahl der Anfragen und ihre zunehmende Komplexität bewältigt werden kann. Zudem können Sie die Arbeit mit Interviewern für den Mikrozensus in Sachsen kennenlernen. Erläutert werden die Anzahl, die Struktur, die Vertragsgestaltung und der Erfahrungsaustausch mit den Erhebungsbeauftragten.

Ich hoffe, dass Ihnen mit diesem Heft erneut interessante Informationen aus der Arbeit des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen geliefert werden. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de). Datenanfragen beantwortet Ihnen gern unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Für die bevorstehende Ferien- und Urlaubszeit wünsche ich Ihnen auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses eine schöne und erlebnisreiche Zeit.

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher  
Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

## Das Baugewerbe in Sachsen 2008

### Vorbemerkungen

Das Berichtsjahr 2008 ist das letzte, in dem die Baugewerbestatistik nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) durchgeführt worden ist. Ab Monatsanfang Januar 2009 wird die unterjährige Baugewerbestatistik nach der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) durchgeführt. Während seinerzeit die Umstellung von der WZ 1993 auf die WZ 2003 für das Baugewerbe nur marginale Veränderungen gebracht hatte, führt die Umstellung auf die WZ 2008 zu stärkeren Veränderungen, sowohl in der Abgrenzung des Baugewerbes nach außen als auch in seiner inneren Gliederung. Dieser methodische Umbruch ist zu beachten, wenn Ergebnisse dieses Beitrages mit den aktuellen Veröffentlichungen [1] verglichen werden.

### Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten

#### Betriebe und Beschäftigte

Die *Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe* erfasste im Jahr 2008 (Stand Juni) 6 586 Betriebe. Gegenüber dem Vorjahr ist das per Saldo ein Rückgang um 68 Betriebe bzw. 1,0 Prozent. Damit setzte sich der seit 2004 zu beobachtende Anstieg der Betriebszahlen nicht mehr fort.

Von den 6 586 Betrieben waren bereits 6 089 Betriebe oder 92,5 Prozent im Jahr 2007 in die Ergänzungserhebung einbezogen. Das heißt, 497 Betriebe sind 2008 erstmalig befragt worden. Im Vorjahr waren es noch 235 Neuzugänge mehr. Diesen 497 Zugängen stehen rund 565 Abgänge gegenüber, geringfügig mehr als 2007. Das heißt, der Rückgang der Betriebszahl in der Ergänzungserhebung 2008 gegenüber 2007 ergibt sich aus dem stärkeren Rückgang der Neugründungen im Vergleich zu den Betriebsstillegungen. Damit ist gegenüber den Vorjahren ein Wandel eingetreten. Bis 2007 war die Zahl der Abgänge stärker rückläufig als die der Zugänge, was zu einer Erhöhung des Saldos und einer Zunahme der Betriebszahl geführt hatte. [2]

Auf die Größenklasse der Betriebe mit weniger als 10 tätigen Personen entfielen 2008 reichlich 88 Prozent der erloschenen Betriebe sowie knapp 93 Prozent der Neuzugänge. Somit weist die Betriebszahl dieser Größenklasse wie auch bereits in den Vorjahren die höchste Fluktuation auf. In den Größenklassen mit 100 und mehr tätigen Personen blieben die Betriebszahlen gegenüber 2007 unverändert. Die Ergebnisse der *Insolvenzstatistik* liegen ab dem Berichtsjahr 2008 nur noch nach der neuen WZ 2008 vor.

Für das Berichtsjahr 2007 wurden Rückrechnungen vorgenommen, so dass Vorjahresvergleiche möglich sind. Demnach hat sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Baugewerbe 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 14,4 Prozent verringert. Sowohl in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten (WZ 41.2 + WZ 42 + WZ 43.1) als auch in Bauinstallation und Sonstigem Baugewerbe (WZ 43.2 + WZ 43.3 + WZ 43.4) sind die Zahlen der Unternehmensinsolvenzen zurückgegangen.

Die Größenstruktur der Betriebe in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten hat sich 2008 gegenüber dem Vorjahr wenig verändert. Die Trends der letzten Jahre setzen sich hier weiter fort. Der Anteil der Kleinstbetriebe mit weniger als 10 tätigen Personen erreichte über 81 Prozent. Der Anteil der Betriebe mit 10 bis 19 tätigen Personen sank weiter auf gut elf Prozent, der der Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen auf reichlich fünf Prozent. Die Anteile der größeren Betriebe blieben faktisch unverändert (vgl. Tab. 1). [3]

Die Zahl der *tätigen Personen* lag am 30. Juni 2008 bei 56 019. Gegenüber dem Vorjahresstand von 57 530 tätigen Personen sind das 2,6 Prozent bzw. 1 511 Personen weniger. Der Rückgang erreichte damit absolut und relativ etwa das Dreifache des Rückganges von 2007 zu 2006. Die Zahl der tätigen Personen fiel auf den niedrigsten Wert seit Durchführung dieser Statistik ab dem Jahr 1991. Seit 1995 ist die Zahl der tätigen Personen in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten tendenziell gesunken, lediglich 2006 war eine geringe Zunahme zu beobachten gewesen (vgl. auch Abb. 2).

Alle drei Gruppierungen der tätigen Personen verzeichneten Rückgänge. Die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte (Arbeiter) verringerte sich um 3,1 Prozent (1 284 Personen) und die Zahl der Angestellten um 2,0 Prozent (209 Personen). Damit liegt der Rückgang der Zahl der Angestellten sowohl absolut als auch relativ auf dem Vorjahresniveau. Der Rückgang der Arbeiter ist gut doppelt so groß wie im Vorjahr. Innerhalb der gewerblichen Arbeitskräfte nahm die Zahl der am höchsten Qualifizierten (Poliere, Meister, Werkpoliere usw.) sogar um 4,0 Prozent bzw. 169 Personen zu. Die Zahl der Inhaber, Mitinhaber und mithelfenden Familienangehörigen blieb faktisch auf Vorjahresniveau (0,3 Prozent bzw. 18 Personen weniger). Dies ist im Wesentlichen die Folge der nicht weiter gestiegenen Betriebszahl.

Die statistische mittlere Betriebsgröße lag 2008 bei 8,5 tätigen Personen je Betrieb und damit faktisch auf dem Vorjahresstand von 8,6 tätigen Personen je Betrieb. (Zum Vergleich: 2005: 9,2; 2000: 14,2 und 1995 31,1).

**Tab. 1 Betriebe und tätige Personen in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten 1995, 2000, 2005 bis 2008 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)**

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	1995	2000	2005	2006	2007	2008
<b>Betriebe</b>						
1 - 9	32,7	63,4	78,8	79,7	80,2	81,2
10 - 19	27,0	20,1	12,4	11,8	11,8	11,1
20 - 49	25,4	11,2	6,1	6,1	5,5	5,2
50 - 99	9,2	3,6	1,7	1,5	1,6	1,6
100 und mehr	5,7	1,6	1,0	1,0	0,9	1,0
<b>tätige Personen</b>						
1 - 9	5,4	17,4	27,8	28,0	28,4	28,8
10 - 19	12,3	19,3	18,0	17,5	18,2	17,6
20 - 49	25,2	23,2	19,8	20,8	19,1	18,3
50 - 99	21,0	17,2	12,3	11,0	12,8	12,5
100 und mehr	36,1	22,9	22,1	22,7	21,5	22,9

Datenbasis: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

### Umsatz, Auftragseingang und Auftragsbestand

2007 wurde in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten ein Gesamtumsatz von 5 649 Millio-

nen € (Ergebnis der Ergänzungserhebung 2008) erwirtschaftet. Die Hochrechnung der Umsätze des Monatsberichtsgebietes auf alle Betriebe erbrachte für 2007 einen Wert von 5 454 Millionen €. Beide Werte weichen für dieses Berichtsjahr dreieinhalb Prozent voneinander ab. Die Ursache ist in erster Linie darin zu suchen, dass die im Kalenderjahr 2008 statistisch meldenden Kleinbetriebe (mit weniger als 20 tätigen Personen) im Jahresverlauf 2007 einen größeren Umsatzzuwachs hatten als die größeren Betriebe (Monatsmelder), verglichen jeweils zum Verhältnis im Juni 2008. [4]

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den *Monatsberichtsgebiet* – Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen. Das ermöglicht auch den Vergleich des Auftragseinganges mit dem Umsatz. Der Gesamtumsatz lag hier im Jahr 2008 bei 3 650 Millionen €, 1,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Den Verlauf der monatlichen Umsatzwerte zeigt Abbildung 1. Die kumulierte unterjährige Umsatzentwicklung hatte 2008 folgenden Verlauf: Der Gesamtumsatz lag jeweils *über* dem entsprechenden Vorjahreswert; in den ersten drei Monaten um 6,2 Prozent, den ersten sechs Monaten um 2,9 Prozent, den ersten neun Monaten um 4,0 Prozent und im gesamten Jahr schließlich noch um 1,1 Prozent. Der hohe Wert im ersten Quartal ist eine Folge des vergleichsweise milden und frostfreien Wetters. Die saisonal übliche Winterpause fand nur eingeschränkt statt. Dadurch setzte sich aber im zweiten Quartal diese positive Umsatzentwicklung nicht fort. Im dritten und vierten Quartal konnte vor allem im Hochbau der baugewerbliche Umsatz weiter gesteigert werden. Der kumulierte baugewerbliche Umsatz lag hier für die ersten neun Monate um 5,5 Prozent und für das Jahr um 6,9 Prozent über den entsprechenden Vorjahreswerten. Für den Tiefbau verlief die Umsatzentwicklung nicht gleichartig. Der kumulierte baugewerbliche Umsatz lag hier für die ersten neun Monate noch um 2,9 Prozent *über* dem Vorjahreswert, für das gesamte Jahr jedoch um 3,2 Prozent *darunter*. Während im Allgemeinen der November oder Dezember der umsatzstärkste Monat im Tiefbau ist, war es 2008 bereits der September. Das heißt, die Umsatzentwicklung im Tiefbau ist im letzten Quartal 2008 deutlich abgeflacht.

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Bauarten verlief unterschiedlich. Der baugewerbliche Umsatz insgesamt ist 2008 um 1,1 Prozent gestiegen. Die Steigerung des baugewerblichen Umsatzes im Hochbau von 6,9 Prozent ist in erster Linie dem Wirtschaftshochbau mit einem Plus von 9,2 Prozent und dem öffentlichen Hochbau mit einem Plus von 12,7 Prozent zu verdanken. Der Wohnungsbau lag mit einer nominalen Zunahme von 0,4 Prozent faktisch auf Vorjahresniveau. Innerhalb des Tiefbaus verzeichnete der öffentliche Tiefbau ebenfalls eine Umsatzsteigerung, und zwar von 8,7 Prozent. Rückläufige Umsätze verbuchten dagegen der Wirtschaftstiefbau von 4,9 Prozent und der Straßenbau von 9,3 Prozent. Dadurch stieg im Wirtschaftsbau zusammen der baugewerbliche Umsatz um 2,7 Prozent und

**Tab. 2 Tätige Personen in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten 2000, 2005 bis 2008 nach ihrer Stellung im Betrieb (in Prozent)**

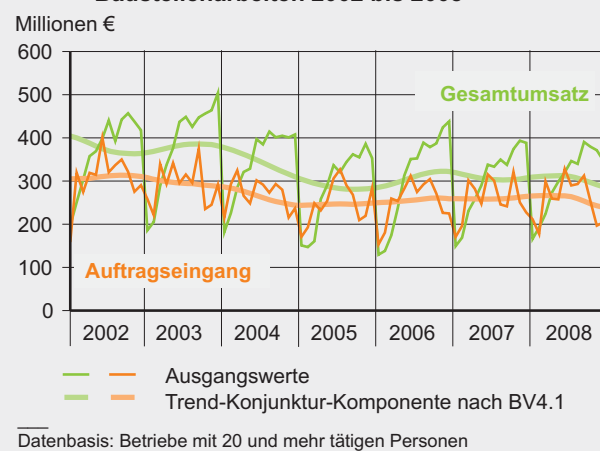
Merkmal	2000	2005	2006	2007	2008
<b>Insgesamt</b>					
Gewerbliche Arbeitskräfte	77,3	72,5	72,5	72,4	71,6
Angestellte	17,5	18,9	18,5	18,3	18,4
Inhaber, Mitinhaber <sup>1)</sup>	5,2	8,6	9,0	9,3	9,5
<b>gewerbliche Arbeitskräfte</b>					
Facharbeiter und Meister	69,0	71,0	73,1	71,9	73,6
Werker, Fachwerker u. sonst. Beschäft.	21,8	22,5	20,3	21,7	20,4
Gewerbliche Auszubildende	9,2	6,5	6,7	6,4	6,1

Datenbasis: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

1) einschl. unbezahlt mithelfender Familienangehöriger



**Abb. 1 Gesamtumsatz und Auftragseingang in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten 2002 bis 2008**



im öffentlichen Bau (ohne Straßenbau) sogar um 7,9 Prozent. Öffentlicher und Straßenbau zusammen hatten dagegen einen Umsatzrückgang von 0,6 Prozent.

Bei diesen Veränderungsraten handelt es sich um *nominale* Angaben. Die Netto-Preisindizes im Rohbau, die für die Preisbereinigung herangezogen werden, sind im Tiefbau vom ersten bis zum vierten Quartal 2008 durchgängig gestiegen, im Hochbau bis zum dritten Quartal, und im letzten Quartal wieder leicht zurückgegangen. Von November 2007 bis November 2008 sind die Baupreisindizes um drei bis sechs Prozent gestiegen.

Berücksichtigt man die gestiegenen Baupreise, so lag das *Bauvolumen* (baugewerblicher Umsatz, preisbereinigt) in Sachsen 2008 um reichlich zwei Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Wohnungsbau waren es knapp drei Prozent weniger, im Hochbau (ohne Wohnungsbau) dagegen vier Prozent mehr. Der Wirtschafts- und öffentliche Hochbau, der hier zusammengefasst ist, war die einzige Rohbaubranche, in der 2008 das Bauvolumen auch real gestiegen ist. Im Straßenbau ist es mit dreizehn Prozent am stärksten gesunken, im Tiefbau (ohne Straßenbau) um knapp zwei Prozent.

Die *Summe der Auftragseingänge* lag 2008 nominal um 0,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Hochbau und Tiefbau zeigten dabei formal eine gegenläufige Entwicklung. Im Hochbau lag sie um 9,6 Prozent unter dem Vorjahreswert, im Tiefbau 6,4 Prozent darüber. Beide Entwicklungen sind durch Großaufträge in bestimmtem Maße verzerrt. Innerhalb des Hochbaus ist die Basis 2007 durch einige Großaufträge überhöht. Großauftragsbereinigt lag die Summe der Auftragseingänge 2008 nur wenige Prozent unter dem Vorjahreswert. Innerhalb des Tiefbaus ist das Jahr 2008 durch Großaufträge etwas überhöht. Hier ergibt sich großauftragsbereinigt ein Zuwachs von wenigen Prozent. Berücksichtigt man diese Gegebenheiten, so liegt die Summe der Auftragseingänge 2008 nicht sehr unter dem Vorjahreswert. Da sich die Großaufträge gegenseitig ungefähr ausgleichen, kann der no-

minale Rückgang des Auftragseingangs insgesamt von 0,5 Prozent als quasi großauftragsbereinigt angesehen werden.

Die reale Entwicklung der Auftragseingänge ist jedoch 2008 im Vergleich zu 2007 rückläufig. Die im Zusammenhang mit der Umsatzentwicklung genannten Teuerungen bei den Baupreisen wirken sich hier entsprechend aus. Der Volumenindex des Auftragseinganges (2005 = 100), der die Preisveränderungen berücksichtigt, lag für den Hoch- und Tiefbau einschließlich Vorbereitender Baustellenarbeiten 2008 im Mittel bei 93,3 und damit 3,8 Prozent unter dem Vorjahreswert von 97,0. Im Hochbau lag er bei 91,3, das heißt 13,0 Prozent niedriger; im Tiefbau bei 94,7 und damit um 3,5 Prozent höher. Hier zeigt sich die Wirkung der oben erwähnten Großaufträge.

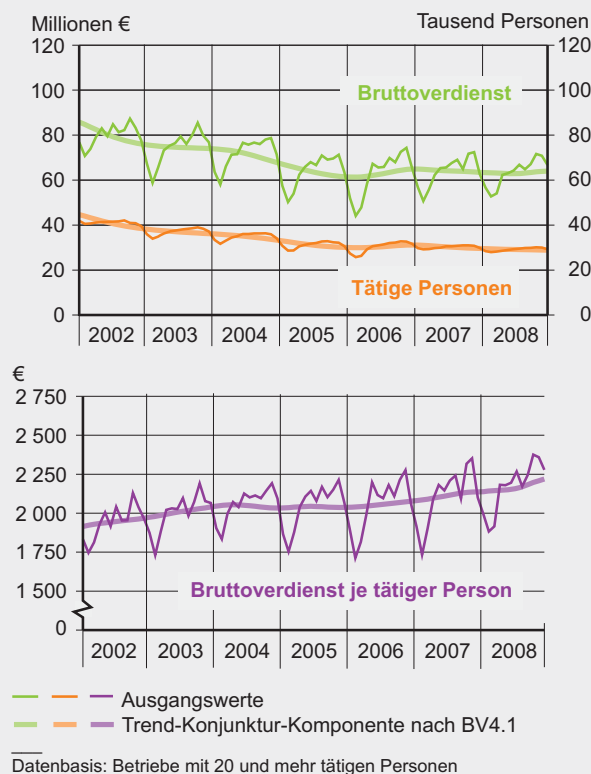
Das Jahr 2008 schloss mit einem nominalen *Auftragsbestand* von 1 234 Millionen €, 1,2 Prozent weniger als Ende 2007. In den ersten drei Quartalen wurden die jeweiligen Vorjahreswerte in Hoch- und Tiefbau als auch insgesamt jeweils überschritten. Für das vierte Quartal gilt das auch noch für den Tiefbau. Im Hochbau ist der Auftragsbestand im letzten Quartal 2008 jedoch unter den Vorjahreswert gefallen, damit war auch die Gesamtentwicklung negativ.

Die *Volumenindizes des Auftragsbestandes* (2005 = 100) zeigen mit ihren absoluten Werten auch die mittelfristige Entwicklung. Im Hochbau lag der Volumenindex des Auftragsbestandes Ende 2008 bei 100,8 und damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 125,6. Der prozentuale Rückgang beträgt somit über zwanzig Prozent, der Wert über der 100er-Marke bedeutet aber, dass die Auftragslage Ende 2008 ungefähr der des Basisjahres 2005 entspricht, zwischenzeitlich war sie deutlich besser gewesen. Im Tiefbau lag der Volumenindex des Auftragsbestandes Ende 2008 bei 92,8. Verglichen mit dem Wert von Ende 2007 von 84,4 ist das eine Steigerung um zehn Prozent. Die Auftragslage ist jedoch schlechter als im Basisjahr 2005.

### Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Monatsberichtskreises in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten lag das *Bruttoentgelt* im Jahr 2008 bei 761,2 Millionen €, 0,5 Prozent unter dem Vorjahreswert. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der tätigen Personen im Mittel um 3,4 Prozent gesunken ist, erhöhte sich das durchschnittliche monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 3,0 Prozent auf 2 174 €. Aus Abbildung 2 ist ersichtlich, dass die Trend-Konjunktur-Kurve bei den Bruttoentgelten nach einem Maximum Anfang 2007 und einem Abflachen in der Folgezeit im Jahresverlauf 2008 faktisch stagniert. Die Trend-Konjunktur-Kurve bei den Bruttoentgelten je tätiger Person hat dagegen einen durchgängigen Aufwärtstrend.

**Abb. 2 Tätige Personen und Verdienste in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten 2002 bis 2008**



**Tab. 3 Betriebe und tätige Personen in Bauinstallation und Sonstigem Baugewerbe 1995, 2000, 2005 bis 2008 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)**

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	1995	2000	2005	2006	2007	2008
<b>Betriebe</b>						
1 - 9 <sup>1)</sup>	1,7	2,3	4,3	2,6	3,2	2,8
10 - 19	57,5	59,5	60,0	58,7	57,4	57,9
20 - 49	29,6	28,9	27,7	29,8	30,2	30,8
50 - 99	8,1	7,4	7,1	7,5	7,7	7,0
100 und mehr	3,1	1,8	1,0	1,4	1,5	1,5
<b>tätige Personen</b>						
1 - 9 <sup>1)</sup>	0,4	0,7	1,3	0,7	0,9	0,8
10 - 19	28,3	32,7	35,6	34,2	32,7	32,6
20 - 49	31,5	34,6	35,8	36,4	36,1	37,2
50 - 99	20,3	21,1	20,8	20,5	21,4	20,0
100 und mehr	19,4	10,9	6,5	8,3	8,9	9,4

Datenbasis: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe

1) nur Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen

## Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe

### Betriebe und Beschäftigte

In die Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe waren im Jahr 2008 insgesamt 1 127 Betriebe einbezogen. Dabei handelt es sich um Betriebe mit im Allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen. In der Größenklasse unter 10 tätige Personen sind lediglich die Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen erfasst, soweit sie zum Vierteljährlichen Bericht im Ausbaugewerbe berichtspflichtig sind. Im Vergleich zu 2007 ist die Betriebszahl per Saldo um 25 Betriebe bzw. 2,3 Prozent gestiegen.

Nach Größenklassen zeigt sich, dass sich die Struktur der Betriebe 2008 nur wenig im Vergleich zum Vorjahr geändert hat (vgl. Tab. 3). Die Größenklasse mit 100 und mehr tätigen Personen war 2008 mit 17 Betrieben besetzt, einer mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit weniger als 10 tätigen Personen ist 2008 wieder gesunken, die Besetzung dieser Größenklasse mit lediglich 32 Betrieben ist gering.

Ende Juni 2008 wurden in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe 27 204 Personen erfasst, 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit ist dieser Wert das zweite Jahr in Folge – nach neun Jahren des Rückganges – gestiegen. Hier wirkt sich das Phänomen aus, dass konjunkturelle Entwicklungen (z. B. Wendepunkte, Maxima, Minima) im Ausbaugewerbe in der Regel ungefähr ein Jahr zeitversetzt zum Rohbau auftreten. Da sich die positive Umsatz-

entwicklung insbesondere im Hochbau auch 2008 weiter fortgesetzt hat, konnte das Ausbaugewerbe davon profitieren.

In der Verteilung des Zuwachses an tätigen Personen auf die unterschiedlichen Größenklassen der Betriebe, zeigt sich, dass Kohorteneffekte offensichtlich eine Rolle spielen. Die Größenklassen der Betriebe mit 10 bis 19 und 20 bis 49 tätigen Personen waren am 30. Juni 2008 mit mehr Betrieben besetzt als zum Vorjahresstand. Die Zahlen der tätigen Personen in diesen beiden Größenklassen sind ebenfalls gestiegen. In der Größenklasse der Betriebe mit 50 bis 99 tätigen Personen ist die Betriebszahl zwar gestiegen, die Zahl der tätigen Personen jedoch gesunken. Und in der Größenklasse der Betriebe mit 100 und mehr tätigen Personen wurden 2008 ein Betrieb und 8,3 Prozent mehr tätige Personen registriert.

Die Beziehungszahl „tätige Personen je Betrieb der in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe erfassten Betriebe“ lag 2008 bei 24,1 und damit faktisch auf dem Vorjahresniveau von 24,2 (zum Vergleich 2006: 23,9; 2005: 22,7; 2000: 24,2; 1995: 27,6).

### Umsatz

Die 1 127 im Rahmen der *Jährlichen Erhebung* im Ausbaugewerbe im Jahr 2008 auskunftspflichtigen Betriebe meldeten für 2007 einen Gesamtumsatz von 2 493 Millionen €. Gegenüber 2006 mit 2 395 Millionen € ist das ein Anstieg um 4,1 Prozent. Der nominale Gesamtumsatz er-

reichte damit einen Wert, der über den Umsätzen der vier vorangegangenen Jahre liegt. Die Beurteilung der Veränderungsraten dieser Umsatzwerte aus der Jährlichen Erhebung ist wie immer insofern schwierig, als die jeweils dahinter stehende Zahl der meldepflichtigen Betriebe – und ihre Größe – zu sehen ist.

Der Gesamtumsatz je tätiger Person lag damit im Jahr 2007 (Gesamtumsatz für 2007 je tätiger Person am 30. Juni 2008) bei 91 636 €, 1,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Als nominaler Wert ist es der höchste seit 1992. Berücksichtigt man jedoch die Veränderungen der Baupreise im Ausbaugewerbe, so wird diese nominal positive Umsatzentwicklung durch die erhöhten Baupreise faktisch wieder ausgeglichen. Die Preisindizes für die Instandhaltung von Wohngebäuden lagen im November 2008 rund zwei Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert [5, Ausgabe November 2008].

Der *vierteljährliche Berichtskreis* in Bauinstallation und Sonstigem Ausbaugewerbe – Betriebe von Unternehmen mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen – umfasste 2008 im Mittel 457 Betriebe, acht Betriebe oder 1,8 Prozent mehr als 2007. Der Gesamtumsatz betrug 1 861 Millionen €, 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit lag er höher als in den vorangegangenen fünf Jahren. Auch unter Berücksichtigung gestiegener Baupreise liegt hier ein realer Umsatzanstieg vor.

### Bruttoentgelte

Für die Betriebe des vierteljährlichen Berichtskreises in Bauinstallation und Sonstigem Ausbaugewerbe lag das *Bruttoentgelt* im Jahr 2008 bei 408,2 Millionen €, 4,4 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit lag dieser Wert über den Werten der drei vorangegangenen Jahre. Der starke Anstieg im 4. Quartal ist auf Sonderzahlungen zurückzuführen. Da die Zahl der tätigen Personen im Jahresmittel 2008 um 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr stieg, erhöhte sich das monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 2,4 Prozent auf 1 910 € (vgl. auch Abb. 3).

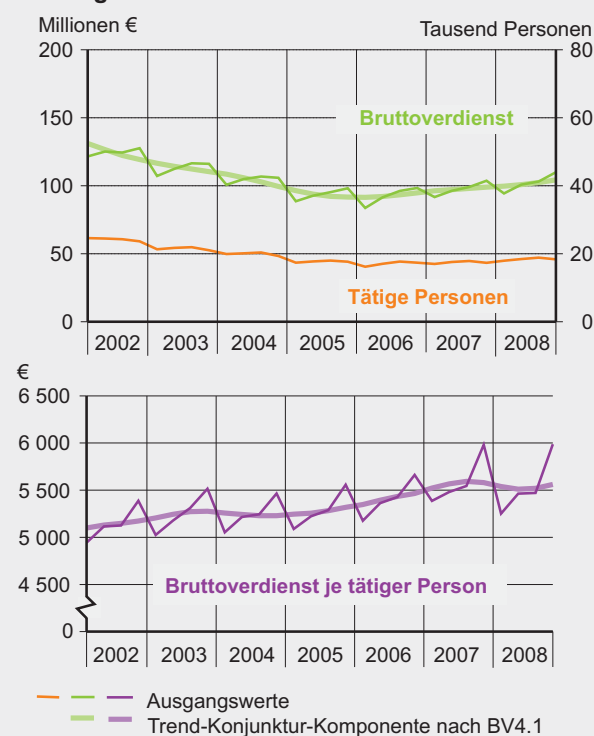
Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Baugewerbe im Freistaat Sachsen. Bauhauptgewerbe. Statistischer Bericht E II 1 - m, Kamenz 2009.; Baugewerbe im Freistaat Sachsen. Ausbaugewerbe, Statistischer Bericht E III 1 - vj, Kamenz 2009.
- [2] Vgl. zuletzt: Oettel, A., U. Ertel: Das Baugewerbe in Sachsen 2007. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 10 - 22, hier: S. 12.
- [3] Vgl. dazu auch: Baugewerbe im Freistaat Sachsen. (Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe). Juni 2008. Statistischer Bericht E II 2 - j/08, Kamenz 2008, S. 4 und 8.
- [4] Vgl. dazu auch: [2, S. 14, Fußnote 5].
- [5] Vgl. Preisindizes für Bauwerke im Freistaat Sachsen 2000ff. Statistische Berichte, M I 4, Kamenz 2000ff.

**Abb. 3 Tätige Personen und Verdienste in Bauinstallation und Sonstigem Ausbaugewerbe 2002 bis 2008**



Datenbasis: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen



## Wandel bei der genutzten Heizenergieform im Wohnungsbau 1995 bis 2008

### Vorbemerkungen

Die Bautätigkeitsstatistik ist die Grundlage, um Daten für die Entwicklung des Baugeschehens im Hochbau bereitzustellen. Sie unterteilt sich in Erhebungen für Baugenehmigung, Bauüberhang, Baufertigstellung und Bauabgang. Die rechtliche Basis dieser Statistik ist das Gesetz über die Statistik im Hochbau und Fortschreibung des Wohnungsbestandes vom 5. Mai 1998 (BGBl I S. 869).

Auf dieser Grundlage ist für jedes neue Gebäude sowie für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein Erhebungsbogen für die Baugenehmigung durch den Bauherren auszufüllen. Neben Fragen zum Bauherrn und zur Art des Gebäudes werden auch Angaben zum verwendeten Baustoff, zur Art der Beheizung und der vorwiegenden Heizenergie gefordert. Unter vorwiegender Heizenergie wird die Heizenergie verstanden, die gemessen an der Gesamtheizleistung für das Gebäude überwiegt. Die in der Baugenehmigung gemachten Angaben zur Heizenergie werden in die Baufertigstellung übernommen, ohne dass es eine Prüfung dahingehend gibt, ob die geplante Heizenergie auch mit der dann am Ende tatsächlich eingesetzten Energieart übereinstimmt. Deshalb sind die hier betrachteten Daten mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor behaftet, der aber vernachlässigt werden kann.

Bei der überwiegend genutzten Heizenergie werden folgende Arten abgefragt:

- Koks/ Kohle
- Öl
- Gas
- Strom
- Fernwärme
- Wärmepumpe
- Solarenergie
- Sonstiges

Unter Sonstiges werden Brennstoffe wie z. B. Holz, Biomasse bzw. Biogas verstanden.

Die Fernwärme wird in die Darstellung nur begrenzt zur Vervollständigung mit einbezogen. Die zur Erzeugung der Fernwärme tatsächlich genutzte Energieart ist aus der Statistik nicht ersichtlich.

### Entwicklung des Wohnungsbaus

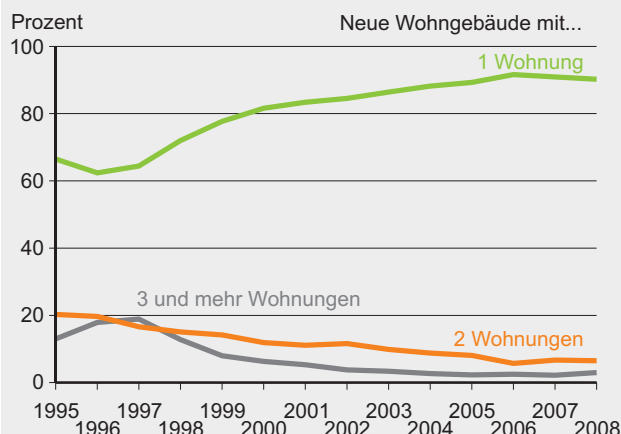
Die Anzahl der fertig gestellten neuen Wohngebäude zeigt seit dem Höchststand im Jahr 1997 mit 14 016 realisierten Gebäuden eine fallende Tendenz. 2008 wurden nur noch 2 940 Gebäude fertig gemeldet. (vgl. Tab. 1)

**Tab. 1 Baufertigstellungen von neuen Wohngebäuden 1995 bis 2008 nach Gebäudearten**

Jahr	Errichtung neuer Wohngebäude			
	insgesamt	darunter mit...		
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen
		Anzahl		
1995	9 802	6 523	1 987	1 279
1996	12 599	7 860	2 481	2 252
1997	14 016	9 023	2 322	2 646
1998	11 784	8 479	1 774	1 508
1999	10 826	8 411	1 535	861
2000	10 195	8 324	1 215	643
2001	6 720	5 603	745	359
2002	5 721	4 832	662	218
2003	4 932	4 261	490	168
2004	5 653	4 988	496	155
2005	4 676	4 176	379	107
2006	4 455	4 080	256	111
2007	3 412	3 100	229	75
2008	2 940	2 653	192	88

Dabei veränderte sich auch das Bauverhalten. Der Anteil von Einfamilienhäusern an fertig gestellten Wohngebäuden insgesamt stieg von 66 Prozent im Jahr 1995 auf 90 Prozent im Jahr 2008. Demgegenüber ging der Bau von Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen in diesem Zeitraum von 13 Prozent auf drei Prozent konti-

**Abb.1 Baufertigstellungen im Wohnneubau 1995 bis 2008 nach Gebäudearten – Anteile in Prozent**



nuierlich zurück. Absolut betrachtet wurde 1997 mit 2 646 Mehrfamilienhäusern die höchste Zahl in einem Jahr fertig gestellt. Im Jahr 2008 waren es gerade noch 88 neue Häuser mit drei und mehr Wohnungen. Diese Entwicklung zeigt ganz deutlich das Überangebot an Wohnungen auf diesem Sektor. Auch die Anzahl der gebauten Einfamilienhäuser geht seit 1997 stetig zurück. Wurden damals noch 9 023 Eigenheime als fertig gebaut gemeldet, waren es im Jahr 2008 nur noch 2 653, was knapp zwei Drittel weniger bedeutet. Ebenso ist die Anzahl der gebauten Zweifamilienhäuser in den Jahren stark zurückgegangen, von 2 481 im Jahr 1996 auf 192 im Jahr 2008. (vgl. Abb. 1)

### Wahl der Heizenergie entwickelt sich unterschiedlich nach Wohngebäudeart

Mitte der 1990er Jahre entschieden sich die Bauherren bei der Heizenergie bevorzugt für Öl und im besonderen Maße für Gas. Das hatte seine Ursache zum einen im Preis, aber auch in der sehr gut entwickelten und abgasarmen Technik. Bei Gas kam noch hinzu, dass der für die Heiztechnik benötigte Platz relativ gering war. Knapp 60 Prozent der neu gebauten Wohngebäude wurden 1995 mit Gas geheizt, 34 Prozent mit Öl (vgl. Tab.2). Während bei drei Viertel der Mehrfamilienhäuser Gas eingesetzt wurde, sind es bei Ein- und Zweifamilienhäusern nur reichlich die Hälfte. Bei letzteren wurde bei einem guten Drittel Öl als Heizenergiequelle bevorzugt. In knapp 14 Prozent der

Mehrfamilienhäuser wurde ebenfalls mit Öl geheizt, mit Fernwärme in mehr als jedem zehnten Gebäude. Strom als Wärmequelle wurde nur in drei Prozent der neuen Wohngebäude genutzt, vornehmlich in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Alternative Heizquellen wie Wärmepumpe, Solarenergie und Ähnliches spielten Mitte der 1990er Jahre nur eine sehr untergeordnete Rolle, der Anteil für neugebaute Wohnhäuser liegt 1995 bei 0,6 Prozent. Gleichfalls sehr niedrig mit 0,2 Prozent war der Anteil von Kohle als Heizenergie.

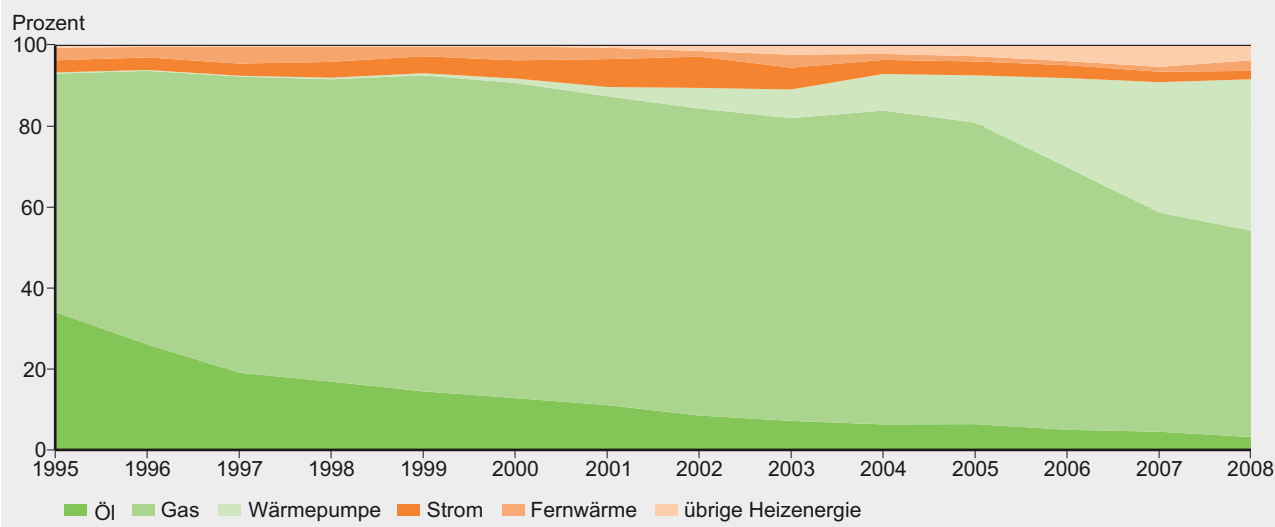
Bis zum Jahr 2008 haben sich die Verhältnisse erheblich verändert (vgl. Abb. 2). Zwar ist Gas mit 51 Prozent Anteil noch immer der wichtigste Heizenergieträger bei den neuen Wohngebäuden insgesamt, jedoch spielt Öl mit einem Anteil von 3,2 Prozent nur noch eine untergeordnete Rolle. Grund für den starken Rückgang bei Öl ist die Preisentwicklung für diese Energieart. Auch bei Gas gab es einen Kostenanstieg, trotzdem ist diese Energiequelle für den Nutzer immer noch attraktiv, wenn ein Gasanschluss vorhanden ist. Einen erheblichen Aufschwung hat die Heizung mit Wärmepumpen genommen. Mehr als ein Drittel der neugebauten Wohnhäuser sind mit einer derartigen Heizung ausgestattet. Solarenergie kann sich als Hauptenergiequelle bis jetzt nicht durchsetzen, wird aber in vielen Fällen zur zusätzlichen Energieerzeugung genutzt. Bei den sonstigen Energiequellen sind es vor allem die Holzheizungen, die in letzter Zeit einen Aufschwung erleben. Jedoch ist der Anteil der sonstigen Heizenergiearten mit knapp drei Prozent nach wie vor sehr gering. (vgl. Tab. 3)

**Tab. 2 Baufertigstellungen 1995 nach Gebäudearten und überwiegend verwendeter Heizenergie**

Heizenergie	Errichtung neuer Wohngebäude			
	insgesamt	darunter mit		
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen
Anzahl				
Koks/Kohle	23	20	3	-
Öl	3 345	2 387	782	175
Gas	5 772	3 665	1 140	957
Strom	296	251	37	8
Fernwärme	304	152	11	139
Wärmepumpe	27	19	8	-
Solarenergie	12	10	2	-
Sonstige	23	19	4	-
Prozent				
Koks/Kohle	0,2	0,3	0,1	-
Öl	34,1	36,6	39,4	13,7
Gas	58,9	56,2	57,3	74,8
Strom	3,0	3,8	1,9	0,6
Fernwärme	3,1	2,3	0,6	10,9
Wärmepumpe	0,3	0,3	0,4	-
Solarenergie	0,1	0,2	0,1	-
Sonstige	0,3	0,3	0,2	-

**Tab. 3 Baufertigstellungen 2008 nach Gebäudearten und überwiegend verwendeter Heizenergie**

Heizenergie	Errichtung neuer Wohngebäude			
	insgesamt	darunter mit		
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen
Anzahl				
Koks/Kohle	6	6	-	-
Öl	94	79	10	5
Gas	1 499	1 342	100	53
Strom	61	55	5	1
Fernwärme	75	53	2	18
Wärmepumpe	1 098	1 017	71	9
Solarenergie	20	19	1	-
Sonstige	86	81	3	2
Prozent				
Koks/Kohle	0,2	0,2	-	-
Öl	3,2	3,0	5,2	5,7
Gas	51,0	50,6	52,1	60,2
Strom	2,1	2,1	2,6	1,1
Fernwärme	2,5	2,0	1,0	20,5
Wärmepumpe	37,4	38,3	37,0	10,2
Solarenergie	0,7	0,7	0,5	-
Sonstige	2,9	3,1	1,6	2,3

**Abb. 2 Baufertigstellungen im Wohnneubau 1995 bis 2008 nach Heizenergiearten - Anteile in Prozent**

Gerade bei den Ein- und Zweifamilienhäusern wurde in den letzten Jahren vermehrt nach alternativen Energiequellen gesucht, die den stark gestiegenen laufenden Kosten von konventionellen Energieträgern wie Gas, Öl und Strom entgegenwirken. In der Anschaffung sind neue Heizenergiearten jedoch sehr kostenintensiv. Wahrscheinlich auch aus diesem Grund wurden noch in über die Hälfte dieser neuen Häuser Gasheizungen eingebaut. Heizanlagen auf der Basis von Wärmepumpen stehen in knapp einem Drittel der neuen Ein- und Zweifamilienhäuser und haben damit Öl vom zweiten Platz verdrängt. Öl ist nur noch in gut drei Prozent dieser Häuser die vorwiegende Heizenergie, Strom in gut zwei Prozent.

Bei den neuen Mehrfamilienhäusern liegt Gas als Heizenergeträger nach wie vor unangefochten an erster Stelle mit 60 Prozent. 20 Prozent dieser Häuser werden mit Fernwärme beheizt. An dritter Stelle stehen Wärmepumpenheizungen, die in jedem zehnten dieser Häuser installiert wurden. Bei der geringen absoluten Anzahl an neuen Mehrfamilienhäusern im Jahr 2008 sind das gerade einmal neun Gebäude.

zunehmend genutzt, um die Kosten zu senken. Vor allem die Solarthermie ist hier hervorzuheben. Noch am Anfang steht der Bau von Passivhäusern, die bisher nur vereinzelt entstanden sind. Bei einer zukünftigen weiteren Verknappung der Energieressourcen ist sicherlich auch mit einem Anstieg bei dieser Art von Häusern zu rechnen.

Die Statistik der Bautätigkeit muss diesen Veränderungen Rechnung tragen, damit auch in Zukunft die Realität richtig abgebildet wird. Demzufolge werden in dem Erhebungsbogen die entsprechenden Merkmale angepasst. Vor allem bei den erneuerbaren Energien werden die bis jetzt unter sonstiges zusammengefassten Energiearten einzeln erfragt. Neu dazugekommen ist auch das Passivhaus. Ebenfalls neu und sehr wichtig ist, dass zukünftig sowohl die primäre, als auch die sekundäre Heizenergie erfragt wird. Damit kann die zunehmend auftretende Kombination von Energiearten erfasst werden. Diese Veränderungen in der Erhebung werden ab dem Berichtsjahr 2010 eingeführt.

Brigitta Töpfer, Referatsleiterin Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistiken

## Fazit und Ausblick

Die Entscheidung der Bauherren für eine Heizenergieart ist immer geprägt von mehreren Faktoren. Der wohl wichtigste Punkt sind die anfallenden Kosten, sowohl in der Anschaffung der Heizung als auch im laufenden Betrieb. Weitere Entscheidungskriterien sind z. B. die Umweltbelastung, eventuelle Fördermöglichkeiten und die vorhandenen Standortbedingungen. Der bequemen und in der Anschaffung günstigen Gasheizung mit hohen laufenden Kosten steht die im Betrieb günstigere Wärmepumpe mit wesentlich höheren einmaligen Aufwendungen gegenüber. Dazwischen gibt es noch eine Vielzahl von Varianten. Auch die Kopplung von mehreren Energiearten wird

## Erfahrungen beim Einsatz von SAS zur Auswertung der Bevölkerungsstatistiken

### Vorbemerkungen

Die Bereitstellung von Informationen über Größe und Struktur der Bevölkerung sowie deren vergangene und zukünftige Entwicklung ist eine der am häufigsten nachgefragten Dienstleistungen im Statistischen Landesamt Sachsen. Zusätzlich zu den standardisierten Angeboten in Form der Statistischen Berichte und den Tabellen im Internet werden im Fachbereich jährlich etwa 1 000 Anfragen zu diesem Themenkomplex beantwortet.

Dieser stetig gewachsene Bedarf an nutzerspezifisch aufbereiteten Bevölkerungsdaten zeichnete sich bereits seit Mitte der 1990er Jahre ab. Darüber hinaus erfordern die seit 1996 regelmäßig gerechneten Regionalisierten Bevölkerungsprognosen umfangreiche Datenaufbereitungen und Analysen.

Mit den damals zur Datenanalyse eingesetzten Softwareprodukten und -werkzeugen (dBase, TURBO-PASCAL, MS-EXCEL, MS-ACCESS) konnte den vielfältigen Anforderungen immer weniger entsprochen werden. Die hohe Anzahl an Anfragen und deren zunehmende Komplexität führten zu einem steigenden Arbeitsaufwand. Dem standen aber begrenzte Personalkapazitäten im Fachbereich gegenüber. Für schwierigere Auswertungen mussten immer häufiger Leistungen von DV-Spezialisten außerhalb des Fachbereiches in Anspruch genommen werden.

Um den Anforderungen Rechnung zu tragen und die Analyseaufgaben möglichst effizient durchführen zu können, wurden vor reichlich zehn Jahren die ersten Schritte unternommen, SAS (Statistical Analysis System) bei der Auswertung der Bevölkerungsstatistiken einzusetzen. Schwerpunkt der Arbeiten waren zunächst die Bevölkerungsfortschreibung, die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) so-

wie die Statistik der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Zu- und Fortzüge). Diese Statistiken werden am häufigsten nachgefragt und sind auch für die Datenanalyse im Rahmen der Prognoserechnungen von grundlegender Bedeutung.

Der folgende Beitrag soll das allgemeine Vorgehen bei der Einführung von SAS zur Auswertung der Bevölkerungsstatistiken beschreiben.

### Ausgangsbedingungen

Neben den fachlichen Anforderungen waren weitere Rahmenbedingungen zu beachten, die sich unter anderem aus der verfügbaren Software, der Struktur und dem Umfang der zu analysierenden Daten, der Organisationsstruktur des Bereiches und auch den Qualifikationen der Mitarbeiter ergaben. Zu Beginn des Problemlösungsprozesses standen deshalb eine ausführliche Analyse der Arbeitsabläufe und die Beschreibung eines Zielzustandes unter den gegebenen bzw. eventuell änderbaren Bedingungen.

Allgemeines Ziel war zunächst die Schaffung einer schnellen, flexiblen und trotzdem möglichst einfach zu bedienenden Softwarelösung für die häufigsten Analyseaufgaben der oben genannten Statistiken. Die Programme sollten vielfältige Auswertungen nach regionalen und fachlichen Gliederungen aber auch über mehrere Berichtsjahre abdecken.

Die besten Voraussetzungen dafür bot die seit 1991 vorrangig im Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes eingesetzte, inzwischen auch Verbundstandard gewordene Software SAS. Allerdings verfügten nur wenige der Mitarbeiter, die mit der Beantwortung von Anfragen betraut waren, über entsprechende Kenntnisse. Dagegen waren

**Tab. 1 Im Fachbereich bearbeitete Anfragen zu ausgewählten Bevölkerungsstatistiken**

Merkmal	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bevölkerungsstand und -entwicklung	807	830	1 051	1 019	1 118	1 184	1 035	974
Prognose	133	107	172	118	161	172	169	95
Natürliche Bevölkerungsbewegung (ohne Todesursachen)	83	96	157	182	242	188	185	152
Räumliche Bevölkerungsbewegung	143	150	141	109	137	119	135	118
<b>Insgesamt</b>	<b>1 166</b>	<b>1 183</b>	<b>1 521</b>	<b>1 428</b>	<b>1 658</b>	<b>1 663</b>	<b>1 408</b>	<b>1 339</b>

alle Mitarbeiter mit MS-EXCEL vertraut, weil mit dieser Software die Tabellen nach einer im Amt geltenden einheitlichen Gestaltungsrichtlinie erstellt werden.

Die auszuwertenden statistischen Ergebnisdateien enthalten mit Ausnahme der Bevölkerungsfortschreibung Mikrodaten (Einzeldatensätze). Jeder im Berichtszeitraum registrierte Fall wird in einem Datensatz erfasst. Es gibt pro Berichtsjahr eine Datei für Geburten, eine Datei für Sterbefälle und eine Datei, welche die registrierten Wanderungsfälle enthält.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung sind dagegen sogenannte Makrodateien. Die bis zu vier verschiedenen Dateien enthalten Summensätze für den Bevölkerungsbestand nach verschiedenen Merkmalen. Bis Ende der 1990er Jahre gab es für die o. g. Bevölkerungsstatistiken insgesamt schon etwa 70 Dateien aus über zehn Berichtsjahren.

Im Vergleich zu anderen Statistiken haben die Bevölkerungsdateien eine einfache inhaltliche Struktur. Allerdings sind im Berichtsjahr zwischen 20 000 (Geburtenstatistik 1994) und 400 000 Datensätze (Wanderungsstatistik) auszuwerten. Je nach Statistik sind zwischen sieben und 50 Merkmale auswertbar.

Die kleinste regionale Einheit ist die Gemeinde. Von 1990 bis heute hat sich die Zahl der Gemeinden von über 1 600 auf knapp 500 reduziert. Durch die häufigen und zum Teil umfangreichen Gebietsstandsänderungen werden die Basisdateien der Bevölkerung regelmäßig zum jeweils aktuellen Gebietstand aufbereitet und vorgehalten. Dies erfolgt für alle Berichtsjahre.

Die statistischen Daten entstehen hauptsächlich als flache Großrechnerdateien aus dem (im Jahr 2000 grundlegend geänderten) Verbundprogramm. Daraus werden PC-Dateien im dBase-Format erstellt. Das hat mehrere Vorteile: Die in den dBase-Dateien enthaltenen Metadaten erleichtern den Zugriff über verschiedene Softwaresysteme, wie zum Beispiel SAS (Prozedur IMPORT). Mitarbeiter ohne SAS können auch mit anderer Software problemlos auf die Dateien zugreifen. Im PC-Netz stehen die Daten einem größeren Mitarbeiterkreis zur Verfügung als am HOST. Leider waren damals die Feldbezeichnungen und Datenformate nicht immer einheitlich. Unterschiede gab es zwischen den Berichtsjahren einer Statistik. Aber auch Merkmale und Merkmalsausprägungen, die in verschiedenen Statistiken vorkommen, waren unterschiedlich bezeichnet und in unterschiedlichen Datenformaten gespeichert.

## Vorarbeiten

### Metadaten

Die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung eines Auswertewerkzeuges war zunächst die Systematisierung und Vereinheitlichung der Dateistrukturen in den beteiligten Statistiken. Durch die vielen fachlichen Verknüp-

fungspunkte zwischen den Bevölkerungsstatistiken war es sinnvoll, diese Aufgabe in einem Zug für alle diese Statistiken durchzuführen. Dabei galt es u. a. zu beachten, dass die Dateinamen, Feldbezeichnungen und -formate auch für SAS geeignet waren, d. h. zum Beispiel keine Umlaute enthielten. Insgesamt waren 135 verschiedene Feldbezeichnungen und 44 verschiedene Dateinamen zu überprüfen und zu bearbeiten. Diese sehr umfangreiche Aufgabe übernahm hauptsächlich der Bereich DV-Koordination. Im Ergebnis stehen nun für alle Bevölkerungsstatistiken systematisch aufbereitete Datensatzbeschreibungen, „passende“ Einzeldatensätze und entsprechende Dokumentationen für die regelmäßige Ergänzung der neuen Berichtszeiträume zur Verfügung.

### Prozessanalyse

Eine weitere wichtige Aufgabe bestand in der Beschreibung der eigentlichen Auswertungsaufgaben und dem Ablauf bei der Beantwortung einer Anfrage. Hier kam uns neben der Erfahrung der Bearbeiter vor allem die von den Mitarbeitern im Fachbereich geführte Anfragenregistrierung zugute. Dort werden neben organisatorischen Informationen wie dem Bearbeitungsstatus der eingegangenen Anfragen auch die wichtigsten inhaltlichen Angaben erfasst. Ausgehend von den häufigsten Fragestellungen wurden über mehrere Verallgemeinerungsstufen die Anforderungen an die Auswertungsprogramme immer weiter verdichtet und abstrahiert.

- Bei etwa 50 Prozent der Anfragen sind Angaben nach Altersgruppen auszuweisen. Hier ist eine besonders große Flexibilität gefragt. Versuche, die Anfragen mit einem Set an Standardgliederungen abzudecken, scheiterten an der Vielfalt der nutzerspezifischen Interessen.
- Bei der regionalen Gliederung der Ergebnisse stehen die administrativen Verwaltungsgliederungen wie zum Beispiel Land, Kreise oder Gemeinden im Vordergrund. Das betrifft knapp 90 Prozent aller Anfragen. Trotzdem wird auch eine Lösung für die steigende Zahl der Auswertungen nach fachspezifischen flächendeckenden Gliederungen wie Raumkategorien oder auch für individuell definierte Teilgebiete benötigt.
- Die Grundaufgabe besteht im Wesentlichen im Verdichten von Informationen, d. h. im Gruppieren, Zählen und Summieren von Datensätzen.

Für die Steuerung einer Auswertung werden im Wesentlichen zwei Informationskomplexe benötigt. Der erste umfasst allgemeine Angaben wie den Gebietsstand, den Berichtszeitraum oder -stichtag, die Altersstruktur und die regionale Gliederung.

Der zweite Komplex soll die spezifischen Fragestellungen der einzelnen Statistiken abdecken. Bei der Geburtenstatistik gehören zum Beispiel das Geschlecht, die Staatsangehörigkeit oder die Legitimität des Kindes dazu. In der Wanderungsstatistik spielen dagegen verschiedene Ziel- und Herkunftsgebiete oder die Staatsangehörigkeit eine Rolle.



Bei den vorbereitenden Analysen und Überlegungen zeichnete sich ab, dass mit dem Pool von neuen SAS-Programmen nicht alle möglichen (seltenen) Auswertungsaufgaben erledigt werden können. Eine gewisse, wenn auch deutlich reduzierte Menge an Anfragen wird weiterhin den Spezialisten mit SAS-Kenntnissen vorbehalten bleiben.

## Umsetzung in SAS

Die Programme sollten eine möglichst einfache Handhabung für alle Mitarbeiter bieten. Das Anpassen von Programmen direkt im Programmcode stellte sich als ungeeigneter Ansatz heraus und bleibt den Spezialisten vorbehalten. Um die beim Erstkontakt mit SAS oft festgestellte Hemmschwelle zu überwinden, sollten die für die Abarbeitung des Programms notwendigen Parameter über eine möglichst standardisierte Oberflächenmaske eingegeben werden können. Nach den Berechnungen im SAS sollten die Ergebnisse den Mitarbeitern automatisch in MS-EXCEL in standardisierten Verzeichnissen zur Verfügung stehen.

## Grundidee

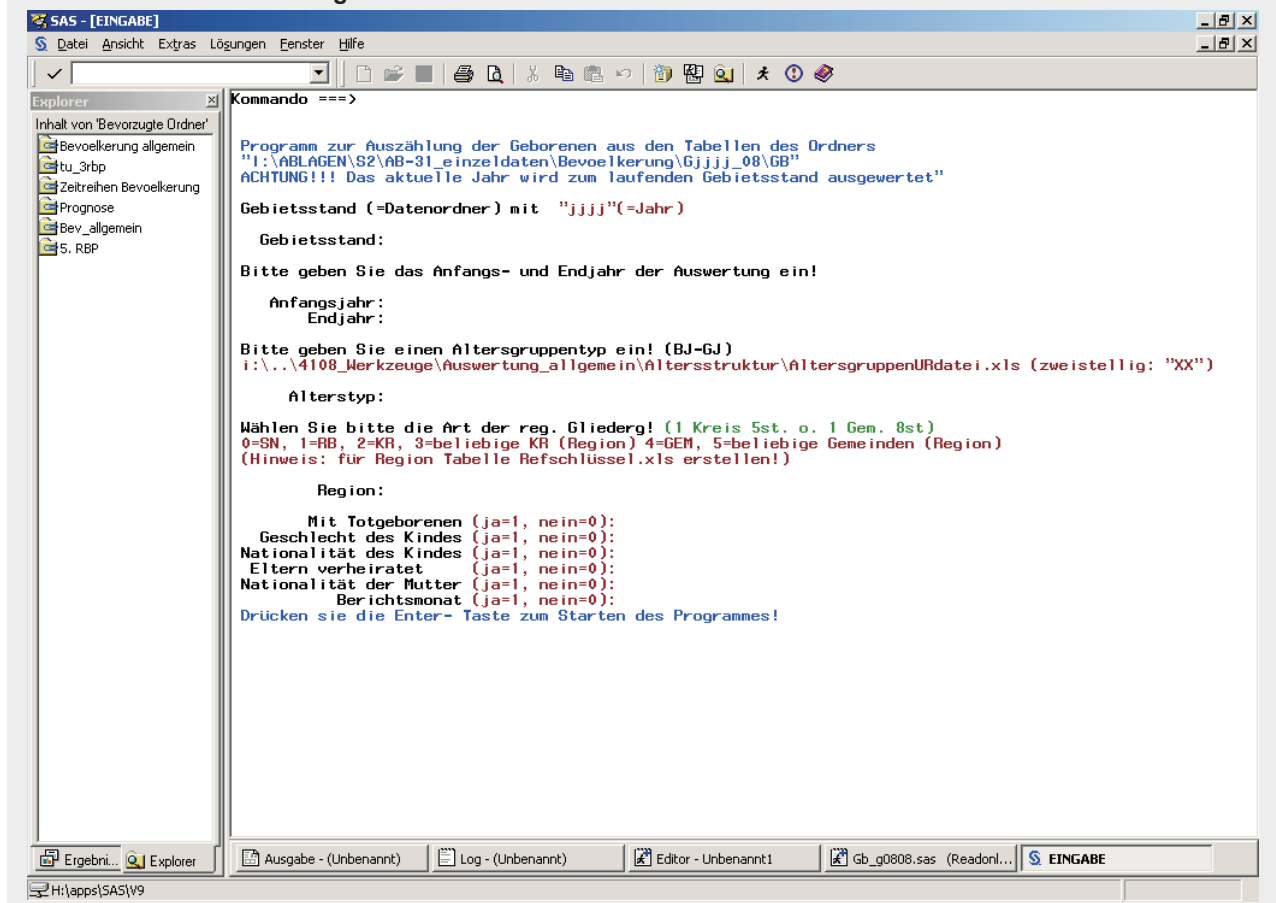
Die Grundidee besteht darin, die Summensätze in der gewünschten Gliederungstiefe mit SAS zu erzeugen und in einer standardisierten Rohform als MS-EXCEL-Datei auszugeben. Die endgültige (individuelle) Tabellengestaltung, zum Beispiel Tabellenblöcke definieren, Transponieren der Daten, Reihenfolge der Spalten ändern oder das Anpassen der Zahlenformate, ist somit Aufgabe des Bearbeiters. Neben verschiedenen Standard-Funktionalitäten in MS-EXCEL (Pivot-Tabelle, Filter, ...) unterstützen verschiedene bereichsinterne Makros die effiziente Umsetzung der Gestaltungsrichtlinien.

Der Kontakt mit den SAS-Befehlen wird so für den einzelnen Mitarbeiter minimiert. Für die Anwendung der Programme ist nur ein geringer Schulungsaufwand in SAS nötig.

## Auswahl der SAS-Prozeduren

Die mit den Programmen zu lösenden Aufgaben stellen im SAS-Umfeld eher einfache Analysen im Bereich der deskriptiven Statistik dar. SAS bietet dazu verschiedene Prozeduren an, die sich aber in unterschiedlichem Maße für unsere Anforderungen eignen. Einfache verdichtete Statistiken für numerische Variablen kann man mit PROC FREQ, PROC TABULATE, PROC MEANS oder PROC SUMMARY ermitteln. In der Regel erscheinen die Er-

Abb. 1 Oberfläche des Programms zum Auswerten der Geburtenstatistik



gebnisse einer Datenanalyse mit SAS in einem Textausgabefenster „Output“. Diese ASCII-Ausgabe bietet wenig Übersicht und keine Navigationsmöglichkeit. Außerdem ist die Weiternutzung dieser Ergebnisse außerhalb von SAS umständlich. Die Entwicklung der Programme lief unter SAS 8.x. Inzwischen bieten weitere SAS-Prozeduren über das Output Delivery System (ODS) verbesserte Möglichkeiten, Ausgaben ansprechend zu gestalten und in verschiedenen Formaten wie pdf oder html auszugeben.

Die unkomplizierte Prozedur FREQ eignet sich zum Auszählen von absoluten und relativen Häufigkeiten einzelner Merkmale oder für zweidimensionale Kreuztabellen. Wir setzen diese Prozedur für einfache und schnelle Plausibilitätskontrollen unserer Berechnungen ein, zum Beispiel um einen ersten Überblick über die Daten (Verteilung von Ausprägungen) zu erhalten bzw. um die Wirksamkeit von Formatierungen zu überprüfen.

Die Prozedur TABULATE liefert Summensätze in Tabellenform. Dieser Output ist für unsere Anforderungen zu unflexibel bzw. erfordert zu viel Steuerungsaufwand.

Die Prozeduren MEANS und SUMMARY ermitteln einfache verdichtete Statistiken für numerische Variablen in einer SAS-Datei. Darunter auch die Summe über numerische Variablen. Mit der CLASS-Anweisung kann man die Beobachtungen gruppieren. Das heißt, die Kennwerte werden getrennt für die Ausprägungen der CLASS-Variablen ausgerechnet. Die Ergebnisse dieser Prozedur können im Output-Fenster von SAS oder in eine neue SAS-Datei ausgegeben werden. Aus dieser SAS-Datei kann dann mittels der Prozedur EXPORT eine MS-EXCEL-Datei erzeugt werden. PROC SUMMARY besitzt die gleichen Funktionalitäten wie PROC MEANS, hat aber ein besser gesteuertes Output. Damit war für uns die Prozedur SUMMARY am besten geeignet. Sie bildet den Grundbaustein für unsere Programme.

## Anforderungen an Programme

Besondere Herausforderungen an die Grundkonzeption der Programme waren die flexible Abbildung von Altersstrukturen und regionalen Gliederungen sowie die von der Oberfläche steuerbare Entscheidung, ob ein Merkmal mit in die Auswertung einbezogen wird oder nicht.

### Altersgruppierung

Die Vorgabe der Altersgruppen erfolgt in einer externen Referenzdatei in MS-EXCEL. Diese wird an einer zentralen Stelle fest abgelegt. Die Mitarbeiter können darin eine vorhandene Altersgliederung auswählen oder eine neue individuell verschlüsseln. Für jede Altersgliederung wird eine zweistellige Nummer vergeben, die vom Bearbeiter in die Oberflächenmaske eingegeben wird. Mit der Prozedur PROC FORMAT wird die gewählte Altersgruppierung im Programm umgesetzt. Wenn keine Auswertung nach Alter

gewünscht wird, wählt man die Gliederung, die alle Altersangaben auf einen einheitlichen Wert setzt. Vorteil dieser externen Referenzdatei ist die schnelle und unkomplizierte Definition von Altersgruppen. Etwas störend ist das „Verwildern“ der Referenzdatei, deshalb muss in Zeitabständen ein gewisser Pflegeaufwand betrieben werden.

### Regionale Gliederung

Ähnlich ist das Vorgehen bei den regionalen Gliederungen. Die häufig nachgefragten regionalen Gliederungen nach Gemeinden, Kreisen, Direktionsbezirken und Land sind aus Komfortgründen direkt über die Oberfläche auswählbar. Individuelle regionale Gliederungen werden mittels externer MS-EXCEL-Datei definiert.

### Zeitreihen

Die Programme ermöglichen die Auswertung von einzelnen Berichtsjahren und die Erstellung von Zeitreihen. Den gewünschten Berichtszeitraum kann der Nutzer in der Maske einstellen. Selbst für detaillierte Auswertungen der Wanderungsstatistik über alle bis dato verfügbaren fast 20 Berichtsjahre (jährlich ca. 400 000 Datensätze) werden weniger als fünf Minuten Rechenzeit benötigt.

### Endfertigung der Tabellen

Mit der Prozedur Export werden die aggregierten Daten aus SAS nach MS-EXCEL exportiert und stehen den Mitarbeitern für die weitere Bearbeitung zur Verfügung. Die Ergebnisdateien enthalten immer alle mit dem Programm auswertbaren Merkmale. Je nachdem, ob ein Merkmal in die Auswertung einbezogen wurde oder nicht, sind diese mit ihren Ausprägungen bzw. den gewünschten Gruppierungen vertreten. Damit sind in Verbindung mit einem vom Programm passend generierten Dateinamen stets die wichtigsten Metadaten zu den Auswertungsinhalten verfügbar.

## Ergebnis und Ausblick

Mit der Entwicklung und Einführung dieser Programme konnte die Beantwortung von Anfragen und die Durchführung von bevölkerungsstatistischen Analysen deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Die standardisierte Verarbeitung der Daten schafft Freiräume, die zum Beispiel für verstärkte inhaltliche Überlegungen genutzt werden können. Der Aufbau der standardisierten Datenbasis incl. Metadaten war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung der Programme.

Die Endfertigung der Veröffentlichungstabellen in MS-EXCEL hat sich bewährt, weil damit ohne großen Programieraufwand eine flexible und für den Kunden optimierte Tabellengestaltung möglich ist.

Inzwischen existieren fast 25 Programme zur Berechnung von bevölkerungsstatistischen Daten. Diese basieren auf

Abb. 2 Beispiel einer aus SAS exportierten Ergebnisdatei

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O
	Jahr	monat	Region	Bezeichnung	ag_Name	sex	tda	ANZ							
2	2000	12	14511	Chemnitz, 00-15	unter 15	1	i	14479							
3	2000	12	14511	Chemnitz, 00-15	unter 15	2	i	13800							
4	2000	12	14511	Chemnitz, 15-65	15 - 65	1	i	90229							
5	2000	12	14511	Chemnitz, 15-65	15 - 65	2	i	89270							
6	2000	12	14511	Chemnitz, 65-99	65 und m	1	i	18626							
7	2000	12	14511	Chemnitz, 65-99	65 und m	2	i	32842							
8	2000	12	14521	Erzgebirg, 00-15	unter 15	1	i	27264							
9	2000	12	14521	Erzgebirg, 00-15	unter 15	2	i	25712							
10	2000	12	14521	Erzgebirg, 15-65	15 - 65	1	i	144796							
11	2000	12	14521	Erzgebirg, 15-65	15 - 65	2	i	138312							
12	2000	12	14521	Erzgebirg, 65-99	65 und m	1	i	30273							
13	2000	12	14521	Erzgebirg, 65-99	65 und m	2	i	50844							
14	2000	12	14522	Mittelsach, 00-15	unter 15	1	i	24107							
15	2000	12	14522	Mittelsach, 00-15	unter 15	2	i	22658							
16	2000	12	14522	Mittelsach, 15-65	15 - 65	1	i	129113							
17	2000	12	14522	Mittelsach, 15-65	15 - 65	2	i	121692							
18	2000	12	14522	Mittelsach, 65-99	65 und m	1	i	26334							
19	2000	12	14522	Mittelsach, 65-99	65 und m	2	i	45242							
20	2000	12	14523	Vogtland, 00-15	unter 15	1	i	16849							
21	2000	12	14523	Vogtland, 00-15	unter 15	2	i	16045							
22	2000	12	14523	Vogtland, 15-65	15 - 65	1	i	94205							
23	2000	12	14523	Vogtland, 15-65	15 - 65	2	i	91316							
24	2000	12	14523	Vogtland, 65-99	65 und m	1	i	19706							
25	2000	12	14523	Vogtland, 65-99	65 und m	2	i	36107							
26	2000	12	14524	Zwickau, 00-15	unter 15	1	i	23871							
27	2000	12	14524	Zwickau, 00-15	unter 15	2	i	22608							
28	2000	12	14524	Zwickau, 15-65	15 - 65	1	i	120066							

den gleichen Grundprinzipien. Die regelmäßigen Überprüfungen und Weiterentwicklungen der Programme werden vom Bereich Datenbereitstellung in Abstimmung mit dem Fachbereich realisiert. Die Hemmschwelle für den Einsatz von SAS ist deutlich gesunken. Geplant ist, weitere Statistiken aus dem Bereich der privaten Haushalte demnächst ähnlich flexibel mit SAS auswerten zu können. Die deutlich größere Merkmalsvielfalt und die daraus resultierende Komplexität der logischen Auswerteregeln stellen dabei neue Herausforderungen dar.

Annett Kirschke, Dipl.-Math., Referentin Analyse Bevölkerung, Haushalte

#### Literaturverzeichnis:

- [1] Ortseifen, Carina: Der SAS-Kurs: Eine leicht verständliche Einführung/ Carina Ortseifen – 1. Aufl. Bonn [u.a.] : Internat. Thomson Publ. 1997
- [2] Krämer, Walter; Schoffer, Olaf; Tschiersch, Lars: Datenanalyse mit SAS® – 2. Aufl.: Springer-Verlag Berlin, Heidelberg 2008, 2005
- [3] diverse SAS-Kursunterlagen, SAS Institute Heidelberg
- [4] Zimmermann, Katja: „Analyse der Anwender- und Aufgabenprofile bei der Erstellung von bevölkerungsstatistischen Auswertungen und Standardisierung der Auswertungsprogramme für den Bereich Bevölkerungsstatistik“ Statistisches Landesamt Sachsen, Praxissemesterbericht 2002

## Kindertagesbetreuung im Freistaat Sachsen 2008

### Vorbemerkungen

Lebenslanges Lernen beginnt schon im frühen Kindesalter. Eine umfassende Kinderbetreuung entlastet nicht nur Eltern, sondern bietet auch die Möglichkeit Kinder schon früh optimal pädagogisch zu fördern.

Neben dem Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr wurde 2004 das Gesetz zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) beschlossen. Mit der Einführung des Kinderförderungsgesetzes zum 1. Januar 2009 haben sich Bund, Länder und Kommunen auf das gemeinsame Ziel geeinigt, bis zum Jahr 2013 für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege zu schaffen.

Auf der Grundlage von Daten aus den seit 2006 erweiterten Kinder- und Jugendhilfestatistiken wird im folgenden Beitrag der erreichte Stand bei der Kindertagesbetreuung im Freistaat Sachsen für 2008 betrachtet. Ab dem Jahr 2006 werden jährlich zum Stichtag 15. März umfangreiche Angaben zu Kindertageseinrichtungen, zu betreuten Kindern und dem Personal in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege erhoben. [1]

Die betreuten Kinder sind Nichtschulkinder und Schulkinder im Alter bis zu 13 Jahren. Im nachfolgenden Beitrag werden hauptsächlich die Angaben zu den unter Sechsjährigen analysiert.

### Angebote für Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und der öffentlich geförderten Kindertagespflege weiter gestiegen

Die Zahl der Kindertageseinrichtungen stieg seit 2006 um 57 auf 2 679 mit insgesamt 258 987 genehmigten Plätzen im März 2008 an. In den Einrichtungen waren 21 623 Personen pädagogisches Personal beschäftigt. Das waren, wie auch die Zahl der genehmigten Plätze, neun Prozent mehr als 2006. Betreut wurden in den Kindertageseinrichtungen insgesamt 235 737 Kinder, zehn Prozent mehr als 2006 (vgl. Tab. 1).

Immer mehr Tagesmutter und Tagesväter betreuen vor allem Kinder, die jünger als drei Jahre sind. 1 123 Tagespflegepersonen, das sind 346 mehr als 2006, betreuten 2008 insgesamt 3 893 Kinder. 90 Prozent der Kinder waren jünger als drei Jahre (vgl. Tab. 2).

### Mehr als jedes dritte Kind unter drei Jahren hat einen Betreuungsplatz

239 630 Kinder in Sachsen haben im Jahr 2008 ein Betreuungsangebot in einer Tageseinrichtung oder der öffentlich geförderten Kindertagespflege in Anspruch genommen. Im Vergleich zu 2007 waren das 11 580 Kinder bzw. fünf Prozent mehr.

Vor allem bei der Zahl der betreuten Kinder, die jünger als drei Jahre sind, ist ein Anstieg zu verzeichnen. 36 164 Kinder und damit sechs Prozent mehr als 2007 besuchten eine Kindertageseinrichtung oder befanden sich in der Kinder-

**Tab. 1 Einrichtungen, pädagogisches Personal, Kinder und genehmigte Plätze in Kindertageseinrichtungen 2006 bis 2008**

Merkmal	2006	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2006 in %
Tageseinrichtungen	2 622	2 630	2 679	2,2
Pädagogisches Personal	19 825	20 641	21 623	9,1
Kinder	214 361	224 825	235 737	10,0
Genehmigte Plätze	236 757	246 984	258 987	9,4

**Tab. 2 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2006 bis 2008 nach Alter**

Alter von ... bis unter ... Jahren	2006	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2006 in %
unter 3	2 163	2 922	3 520	62,7
3 - 6	178	233	306	71,9
6 - 14	58	70	67	15,5
<b>Insgesamt</b>	<b>2 399</b>	<b>3 225</b>	<b>3 893</b>	<b>62,3</b>

tagespflege. Auch in der Altersgruppe der Kinder von drei bis unter sechs Jahren wurden 2008 über zwei Prozent mehr Kinder als 2007 betreut. In dieser Altersgruppe sind es inzwischen 91 440 betreute Kinder.

Damit erreichte 2008 die Betreuungsquote (Anzahl der betreuten Kinder in Tageseinrichtungen und der öffentlich geförderten Kindertagespflege je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe) der unter Dreijährigen einen Wert von 36,5 Prozent, zwei Prozentpunkte mehr als 2007. Um einen weiteren Prozentpunkt stieg die Betreuungsquote der Drei- bis unter Sechsjährigen auf nunmehr knapp 95 Prozent.

Die Quoten im bundesweiten Durchschnitt lagen mit knapp 18 Prozent vor allem bei den unter Dreijährigen bzw. knapp 91 Prozent in der Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen wesentlich darunter.

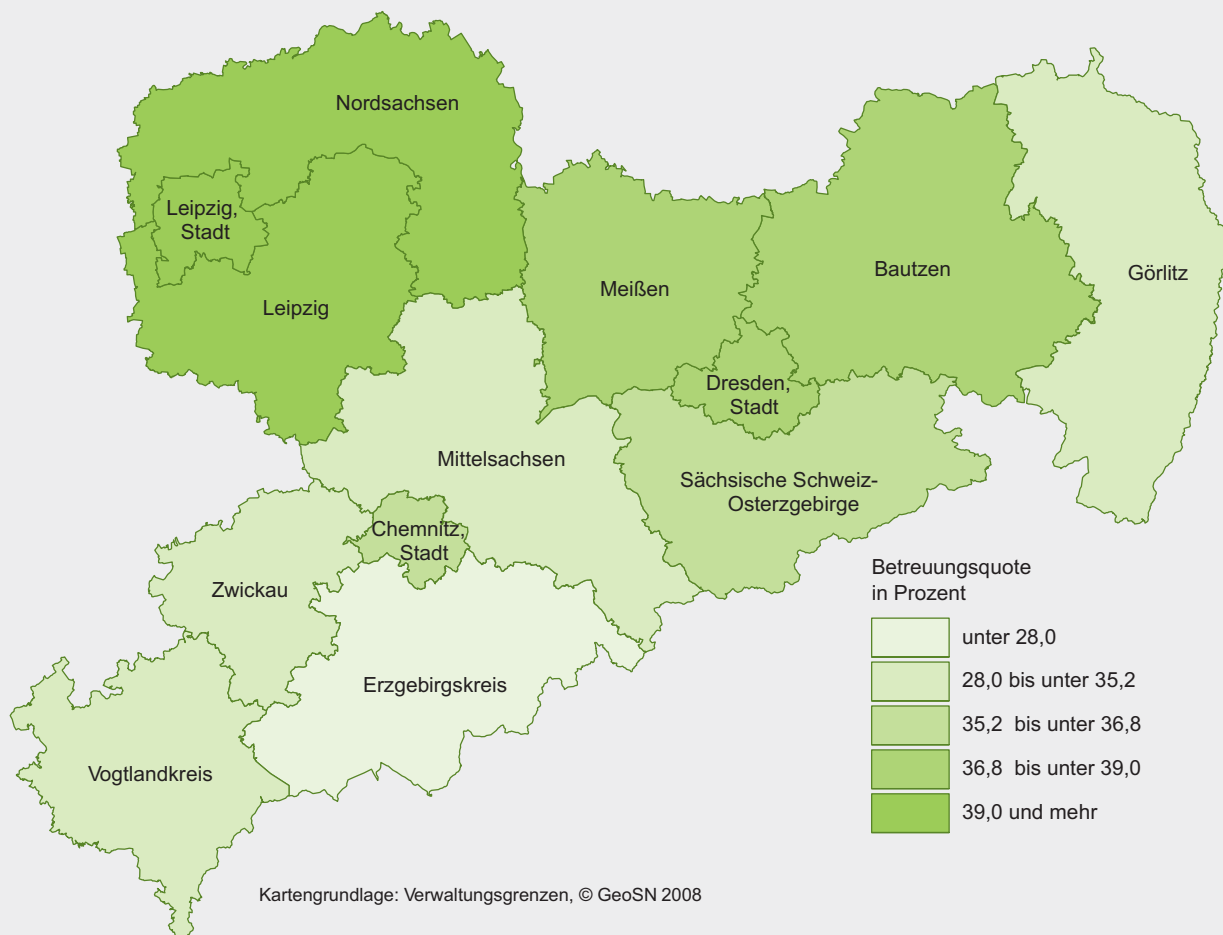
#### Betreuungsquoten bei unter Dreijährigen im Direktionsbezirk Leipzig am höchsten

Bei den Betreuungsquoten treten sowohl bei den unter Dreijährigen als auch bei den Drei- bis unter Sechsjährigen regionale Unterschiede auf. Die Betreuungsquoten der unter Dreijährigen liegen im Vergleich der Kreisfreien Städte und Landkreise zwischen 27,9 Prozent im Erzgebirgskreis

und 45,6 Prozent im Landkreis Leipzig. Sieben der Kreisfreien Städte und Landkreise erreichen den Sachsendurchschnitt von 36,5 Prozent nicht (siehe Abb. 1).

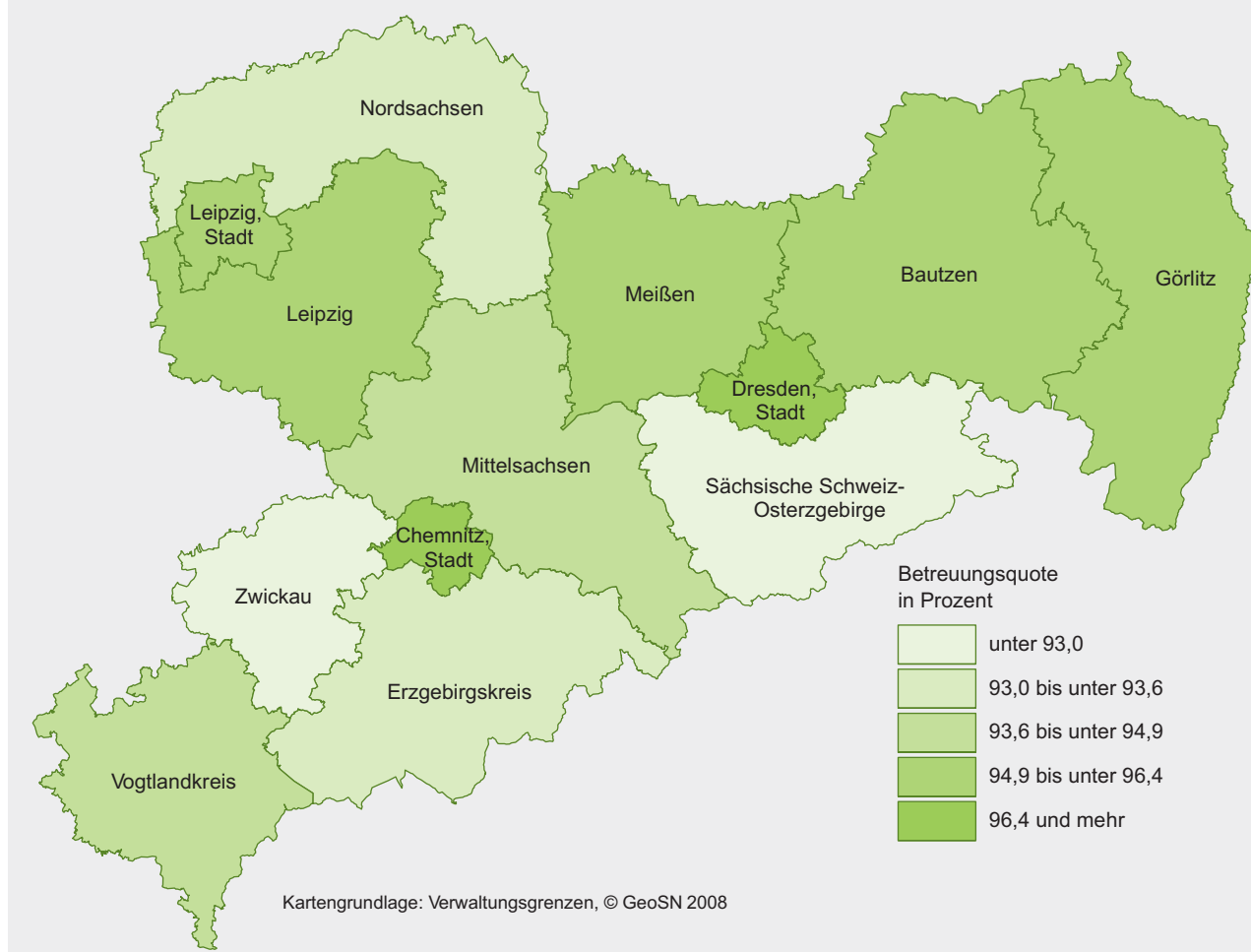
In der Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen streuen die Quoten zwischen 92,9 Prozent im Landkreis Zwickau und 97,2 Prozent in der Kreisfreien Stadt Chemnitz. Bei dieser Quote liegen sechs Landkreise unter dem Sachsenwert. Dies betrifft insbesondere den Direktionsbezirk Chemnitz. Hier erreicht in beiden genannten Altersgruppen kein Kreis den Sachsenwert. Eine Ausnahme bildet lediglich die Kreisfreie Stadt Chemnitz bei der Betreuungsquote der Drei- bis unter Sechsjährigen. Hier wird mit 97,2 Prozent der höchste Wert innerhalb des Freistaates erreicht. Fast durchweg hohe Quoten weisen die Kreisfreie Stadt Leipzig und die Landkreise des Direktionsbezirk Leipzig auf. Ausnahme bildet hier nur der Landkreis Nordsachsen, der bei der Betreuung der Drei- bis unter Sechsjährigen mit der Quote unter dem Sachsendurchschnitt liegt. Im Direktionsbezirk Dresden werden die Sachsenquoten in beiden Altersgruppen vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nicht erreicht. Zusätzlich erreicht der Landkreis Görlitz bei der Betreuung der unter Dreijährigen eine niedrigere Quote als die für Sachsen (siehe Abb.2).

**Abb. 1 Betreuungsquote der Kinder in Kindertagesbetreuung im Alter von unter 3 Jahren am 15. März 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**





**Abb. 2 Betreuungsquote der Kinder in Kindertagesbetreuung im Alter von 3 Jahren bis unter 6 Jahren am 15. März 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**



### Ein Viertel aller unter Dreijährigen befinden sich in Ganztagsbetreuung

Anfang 2008 wurden im sachsenweiten Durchschnitt ein Viertel aller Kinder unter drei Jahren (25 163) und zwei Drittel aller Kinder von drei bis unter sechs Jahren (63 782) mehr als sieben Stunden in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut. Die Ganztagsbetreuungsquoten liegen somit für Sachsen, wie auch für die anderen neuen Bundesländer wesentlich über denen im Bundesdurchschnitt. Die bundesweiten Quoten bewegen sich bei rund acht Prozent bei den Kleinkindern (unter drei Jahren) bzw. 27 Prozent bei den Drei- bis unter Sechsjährigen.

Auch bei der Ganztagsbetreuungsquote gibt es innerhalb von Sachsen deutliche regionale Unterschiede. Bei den unter Dreijährigen liegen die Quoten zwischen 33,6 Prozent in der Kreisfreien Stadt Dresden und 14,4 Prozent im Erzgebirgskreis. Wie schon bei den Betreuungsquoten, fallen auch die Ganztagsbetreuungsquoten im Direktionsbezirk Chemnitz eher niedrig aus. Insgesamt verweisen die beiden Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig sowie vier Landkreise auf Quoten über dem Sachsendurchschnitt (25,4 Prozent).

Die Ganztagsbetreuungsquote für die Drei- bis unter Sechsjährigen erreichte mit 66,0 Prozent in Sachsen insgesamt einen wesentlich höheren Wert. Eine bemerkenswert hohe Quote ist in der Kreisfreien Stadt Dresden erreicht worden. Hier werden 89,5 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe länger als sieben Stunden täglich betreut. Die niedrigste Quote (48,5 Prozent) ist auch hier wieder im Erzgebirgskreis zu verzeichnen. Über dem Sachsendurchschnitt liegen nur noch die Stadt Leipzig (74,2 Prozent) und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (74,7 Prozent). Interessant bei diesem Landkreis ist, dass bei den Betreuungsquoten sowohl der unter Dreijährigen als auch der Drei- bis unter Sechsjährigen die Quoten unter dem Sachsendurchschnitt lagen, aber bei der Ganztagsbetreuung in beiden Altersgruppen Quoten über den Sachsendurchschnitt erreicht werden (vgl. Tab. 3).

### 94 Prozent der Drei- bis unter Sechsjährigen besuchen eine Kindertageseinrichtung

Von den 235 737 Kindern, die 2008 in einer Kindertageseinrichtung untergebracht waren, waren 123 778 (52,5 Prozent) jünger als sechs Jahre. Jedes dritte Kind (32 644) im Alter von unter drei Jahren besuchte eine Kindertageseinrichtung (Besuchsquote 33,0 Prozent). Die Besuchsquote in der Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen betrug 94,4 Prozent.

Während Sachsen bei dieser Besuchsquote mit Thüringen (94,7 Prozent) einen Spitzenplatz unter den Bundesländern einnimmt, schneidet Sachsen im Vergleich der neuen Länder bei der Quote für die Kinder unter drei Jahren (33,0 Prozent) am schlechtesten ab. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) besuchte zwar nur jedes zehnte Kind in die-

sem Alter eine Tageseinrichtung aber in den neuen Ländern (ohne Berlin) waren es im Durchschnitt 38,4 Prozent und damit 5,4 Prozentpunkte mehr als im Sächsendurchschnitt.

In Sachsen erhöhten sich im Vergleich zu 2006 und 2007 die Besuchsquoten kontinuierlich für die beiden Altersgruppen der unter Dreijährigen bzw. der Drei- bis unter Sechsjährigen (vgl. Abb. 3)

Die Besuchsquoten der Drei- bis unter Sechsjährigen erreichten in 2008 in den Kreisfreien Städten und Landkreisen Werte zwischen 91,4 Prozent im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und 97,2 Prozent in der Kreisfreien Stadt Chemnitz.

**Tab. 3 Betreuungs- und Ganztagsbetreuungsquote der Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege im Alter von unter 6 Jahren 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	unter 3				3 - 6			
	ins- gesamt	Betreuungs- quote <sup>1)</sup>	Betreuung mehr als 7 Stunden (ganztags)	Ganztags- quote <sup>2)</sup>	ins- gesamt	Betreuungs- quote <sup>1)</sup>	Betreuung mehr als 7 Stunden (ganztags)	Ganztags- quote <sup>2)</sup>
Chemnitz, Stadt	2 002	36,4	1 193	21,7	5 067	97,2	2 899	55,6
Erzgebirgskreis	2 425	27,9	1 253	14,4	7 985	93,2	4 157	48,5
Mittelsachsen	2 563	34,8	1 654	22,4	7 072	94,1	4 403	58,6
Vogtlandkreis	1 742	32,8	935	17,6	5 001	93,6	2 883	54,0
Zwickau	2 588	34,8	1 715	23,1	7 173	92,9	4 790	62,0
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>11 320</b>	<b>33,0</b>	<b>6 750</b>	<b>19,7</b>	<b>32 298</b>	<b>94,0</b>	<b>19 132</b>	<b>55,7</b>
Dresden, Stadt	5 575	37,7	4 968	33,6	12 282	96,4	11 406	89,5
Bautzen	2 835	37,0	1 907	24,9	7 349	95,8	4 933	64,3
Görlitz	2 097	33,7	1 298	20,9	5 979	95,5	3 736	59,7
Meißen	2 276	38,1	1 603	26,9	6 012	96,2	4 054	64,8
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2 109	35,3	1 684	28,2	5 852	92,0	4 756	74,7
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>14 892</b>	<b>36,7</b>	<b>11 460</b>	<b>28,2</b>	<b>37 474</b>	<b>95,4</b>	<b>28 885</b>	<b>73,5</b>
Leipzig, Stadt	5 195	39,0	3 737	28,0	11 126	94,9	8 700	74,2
Leipzig	2 759	45,6	1 936	32,0	5 901	94,9	4 000	64,3
Nordsachsen	1 998	43,0	1 280	27,6	4 641	93,5	3 065	61,7
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>9 952</b>	<b>41,4</b>	<b>6 953</b>	<b>28,9</b>	<b>21 668</b>	<b>94,6</b>	<b>15 765</b>	<b>68,8</b>
<b>Sachsen</b>	<b>36 164</b>	<b>36,5</b>	<b>25 163</b>	<b>25,4</b>	<b>91 440</b>	<b>94,7</b>	<b>63 782</b>	<b>66,0</b>

1) Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

2) Anzahl der betreuten Kinder mit mehr als 7 Stunden Betreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

**Abb. 3 Besuchsquoten in Kindertageseinrichtungen 2006 bis 2008 nach Altersgruppen**

**Etwa jedes zehnte betreute Kind unter drei Jahren wurde von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater versorgt**

Für Kinder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege fällt die Besuchsquote noch sehr niedrig aus. Lediglich 3,6 Prozent der unter Dreijährigen und 0,3 Prozent der Drei- bis unter Sechsjährigen wurden 2008 von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut.

Am ehesten wird diese Betreuungsmöglichkeit für die unter Dreijährigen genutzt. 3 520 von insgesamt 36 164 betreuten Kindern unter drei Jahren (9,7 Prozent) wurden von einer Tagespflegeperson umsorgt. Bei der Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen traf das nur für 306 (0,3 Prozent) der betreuten Kinder zu.

Vor allem in den Kreisfreien Städten Dresden und Leipzig, die mit Abstand die meisten Tagespflegepersonen und dementsprechend auch die meisten betreuten Kinder aufweisen, wird dieses Angebot der Kinderbetreuung von den Eltern wahrgenommen. Eine Ausnahme bildet die Kreisfreie Stadt Chemnitz, in der nur von vier Tagespflegepersonen sieben Kinder betreut wurden. Hier war im Vergleich zu 2007 sogar noch ein Rückgang um vier Pflegepersonen

**Tab. 4 Personen und Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2007 und 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	2007			2008		
	Tagespflege- personen	Kinder		Tagespflege- personen	Kinder	
		insgesamt	darunter im Alter von unter 3 Jahren		insgesamt	darunter im Alter von unter 3 Jahren
Chemnitz, Stadt	8	13	6	4	7	2
Erzgebirgskreis	38	94	75	50	141	120
Mittelsachsen	46	135	116	58	166	142
Vogtlandkreis	1	5	5	5	19	18
Zwickau	42	121	93	58	194	152
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>135</b>	<b>368</b>	<b>295</b>	<b>175</b>	<b>527</b>	<b>434</b>
Dresden, Stadt	268	1 030	985	312	1 150	1 060
Bautzen	40	128	98	52	172	139
Görlitz	12	44	38	20	58	47
Meißen	50	154	124	56	174	160
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	79	267	247	96	328	292
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>449</b>	<b>1 623</b>	<b>1 492</b>	<b>536</b>	<b>1 882</b>	<b>1 698</b>
Leipzig, Stadt	312	1 007	948	347	1 264	1 211
Leipzig	40	146	119	42	151	118
Nordsachsen	32	81	68	23	69	59
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>384</b>	<b>1 234</b>	<b>1 135</b>	<b>412</b>	<b>1 484</b>	<b>1 388</b>
<b>Sachsen</b>	<b>968</b>	<b>3 225</b>	<b>2 922</b>	<b>1 123</b>	<b>3 893</b>	<b>3 520</b>

und sechs Kindern zu verzeichnen. Außer im Landkreis Nordsachsen, in dem auch ein Rückgang an Pflegepersonen und betreuten Kindern registriert wurde, verbesserte sich das Angebot in der öffentlich geförderten Tagespflege in den übrigen Kreisfreien Städten bzw. Landkreisen im Jahr 2008. Die höchsten Besuchsquoten für Kinder unter drei Jahren weisen die Kreisfreien Städte Leipzig mit 9,1 Prozent und Dresden mit 7,2 Prozent auf. Von den Landkreisen hat der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 4,9 Prozent die höchste Besuchsquote.

Allein 48 Prozent (1 698 Kinder) der Kinder in öffentlich geförderter Tagespflege wurden im Direktionsbezirk Dresden betreut (vgl. Tab. 4).

### **Bis 2020 Rückgang bei Zahl der betreuten Kinder im Alter von drei bis unter sieben Jahren erwartet, aber mehr betreute Kinder unter drei Jahren**

Wie sich die Anzahl der betreuten Kinder zukünftig entwickelt, hängt neben der demografischen Entwicklung von der Inanspruchnahme und dem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ab.

Vorausberechnungen bis 2020, die in Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes und den statistischen Ämtern der Länder ermittelt wurden, gehen für Sachsen bei den Drei- bis unter Siebenjährigen von einem Rückgang der betreuten Kinder im Vergleich zu 2007 von 17 Prozent aus. Dabei wurde eine Betreuungsquote von 97 Prozent angenommen. Bei den unter Dreijährigen würde bei Beibehaltung der gegenwärtigen Betreuungsquote ein ähnlicher Rückgang erwartet. Hier wird aber mit einem Anstieg der Betreuungsquote gerechnet. Bei einer Quote von 52 Prozent (höchste erreichte Quote in den neuen Bundesländern im Jahr 2007) wäre ein Anstieg der betreuten Kinder um über 20 Prozent im Jahr 2020 zu erwarten.

Birgit Scheibe, Dipl.-Ökonomin, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

#### Literaturverzeichnis:

- [1] Vgl. dazu auch den Beitrag von S. Gosch und B. Kühne: Kinderbetreuung in Sachsen 2006 und 2007 in: Statistik in Sachsen 2/2008, S. 102 - 107

## Gesundheit und Krankheit im Alter

### Vorbemerkung

Die Frage nach der Gesundheit im Alter ist von erheblicher individueller und gesellschaftlicher Bedeutung. Obwohl im Alter gesundheitliche Probleme und Einschränkungen zunehmen, ist Alter nicht gleichbedeutend mit Krankheit, Leiden und Pflegebedürftigkeit. Die individuelle Lebensführung und Bewältigungspotentiale, adäquate medizinische und soziale Betreuung, Prävention und Rehabilitation können den Gesundheitszustand, die Lebensqualität und das Wohlbefinden erheblich beeinflussen.

Der Strukturwandel der Bevölkerung mit einem deutlich steigenden Anteil älterer, vor allem hochbetagter Menschen wirft die Frage nach den Anforderungen an die soziale Sicherung und die medizinische Versorgung auf, wie auch die Frage nach möglichen Gewinnen des Alters für unsere Gesellschaft sowie nach gesellschaftlichen Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen den Generationen. In der gerontologischen Forschung wurden

- die großen interindividuellen Unterschiede in der körperlichen und seelisch-geistigen Leistungsfähigkeit älterer Menschen,
- die Bedeutung der körperlichen und seelisch-geistigen Aktivität in allen Phasen des Lebenslaufs für die Aufrechterhaltung von Gesundheit, Selbstständigkeit und Kompetenz im Alter,

- die Bedeutung der Prävention in allen Phasen des Lebenslaufs für die Vermeidung von Erkrankungen im Alter,
- das hohe Veränderungs- und Rehabilitationspotential im Alter,
- die erhöhte Anfälligkeit des Organismus für Schädigungen der Organe (Vulnerabilität), die sich in dem mit steigendem Alter wachsenden Risiko chronischer körperlicher und hirnorganischer Erkrankungen widerspiegelt,

nachgewiesen. Dabei sind allerdings die großen interindividuellen Unterschiede in der körperlichen und psychischen Gesundheit, in der Selbstständigkeit sowie im Wohlbefinden zu berücksichtigen, die sich selbst im höchsten Lebensalter nachweisen lassen. Diese Befunde sind sowohl für das Verständnis des Alternsprozesses als auch für die Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Aufrechterhaltung von Gesundheit, Selbstständigkeit, Kompetenz und Lebensqualität im Alter bedeutsam. [1]

Die amtliche Statistik erfasst in verschiedenen Erhebungen Tatbestände zu Gesundheit und Krankheit. An dieser Stelle sollen hauptsächlich Ergebnisse aus dem Mikrozensus, der Todesursachenstatistik und der Krankenhausdiagnosestatistik für ältere Menschen (ab 65 Jahre) dargestellt werden.

**Tab. 1 Anteil der Kranken/Unfallverletzten<sup>1)</sup> an der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren in Sachsen und Deutschland im April 1999, Mai 2003 und 2005 (Jahresdurchschnitt) nach Geschlecht und Altersgruppen (in Prozent)**

Geschlecht	Insgesamt	Sachsen			Deutschland
		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			im Alter von 65 und mehr Jahren
		15 - 40	40 - 65	65 und mehr	
1999					
Insgesamt	14,3	8,0	13,4	26,7	22,8
männlich	13,4	8,1	12,8	27,6	21,9
weiblich	15,2	7,9	14,1	26,2	23,3
2003					
Insgesamt	13,3	6,9	12,0	24,9	22,8
männlich	12,0	6,5	12,1	22,8	21,6
weiblich	14,5	7,3	11,8	26,2	23,7
2005					
Insgesamt	12,2	7,8	10,5	20,6	22,4
männlich	11,0	7,3	10,2	19,2	21,0
weiblich	13,2	8,4	10,7	21,5	23,4

1) krank oder unfallverletzt in den letzten 4 Wochen vor der Befragung, bezogen auf die Bevölkerung mit Auskunft zum Gesundheitszustand



Selbsteinschätzung der Gesundheit

Im Rahmen des Mikrozensus werden auch sächsische Senioren in regelmäßigen Abständen (zuletzt 1999, 2003 und 2005) gefragt, ob sie in den zurückliegenden vier Wochen krank oder unfallverletzt waren. Diese Selbsteinschätzung der Gesundheit zeigt einen ersten Trend. Die sächsischen Senioren sind in den letzten Jahren weniger krank. Gab 1999 noch mehr als jeder vierte ab 65-Jährige an, kürzlich krank gewesen zu sein, war es 2005 nur noch jeder Fünfte. Unterschiede zwischen Senioren und Seniorinnen sind dabei nicht signifikant. Zuletzt bezeichneten sich weniger sächsische Senioren als krank oder unfallverletzt als im Bundesdurchschnitt (22 Prozent, vgl. Tab. 1). Bei zwei Drittel der älteren Menschen dauerte die Krankheit bereits länger als ein Jahr, das heißt es handelte sich um längerfristige bzw. chronische Leiden.

Lebenserwartung

Derzeitig haben die heute 65-jährigen Männer rund ein Fünftel und die 65-jährigen Frauen sogar ein Viertel ihres Lebens noch vor sich. Ihre fernere Lebenserwartung ist ca. vier Jahre höher als Ende der 1980er Jahre (vgl. Tab. 2). Dieser Anstieg der ferneren Lebenserwartung ist eine Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme. Da es sich bei den über 65-Jährigen zum Großteil um Rentenbezieher handelt, hat der Anstieg der ferneren Lebenserwartung eine verlängerte Bezugsdauer der Renten und damit steigende Rentenausgaben zur Folge. Das Leben der Frauen ist stärker durch Beschwerden belastet als jenes der Männer. Frauen verbringen in Deutschland einen größeren Teil ihrer Lebensjahre mit Beschwerden als Männer. Die Lebenserwartung in Gesundheit (beschwerdefreie Lebenserwartung) dagegen unterscheidet sich kaum zwischen den Geschlechtern und lag 2003 bei 65 Jahren. [2]

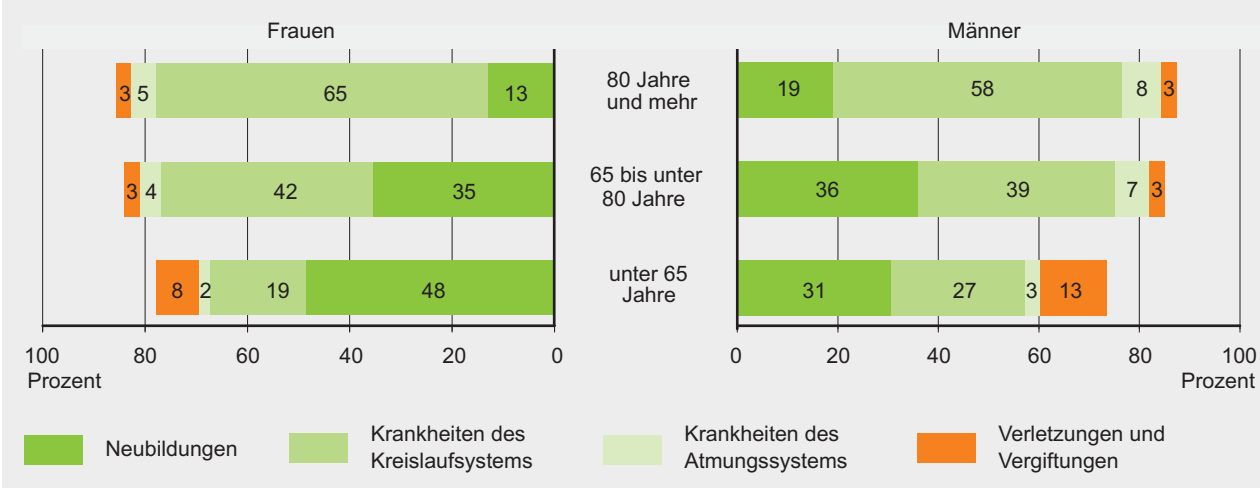
Tab. 2 Fernere Lebenserwartung in Sachsen nach ausgewähltem Alter und Geschlecht

Im Alter von ... Jahren	1987/89	1994/96	1999/01	2005/07
	in Jahren			
männlich				
0	70,43	71,84	74,47	76,42
65	12,96	14,09	15,49	16,89
80	5,31	5,96	6,69	7,52
weiblich				
0	76,35	78,86	80,97	82,53
65	15,88	17,74	19,11	20,36
80	6,24	7,39	8,13	8,90

Todesursachen

Für die unikausale Todesursachenstatistik wird das sogenannte Grundleiden als Todesursache ausgewählt. Multimorbidität im Alter und auch Zusammenhänge zwischen Sozialstatus und Sterblichkeit können mit diesen Daten nicht analysiert werden. Neubildungen sind bei Gestorbenen unter 65 Jahren die häufigste Todesursache. Bei fast der Hälfte der Frauen und bei über 30 Prozent der Männer in dieser Altersgruppe wurde eine entsprechende Todesursache festgestellt. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Kreislauferkrankungen an allen Todesursachen. Knapp 40 Prozent der Männer von 65 bis unter 80 Jahren und 58 Prozent der Männer, die mit 80 und mehr Jahren starben, erlagen einer Krankheit des Kreislaufsystems. Bei Frauen waren es 42 Prozent bei den 65- bis unter 80-Jährigen und sogar 65 Prozent der ab 80-Jährigen (vgl. Abb. 1). Obwohl die Sterblichkeit an Kreislauferkrankungen auch der älteren Menschen in Sachsen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist, sterben nach wie vor mehr sächsische Senioren und Seniorinnen an Krankheiten des Kreislaufsystems als im Bundesdurchschnitt. Mehr entsprechende Sterbefälle je 100 000 Einwohner mit 65

Abb.1 Gestorbene in Sachsen 2007 nach ausgewählten Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht



**Tab. 3 Gestorbene 2007 nach ausgewählten Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht**

Pos.-Nr. der ICD-10 <sup>1)</sup>	Todesursache	Männlich im Alter von ... bis unter ... Jahren			Weiblich im Alter von ... bis unter ... Jahren		
		unter 65	65 - 80	80 und mehr	unter 65	65 - 80	80 und mehr
A00 - B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	36	89	52	19	63	106
A15 - A19	Tuberkulose	1	2	3	-	5	4
C00 - D48	Neubildungen	1 670	3 560	1 364	1 121	2 433	2 212
C00 - C97	Bösartige Neubildungen	1 653	3 499	1 311	1 110	2 378	2 101
C15 - C26	der Verdauungsorgane	571	1 245	477	308	859	889
C30 - C39	der Atmungs- u. s. intrathorakaler Organe	411	964	245	123	235	142
C43 - C44	Melanom u. s. bösartige Neubildg. d. Haut	39	61	25	28	28	24
C50	der Brustdrüse	3	4	-	230	298	268
C51 - C68	der Genital- und Harnorgane	178	580	364	192	474	352
C81 - C96	des lymph., blutbild. u. verwandten Gewebes	94	293	84	63	196	194
E00 - E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankh.	119	293	204	58	279	696
E10 - E14	Diabetes mellitus	82	269	183	35	240	631
F00 - F99	Psychische und Verhaltensstörungen	149	76	92	31	36	289
G00 - G99	Krankheiten des Nervensystems	139	205	126	69	162	274
I00 - I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	1 461	3 868	4 111	438	2 875	11 230
I10 - I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	69	195	311	37	259	1 253
I20 - I25	Ischämische Herzkrankheit	851	2 089	1 970	161	1 324	4 541
I21	Akuter Myokardinfarkt	545	1 016	597	98	587	1 148
I22	Rezidivierender Myokardinfarkt	56	127	55	6	43	60
I30 - I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	257	579	760	83	502	2 288
I60 - I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	152	724	811	89	561	2 447
I64	Schlaganfall	24	224	251	10	136	772
J00 - J99	Krankheiten des Atmungssystems	163	663	556	47	280	845
J09 - J18	Grippe und Pneumonie	60	220	274	13	100	489
K00 - K93	Krankheiten des Verdauungssystems	683	568	235	226	357	680
K70 - K77	Krankheiten der Leber	558	302	46	178	129	58
N00 - N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	24	99	104	10	92	256
P00 - P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	23	-	-	22	-	-
V01 - X59, Y40 - Y86, Y88	Unfälle	323	168	150	94	146	417
V01 - V99	Transportmittelunfälle	158	31	11	37	25	10
W00 - W19	Stürze	75	86	110	18	81	327
X40 - X49	Akzidentielle Vergiftungen	18	1	1	6	-	1
X60 - X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	324	114	57	74	54	39
X85 - Y09	Tätlicher Angriff	14	1	1	10	-	-
<b>A00 - T98</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>5 466</b>	<b>9 875</b>	<b>7 145</b>	<b>2 325</b>	<b>6 926</b>	<b>17 332</b>

1) ICD 10: Internationale Statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision

Jahren und älter als in Sachsen gab es 2007 nur bei Männern in Sachsen-Anhalt und im Saarland (vgl. Tab. 4). Berücksichtigt man die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern (Altersstandardisierung, standardisiert an der Standardbevölkerung „Deutschland 1987“), dann sterben in Sachsen weniger Senioren an Kreislauferkrankungen als in den anderen neuen Bundesländern, jedoch immer noch mehr als in jedem Bundesland des früheren Bundesgebietes (vgl. Abb. 2). Über ein Drittel der Suizide (vorsätzliche Selbstbeschädigung) entfällt auf Personen ab 65 Jahren. Damit waren ältere Menschen überdurchschnittlich häufig vom Suizid betroffen. 171 Senioren (35 Prozent der Suizide bei Männern insgesamt) und 93 Seniorinnen (56 Prozent der Suizide bei Frauen insgesamt) starben 2007 durch vorsätzliche Selbstbeschädigung.

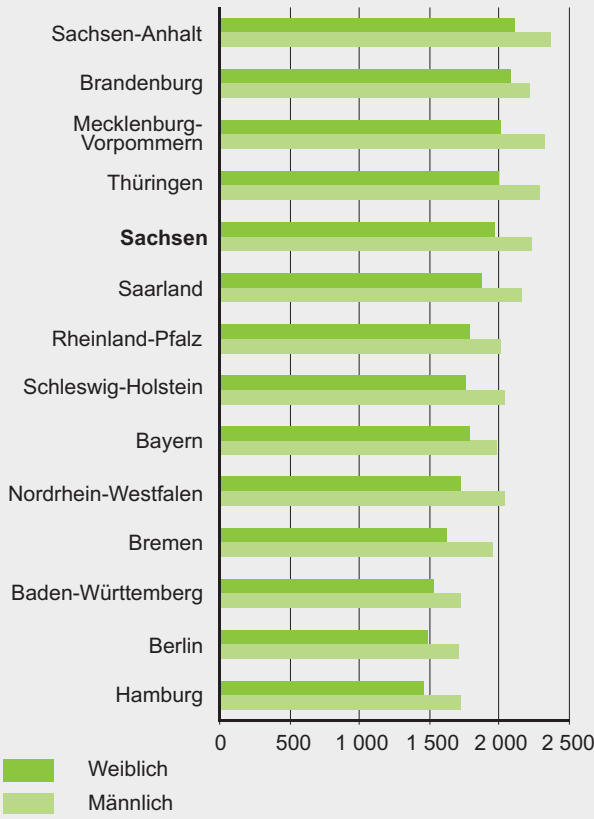
Krankenhausdiagnosen

In sächsischen Krankenhäusern wurden im Jahr 2007 knapp 423 000 Senioren und Seniorinnen (Fälle) stationär behandelt. Das waren 45 Prozent aller Krankenhausbehandlungsfälle und fast doppelt so viele Fälle von älteren Menschen wie noch im Jahr 1993. Auch bezogen auf die Bevölkerung lassen sich die über 65-Jährigen heute deutlich öfter im Krankenhaus behandeln als zu Beginn der 1990er Jahre. Bei jüngeren Menschen ist die Behandlungshäufigkeit nahezu gleich geblieben (vgl. Abb. 3)

Tab. 4 Sterbefälle je 100 000 Einwohner von 65 und mehr Jahren an Krankheiten des Kreislaufsystems nach Bundesländern und Geschlecht

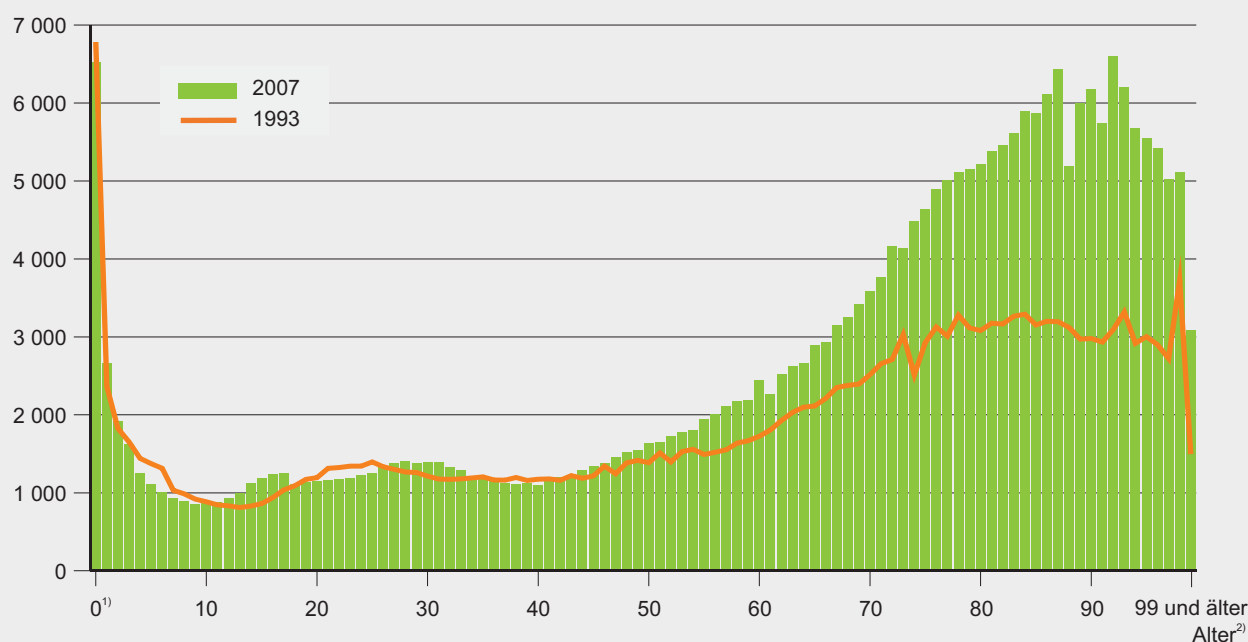
Bundesland Region	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg	1 807,9	1 658,5	1 918,7
Bayern	2 049,5	1 900,7	2 157,7
Berlin	1 701,6	1 503,5	1 839,6
Brandenburg	2 031,2	1 800,9	2 195,9
Bremen	2 023,7	1 956,1	2 070,3
Hamburg	1 846,5	1 699,6	1 947,6
Hessen	1 903,6	1 779,4	1 996,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 960,5	1 863,3	2 027,5
Niedersachsen	2 030,9	1 873,4	2 146,9
Nordrhein-Westfalen	2 001,7	1 917,6	2 062,4
Rheinland-Pfalz	2 088,9	1 957,4	2 185,7
Saarland	2 104,9	2 026,4	2 160,5
Sachsen	2 234,1	2 009,8	2 384,6
Sachsen-Anhalt	2 188,8	2 028,6	2 296,8
Schleswig-Holstein	2 062,2	1 905,1	2 180,0
Thüringen	2 089,0	1 962,5	2 175,3
Früheres Bundesgebiet und Berlin-Ost	1 968,2	1 838,1	2 063,0
Neue Länder ohne Berlin-Ost	2 130,8	1 948,4	2 255,5
Deutschland	1 997,3	1 857,2	2 098,2

Abb. 2 Sterbefälle je 100 000 Einwohner von 65 und mehr Jahren an Krankheiten der Kreislaufsystems altersstandardisiert nach Bundesländern und Geschlecht



Am häufigsten werden im Krankenhaus Krankheiten des Kreislaufsystems behandelt, wobei die Behandlungshäufigkeit im Alter stark ansteigt. Im Durchschnitt wurde 2007 jeder zehnte männliche Einwohner Sachsens von 65 bis unter 80 Jahren und sogar mehr als jeder sechste Mann von 80 und mehr Jahren wegen einer entsprechenden Diagnose im Krankenhaus behandelt. Häufigste Einzeldiagnosen waren dabei die Herzinsuffizienz (Herzschwäche), Angina pectoris, der akute Myokardinfarkt und bei den über 80-Jährigen auch der Hirninfarkt. Bei Frauen waren Krankenhausaufenthalte wegen Kreislauferkrankungen nicht ganz so häufig: ca. jede 14. Einwohnerin von 65 bis unter 80 Jahren und jede siebente Frau ab 80 Jahren verweilte im Jahr 2007 mit einer entsprechenden Diagnose im Krankenhaus. Herzinsuffizienz war auch bei Frauen die häufigste Einzeldiagnose dieser Diagnosegruppe. Neubildungen treten besonders gehäuft im Alter zwischen 65 und 80 Jahren auf. Jeder elfte Mann und jede 20. Frau dieses Alters musste sich einer entsprechenden Krankenhausbehandlung unterziehen. Bei den Hochbetagten (80 Jahre und älter) geht die Krankenhausbehandlungsrate wegen Neubildungen etwas zurück. Häufigste Einzeldiagnosen in diesem Diagnosekapitel waren bei älteren Männern bösartige Neubildungen der Bronchien und der Lunge, der Prostata und der Harnblase. Bei älteren Frauen war es die bösartige Neubildung der Brustdrüse.

**Abb.3 Entlassene Patienten aus Sachsens Krankenhäusern je 10 000 Einwohner 2007 im Vergleich zu 1993 nach Alter**



Auffällig ist der steile Anstieg der Verletzungen und Vergiftungen im hohen Alter. Bei den über 80-Jährigen wurden, bezogen auf die Bevölkerung, mehr als doppelt so viele Behandlungsfälle gezählt als bei den jüngeren Senioren (vgl. Tab. 5).

den sächsischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. An zweiter Stelle stand der Schenkelhalsbruch (Fraktur des Femurs), für hochbetagte Frauen war er der häufigste Anlass für eine Rehabilitationsmaßnahme (vgl. Tab. 7).

## Diagnosen in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Fast jeder zweite in sächsischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen behandelte Patient war 65 Jahre und älter. Im Gegensatz zu jüngeren Patienten werden sächsische Senioren und Seniorinnen meist wohnortnah in entsprechenden Einrichtungen versorgt. Häufigste Diagnoseklassen der Behandlungsfälle waren Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes (32 Prozent der Behandlungsfälle der ab 65-Jährigen), Krankheiten des Kreislaufsystems (24 Prozent), Neubildungen (17 Prozent) Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Ursachen (19 Prozent). Während bei den Seniorinnen die Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems mit den häufigsten Einzeldiagnosen Arthrose des Kniegelenks und des Hüftgelenks, Rückenschmerzen und Bandscheibenschäden stark überwiegen, dominieren bei den Senioren die Krankheiten des Kreislaufsystems. Häufigste Einzeldiagnosen waren dabei der Hirninfarkt und die chronisch ischämische Herzkrankheit.

Bei den Hochbetagten (80 Jahre und älter) ist der Hirninfarkt die absolut am häufigsten behandelte Diagnose in

## Krankheiten im Alter

Alterskrankheiten im engeren Sinne gibt es nach Ansicht von Experten nicht. Einzelne Diagnosen häufen sich jedoch im Alter, wie zum Teil schon in der Krankenhausstatistik ersichtlich. Zu den Krankheiten, die bei alten Menschen häufiger zu finden sind, zählen Arteriosklerose, Herzinfarkt, Schlaganfall, Arthrose, Osteoporose, Demenz und Grauer Star. Weniger gut messen und erfassen lassen sich insbesondere in der eindimensionalen Krankenhausstatistik und Todesursachenstatistik die Volkskrankheiten bzw. Volksleiden Bluthochdruck, Adipositas und Diabetes. Dabei gelten sie als Risikofaktoren für eine Reihe der oben genannten Krankheiten, insbesondere, wenn sie unbehandelt bleiben.

Erste Auswertungsversuche zu Nebendiagnosen wurden mit der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) unternommen. [3] Bei den oben genannten Volkskrankheiten zeigte sich allerdings, dass diese nicht immer entsprechend ihrer Inzidenzraten in der Bevölkerung in der DRG-Statistik repräsentiert wurden. Da es sich um eine Abrechnungsstatistik handelt, ist sie offensichtlich für epidemiologische Untersuchungen nur bedingt geeignet.

**Tab. 5 Stationär behandelte Patienten (einschließlich Sterbe- und Stundenfälle) je 10 000 Einwohner in sächsischen Krankenhäusern 2007 nach Diagnoseklassen, Alter und Geschlecht**

Pos.-Nr. der ICD <sup>1)</sup>	Diagnoseklasse	Männlich im Alter von ... bis unter ... Jahren			Weiblich im Alter von ... bis unter ... Jahren		
		unter 65	65 - 80	80 und mehr	unter 65	65 - 80	80 und mehr
A00 - B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	52,5	77,0	157,0	51,0	64,2	135,4
C00 - D48	Neubildungen	134,2	898,9	870,9	159,6	525,2	437,1
D50 - D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	7,7	37,2	65,5	9,2	35,1	68,8
E00 - E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	32,9	139,5	232,4	39,3	136,5	262,3
F00 - F99	Psychische und Verhaltensstörungen	148,8	81,3	139,2	105,9	92,8	156,2
G00 - G99	Krankheiten des Nervensystems	60,3	154,2	235,5	47,7	111,0	191,4
H00 - H59	Krankheiten des Auges und der Augen-anhangsgebilde	18,1	128,6	254,3	17,9	147,5	251,4
H60 - H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	16,0	27,4	20,7	17,6	27,3	18,0
I00 - I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	162,1	1 087,1	1 846,2	97,1	719,7	1 444,1
J00 - J99	Krankheiten des Atmungssystems	113,6	244,1	537,9	89,4	112,6	267,4
K00 - K93	Krankheiten des Verdauungssystems	169,2	462,2	674,6	139,4	334,1	571,7
L00 - L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	31,0	40,5	58,2	21,1	33,9	60,7
M00 - M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	118,8	303,0	235,0	125,8	419,5	274,2
N00 - N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	60,2	289,6	407,4	111,3	216,6	242,2
O00 - O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	-	-	-	302,4	-	-
P00 - P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	30,8	-	-	28,0	-	-
Q00 - Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	17,3	3,4	2,0	15,4	3,5	2,0
R00 - R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind	58,5	143,8	275,8	67,0	116,2	212,0
S00 - T98	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	213,6	232,8	456,7	133,1	304,0	728,8
U50 - U52	Funktionseinschränkungen	-	-	-	-	-	-
	Ohne Diagnose	-	0,1	-	-	-	-
Z00 - Z99	Nichtkranke Zustände	83,2	42,9	69,5	86,6	28,9	43,4
<b>Insgesamt</b>		<b>1 529,0</b>	<b>4 393,7</b>	<b>6 538,7</b>	<b>1 664,5</b>	<b>3 428,7</b>	<b>5 367,0</b>

1) ICD: Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision

**Tab. 6 Die 10 häufigsten Diagnosen der stationär in sächsischen Krankenhäusern behandelten Patienten 2007 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht**

Rang	Pos.-Nr. der ICD <sup>2)</sup>	Diagnose	Männlich <sup>1)</sup>		Pos.-Nr. der ICD <sup>2)</sup>	Diagnose	Weiblich <sup>1)</sup>	
			Anzahl absolut	je 10 000 Einwohner			Anzahl absolut	je 10 000 Einwohner
65 Jahre bis unter 80 Jahre								
1	I50	Herzinsuffizienz	5 381	159,8	M17	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenks)	4 781	113,2
2	C34	Bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	4 716	140,1	I50	Herzinsuffizienz	4 328	102,5
3	I20	Angina pectoris	4 636	137,7	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	3 259	77,1
4	C61	Bösartige Neubildung der Prostata	3 731	110,8	I10	Essentielle (primäre) Hypertonie	3 206	75,9
5	E11	Nicht insulinabhängiger Diabetes melittus [Typ-II-Diabetes]	3 263	96,9	C50	Bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	3 098	73,3
6	I21	Akuter Myokardinfarkt	3 156	93,7	I48	Vorhofflattern und -flimmern	3 030	71,7
7	N40	Prostatahyperplasie	3 121	92,7	H25	Cataracta senilis	2 980	70,5
8	I25	Chronische ischämische Herzkrankheit	3 118	92,6	I20	Angina pectoris	2 891	68,4
9	I70	Atherosklerose	2 938	87,3	E11	Nicht insulinabhängiger Diabetes melittus [Typ-II-Diabetes]	2 784	65,9
10	K40	Hernia inguinalis	2 891	85,9	K80	Cholelithiasis	2 420	57,3
80 Jahre und älter								
1	I50	Herzinsuffizienz	2 832	469,4	I50	Herzinsuffizienz	6 483	383,5
2	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bekannt	1 282	212,5	S72	Fraktur des Femurs	3 633	214,9
3	I63	Hirnfarkt	1 211	200,7	I63	Hirnfarkt	2 979	176,2
4	I21	Akuter Myokardinfarkt	1 119	185,5	H25	Cataracta senilis	2 876	170,1
5	H25	Cataracta senilis	971	160,9	E11	Nicht insulinabhängiger Diabetes melittus [Typ-II-Diabetes]	2 390	141,4
6	I20	Angina pectoris	923	153,0	I10	Essentielle (primäre) Hypertonie	1 939	114,7
7	E11	Nicht insulinabhängiger Diabetes melittus [Typ-II-Diabetes]	879	145,7	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bekannt	1 808	106,9
8	J44	Sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	879	145,7	I21	Akuter Myokardinfarkt	1 651	97,7
9	C67	Bösartige Neubildung der Harnblase	758	125,6	G45	Zerebrale transitorische ischämische Attacken u. verwandte Syndrome	1 526	90,3
10	I70	Atherosklerose	641	106,2	S06	Intrakranielle Verletzung	1 474	87,2

1) Patienten (Fälle) einschließlich Sterbe- und Stundenfälle

2) ICD: Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision



**Tab. 7 Die 5 häufigsten Diagnosen der stationär in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen behandelten Patienten 2007 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht**

Rang	Pos.-Nr. der ICD <sup>2)</sup>	Diagnose	Männlich <sup>1)</sup>	Pos.-Nr. der ICD <sup>2)</sup>	Diagnose	Weiblich <sup>1)</sup>
<b>65 Jahre bis unter 80 Jahre</b>						
1	C61	Bösartige Neubildung der Prostata	2 004	M17	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenks)	3 094
2	I63	Hirnfarkt	1 681	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	2 454
3	I25	Chronische ischämische Herzkrankheit	1 533	I63	Hirnfarkt	1 314
4	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	1 354	Z96	Vorhandensein von anderen funktionellen Implantaten	1 131
5	M17	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenks)	1 354	C50	Bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	774
<b>80 Jahre und älter</b>						
1	I63	Hirnfarkt	341	S72	Fraktur des Femurs	752
2	I25	Chronische ischämische Herzkrankheit	213	I63	Hirnfarkt	739
3	M17	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenks)	166	M17	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenks)	594
4	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	140	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	525
5	S72	Fraktur des Femurs	131	Z96	Vorhandensein von anderen funktionellen Implantaten	220

1) Patienten (Fälle) einschließlich Sterbe- und Stundenfälle

2) ICD: Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision

Vor allem aber mangelt es der amtlichen Statistik an Daten aus dem ambulanten Bereich. Zwar werden für die Gesundheitsberichterstattung aggregierte Daten verschiedenster Institutionen in Sachsen gesammelt und verarbeitet, diese liefern aber kaum Aussagen speziell zu Krankheit und Gesundheit von Senioren und Seniorinnen.

## Zusammenfassung und Ausblick

Für diesen Artikel wurde hauptsächlich auf die aus amtlichen Statistiken verfügbaren Informationen über Gesundheit und Krankheit von älteren Menschen zurückgegriffen. Sie erlauben das Fazit, dass sich die gesundheitliche Lage der älteren Generation in den letzten Jahren verbessert hat. Senioren und Seniorinnen fühlen sich gesünder und ihre Lebenserwartung ist gestiegen. Zu einigen Fragestellungen, wie dem Zusammenhang zwischen sozialen Verhältnissen und individueller Gesundheit, zu dem ambulanten Krankheitsgeschehen oder Multimorbidität im Alter gibt es von amtlicher Seite nur sehr spärliche Informationen. An einer Erweiterung der Gesundheitsindikatoren auf diesem Gebiet wird u. a. durch die systematische Erschließung neuer Datenquellen gearbeitet. Umfassende statistische Daten über die Gesundheit sollen letztendlich Auskunft darüber geben,

ob und in welcher Weise Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsziele Ergebnisse erzielen und diese messbar machen.

Der sich in Zukunft fortsetzende Strukturwandel der Bevölkerung wird mit wachsenden Anforderungen an die soziale Sicherung und die medizinische Versorgung verbunden sein. Die rechtzeitige Vorbereitung darauf ist eine bedeutende gesellschaftspolitische Aufgabe. Vor allem angesichts der zunehmenden Anzahl hochbetagter Menschen werden die Anforderungen an die medizinische und pflegerische Versorgung steigen.

Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Soziales, Gesundheit

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] RKI (Robert-Koch-Institut 2002): Gesundheit im Alter, Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 10, Berlin.
- [2] RKI (Robert-Koch-Institut 2006): Gesundheit in Deutschland, Berlin.
- [3] Björn Jabs, Gabriele Philipp, Olaf Schoffer: DRG-Statistik für Sachsen – erste Analysen zu ausgewählten Volkskrankheiten, in: Statistik in Sachsen Nr. 3/2008, S. 112 - 114

## Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe vor und nach der Einführung von Hartz IV

### Vorbemerkungen

Kernstück des unter Leitung von Peter Hartz erarbeiteten Konzeptes zur Reform des Arbeitsmarktes ist das zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene SGB II (Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende). [1] Mit Einführung dieses Gesetzes erfuhr das Sozialhilferecht entscheidende Veränderungen, die sich insbesondere auf die Leistungsempfänger auswirkten und im Bereich der Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes völlig neue Strukturen schufen. Diese wurden in einem vorangegangenen Artikel [2] ausführlich erläutert. Im heutigen Beitrag sollen die durch Hartz IV hervorgerufenen Veränderungen bei den Ausgaben der Sozialhilfe nach SGB XII (Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe) [3] den Auswirkungen früherer Gesetzesänderungen gegenübergestellt werden. In einem kurzen Exkurs werden außerdem die wichtigsten Ausgaben für Transferleistungen im sozialen Bereich für die Jahre 2004 und 2005 gegenübergestellt.

### Sozialhilfe und Sozialhilfestatistik

**Sozialhilfe** erhält derjenige Bürger, der nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt zu bestreiten oder der einer Hilfe in speziellen Lebenssituationen bedarf. Entsprechend ihrer besonderen Funktion ist die Gewährung der Sozialhilfe nicht von Vorleistungen (Beiträgen) des Empfängers abhängig, sondern richtet sich nach entsprechenden Bedarfskriterien. Die Sozialhilfe tritt dann mit ihren Leistungen ein, wenn andere Sozialleistungssysteme nicht, noch nicht oder unzureichend greifen und wirkt für jeden Bürger, der in Not geraten ist, unterschiedslos. Ein wichtiger Grundsatz für die Leistungsgewährung der Sozialhilfe ist ihr Nachrang. Das bedeutet, dass auf Sozialhilfe keinen Anspruch hat, wer sich – insbesondere durch Einsatz seiner Arbeitskraft und seines Vermögens – selbst helfen kann oder wer die notwendige Unterstützung von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält. Darüber hinaus müssen die Anspruchsberechtigten ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Aufgabe der **Sozialhilfestatistik** nach dem SGB XII bzw. dem Bundessozialhilfegesetz [4] ist die Bereitstellung umfassender und zuverlässiger Daten über die sozialen und finanziellen Auswirkungen dieser Gesetze sowie über den Personenkreis der Leistungsempfänger. Sie gliedert sich in zwei Erhebungsteile:

- die **Statistik der Ausgaben und Einnahmen** (Teil I) und

- die **Empfängerstatistik** (Teil II) mit den Erhebungen über die Empfänger nach dem 3. Kapitel, dem 4. Kapitel und dem 5. bis 9. Kapitel

Alle Teilerhebungen werden als Totalerhebungen durchgeführt. Rechtsgrundlagen der Statistik sind die §§ 121 bis 129 des SGB XII in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG). [5] Die Erhebung zu den **Ausgaben und Einnahmen** nach dem SGB XII wird jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr durchgeführt. Erhoben werden die Angaben zu § 122 Abs. 4 SGB XII.

Die **Ausgaben** der Sozialhilfe werden für jede einzelne Hilfeart erfasst. Die **Einnahmen**, zu denen außer den Erstattungen von anderen Sozialleistungsträgern auch eigene Kostenbeiträge der Empfänger, übergeleitete Unterhaltsansprüche von zum Unterhalt verpflichteten Angehörigen und Rückzahlungen von gewährten Hilfen oder Darlehen gehören, werden nur für Hauptgruppen erhoben. Aus diesem Grund können auch die **Reinen Ausgaben** (Nettoausgaben) der Sozialhilfe als Differenz aus (Brutto-)Ausgaben und Einnahmen nur für diese Hauptgruppen nachgewiesen werden. Zusätzlich wird erfasst, ob es sich um Leistungen in oder außerhalb von Einrichtungen handelt. Bei den Hilfen zum Lebensunterhalt dient der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts als Entscheidungskriterium, bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen der Ort der Hilfestellung.

### Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bis 2004

Gemäß Artikel 1 Absatz 1 des BSHG umfasste die Sozialhilfe die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL).

#### Hilfe zum Lebensunterhalt

Diese Leistung wurde in Form von laufenden oder einmaligen Leistungen gewährt. Als laufende Leistungen kamen neben den Leistungen zur Beschaffung des Lebensunterhaltes durch Arbeit vor allem Leistungen zum notwendigen Lebensunterhalt in Betracht, der neben den Bedürfnissen des täglichen Lebens wie Ernährung, Unterkunft, Kleidung etc. in vertretbarem Umfang auch eine Teilnahme am kulturellen Leben umfasst. Einmalige Leistungen wurden für die Beschaffung von Hausrat, Bekleidung und anderen Gebrauchsgütern mit höherem Anschaffungswert sowie deren Instandsetzung, für die Instandhaltung der Wohnung, Beschaffung von Brennstoffen sowie für besondere Anlässe und besondere Lernmittel für Schüler gewährt.

### Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt

In den Jahren von 1994 bis 2004 erhöhten sich die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt um 128 Prozent, und damit auf über das Doppelte – von 162,6 Millionen € auf 370,0 Millionen €. Stetig war der Anstieg dabei vorrangig bei den laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt, die um 123 Prozent anstiegen, zurückzuführen auf die ebenfalls stetig wachsende Zahl der Leistungsempfänger, die im gleichen Zeitraum um 134 Prozent zunahm. Größere Schwankungen gab es bei den Hilfen zur Arbeit, hier wurden sowohl Projektträger für Weiterbildungs- bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als auch Hilfeempfänger bei Annahme einer gemeinnützigen Tätigkeit gefördert. Diese Ausgaben stehen im Zusammenhang mit der Aufgabe der Sozialhilfeträger, Leistungsempfänger zu befähigen, unabhängig von Sozialhilfe zu leben, die im Laufe der Jahre in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Maßnahmen verfolgt wurde (vgl. Tab. 1).

### Hilfe in besonderen Lebenslagen

Ziel dieser Leistung war es, denjenigen zu helfen, die sich in besonders schwierigen Lebenssituationen befanden (u. a. Pflegebedürftigkeit, Krankheit, Behinderung) und diese mit eigenen Mitteln nicht bewältigen konnten. Die im Rahmen der HbL gewährten Hilfen gemäß § 27 BSHG wurden für die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe in vier große Gruppen eingeteilt.

- Hilfe zur Pflege,
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,
- Krankenhilfe, Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung,
- sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen

In der Gruppe der sonstigen Hilfen wurden die Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, die Blin-

denhilfe, die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, die Altenhilfe und die Hilfe in anderen besonderen (öffentliche Mittel rechtfertigende) Lebenslagen erfasst, aber auch die vorbeugenden Hilfen zur Gesundheit sowie die Hilfen bei Schwangerschaft und Mutterschaft.

**In Einrichtungen** umfasste die HbL gemäß § 27 Abs. 3 BSHG auch den dort gewährten Lebensunterhalt einschließlich der einmaligen Leistungen. Hilfe zum Lebensunterhalt als eigenständige Hilfeart wurde in Einrichtungen nur dann ausgewiesen, wenn dort keine weitere der HbL zuzuordnende Hilfeart anfiel (z. B. für Bewohner von Altenheimen ohne Pflegestufe). Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen wurde deshalb immer seltener geleistet, die Ausgaben sanken zwischen 1994 und 2004 parallel zu den Empfängerzahlen (von 3 400 auf 350 Personen) auf etwa ein Zehntel ihres Ausgangswertes – von 25,1 Millionen € auf 2,6 Millionen € (vgl. Tab. 1).

### Gesetzliche Änderungen mit Einfluss auf die Sozialhilfeausgaben bis 2004

Die unterschiedliche Gesetzeslage im Laufe der Jahre nahm unmittelbaren Einfluss auf die Ausgaben der Sozialhilfe: Die Einführung der **sozialen Pflegeversicherung** bewirkte mit Leistungen für häusliche Pflege ab April 1995 und für stationäre Pflege ab Juli 1996 ein deutliches Absinken der Ausgaben für Hilfe zur Pflege. Hier wurden Sozialhilfeleistungen durch Versicherungsleistungen abgelöst. Der erneute Anstieg der Ausgaben für Hilfe zur Pflege sowohl im ambulanten als auch stationären Bereich seit ihrem Tiefpunkt im Jahr 2000 zeigt, dass die Leistungen

**Tab. 1 Ausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 1994 bis 2004 (Bruttoausgaben)**

Hilfeart	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Mill. €</b>											
Laufende Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit)	118,9	128,5	143,6	172,4	186,2	189,6	204,9	223,3	236,0	261,0	265,1
Laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit	12,9	22,4	33,7	38,6	52,6	58,1	49,4	43,3	49,7	39,0	45,4
Einmalige Leistungen	30,7	34,6	36,4	44,3	48,6	50,0	50,4	50,3	52,4	58,3	59,5
<b>Insgesamt</b>	<b>162,6</b>	<b>185,5</b>	<b>213,7</b>	<b>255,3</b>	<b>287,4</b>	<b>297,6</b>	<b>304,7</b>	<b>316,9</b>	<b>338,1</b>	<b>358,4</b>	<b>370,0</b>
außerhalb von Einrichtungen	137,5	162,2	187,2	244,8	279,0	293,0	300,5	312,1	334,7	355,2	367,3
in Einrichtungen	25,1	23,3	26,5	10,6	8,3	4,7	4,2	4,7	3,3	3,2	2,6
<b>Anteil in Prozent</b>											
Laufende Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit)	73,2	69,3	67,2	67,5	64,8	63,7	67,3	70,5	69,8	72,8	71,7
Laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit	7,9	12,1	15,8	15,1	18,3	19,5	16,2	13,7	14,7	10,9	12,3
Einmalige Leistungen	18,9	18,7	17,0	17,4	16,9	16,8	16,5	15,9	15,5	16,3	16,1
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
außerhalb von Einrichtungen	84,6	87,5	87,6	95,9	97,1	98,4	98,6	98,5	99,0	99,1	99,3
in Einrichtungen	15,4	12,5	12,4	4,1	2,9	1,6	1,4	1,5	1,0	0,9	0,7

**Tab. 2 Reine Ausgaben für Hilfe zur Pflege  
1994 bis 2004 (in Mill. €)**

Jahr	Insgesamt	Außerhalb von	In
		Einrichtungen	
1994	305,4	23,0	282,4
1995	225,3	9,2	216,0
1996	115,9	5,1	110,9
1997	50,2	4,3	46,0
1998	26,3	4,3	22,0
1999	28,6	4,5	24,1
2000	26,1	5,1	21,0
2001	28,5	5,9	22,6
2002	33,4	6,7	26,6
2003	38,3	7,8	30,5
2004	50,6	8,7	41,8

der Pflegeversicherung immer weniger in der Lage sind, die notwendigen Pflegeleistungen voll abzudecken (vgl. Tab. 2).

Auf Grundlage des **Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (GSiG) [6] wurde ab 2003 vorerst unabhängig von der Sozialhilfe eine eigenständige, ebenfalls bedarfsabhängige Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes speziell von älteren (ab 65-jährigen) Personen bzw. im Sinne des § 43 Abs. 2 SGB VI dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen geschaffen. Ziel dabei war, die so genannte „verschämte Armut“ einzugrenzen. Im Gegensatz zur Hilfe zum Lebensunterhalt bleiben deshalb für hier Anspruchsberechtigte Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern im Normalfall unberücksichtigt.

Die Reinen Ausgaben der Grundsicherung lagen 2003 bei 39,3 Millionen €, 2004 waren es bereits 58,3 Millionen €. Diesem Anstieg um 48 Prozent steht ein Empfängeran-

stieg um elf Prozent gegenüber. Die Ursache dafür könnte außer in einem um fünf Prozent erhöhten Nettoanspruch im Jahr 2004 auch in einer verzögerten Bearbeitung der Grundsicherungsanträge im Einführungsjahr 2003 liegen. Unter Umständen wurden dadurch Hilfeempfänger schon statistisch erfasst, ihre bestehenden Ansprüche aber erst 2004 kassenwirksam (vgl. Tab. 3).

Auswirkungen auf die Ausgaben der Sozialhilfe sind durch Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung kaum zu spüren, zumal etwas mehr als die Hälfte dieser Ausgaben in Einrichtungen anfiel, aber aufgrund der Abrechnung nach dem Bruttoprinzip weiterhin als Ausgabe auf den Haushaltstellen der Hauptmaßnahme (Eingliederungs- bzw. Pflegehilfe) gebucht wurde und in der Ausgabenstatistik der Sozialhilfe auch dort abgerechnet wurde. Da Grundsicherungsleistungen auch in Einrichtungen vorgesehen waren und durch ihre eigene gesetzliche Grundlage nicht vom § 27 Abs. 3 BSHG erfasst waren, musste diese eigenständige, dem Lebensunterhalt dienende Leistung getrennt ausgewiesen werden. Die Ermittlung der hierfür anfallenden Ausgaben erfolgte unter Zuhilfenahme der Empfängerstatistik und der durch die Empfänger zu beanspruchenden Grundsicherungsleistungen und konnte somit statistisch nachgewiesen werden, ein Abzug bei den entsprechenden Sozialhilfeausgaben erfolgte allerdings nicht und kann im Nachhinein nur geschätzt werden (s. u.).

Das **Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen (GMG)** begründete zum 2. Halbjahr 2004 den Anspruch auf Krankenbehandlung gemäß § 264 Abs. 2 SGB V. Dieser Paragraph regelt für nicht Versicherungspflichtige die Übernahme der Krankenbehandlung durch die Krankenkassen gegen Kostenerstattung. Die praktische Umsetzung dieses Anspruches erfolgte durch Anmeldung der Leistungsberechtigten bei einer Krankenkasse ihrer Wahl. Die ausgehändigte Chipkarte berechtigt zur Inanspruchnahme von Gesundheitsvorsorge- und -versorgungsleistungen, die aber nicht über Versicherungsbeiträge sondern in nachträglicher Abrechnung der Sozialämter mit den Krankenkassen finanziert werden (Scheinversicherung). Diese Neuregelung für einen Großteil der nach BSHG Leistungsberechtigten ohne Krankenversicherung verursachte noch im gleichen Jahr einen leichten Ausgabenrückgang (vgl. Tab. 4).

Eine Übersicht über die Entwicklung der wichtigsten **Ausgaben und Einnahmen** der Sozialhilfe nach dem BSHG gibt die Tabelle 4. Die Ausgaben für die bedarfsorientierte Grundsicherung wurden hier schon mit einbezogen, da sie ab 2005 Bestandteil der Sozialhilfeausgaben sind. Die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege wurden entsprechend späterer Berechnungsmodelle unter Beachtung der jeweiligen Empfängerzahlen um die ursprünglich enthaltenen Grundsicherungsleistungen in Einrichtungen bereinigt.

**Tab. 3 Ausgaben und Einnahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung  
2003 und 2004 (in 1 000 €)**

Merkmal	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben
<b>2003</b>			
<b>Insgesamt</b>	<b>40 222</b>	<b>879</b>	<b>39 343</b>
außerhalb von Einrichtungen	19 888	823	19 066
in Einrichtungen	20 334	56	20 278
<b>2004</b>			
<b>Insgesamt</b>	<b>59 988</b>	<b>1 679</b>	<b>58 310</b>
außerhalb von Einrichtungen	31 683	1 369	30 315
in Einrichtungen	28 305	310	27 995

**Tab. 4 Reine Ausgaben der Sozialhilfe und der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 1994 bis 2004** (korrigierte Angaben in Mill. €)

Merkmal	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Insgesamt<sup>1)</sup></b>	<b>580,0</b>	<b>578,4</b>	<b>504,9</b>	<b>493,2</b>	<b>502,2</b>	<b>545,7</b>	<b>550,6</b>	<b>614,1</b>	<b>643,5</b>	<b>707,5</b>	<b>770,8</b>
darunter											
Hilfe zum Lebensunterhalt	104,2	140,3	173,6	226,3	260,7	273,9	281,7	291,4	312,2	331,7	340,3
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	39,3	58,3
Hilfe zur Pflege <sup>2)</sup>	305,4	225,3	115,9	50,2	26,3	28,6	26,1	28,5	33,4	36,7	45,9
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen <sup>2)</sup>	153,3	196,8	196,5	196,6	192,3	218,7	218,6	266,1	265,1	264,0	294,1
Hilfen bei Krankheit, Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	14,1	13,9	14,8	15,5	18,1	19,7	19,0	22,0	26,5	30,0	26,7

1) Korrektur der Angaben 2003 und 2004 um doppelt erfasste Grundsicherungsausgaben in Einrichtungen

2) Korrektur der Angaben 2003 und 2004 um die hier mit abgerechneten Grundsicherungsausgaben in Einrichtungen (tatsächlich als Hilfe zur Pflege abgerechnete Ausgaben 2003: 38,3 Millionen €, 2004: 50,6 Millionen €, tatsächlich als Eingliederungshilfe abgerechnete Ausgaben 2003: 279,2 Millionen €, 2004: 312,6 Millionen €)

## Änderungen zum 1. Januar 2005

Die zum 1. Januar in Kraft getretenen Änderungen im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt konzentrieren sich bezüglich der hier betrachteten Sachverhalte auf drei wichtige Teilbereiche:

- Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im SGB II
- Zusammenführung von Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im SGB XII
- Änderungen im Wohngeldrecht

Die entscheidende Rolle ist dabei dem Inkrafttreten des SGB II zuzuordnen. Die Veränderungen in den anderen Bereichen stehen zu einem Großteil in einem kausalen Zusammenhang damit.

### Arbeitslosenhilfe nach dem SGB III bis 2004

Von 1969 bis 1997 wurde die Arbeitslosenhilfe wie auch das Arbeitslosengeld und andere Entgeltersatzleistungen im Arbeitsförderungsgesetz geregelt. Dieses wurde im März 1997 in das SGB III (Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung) überführt. Die Arbeitslosenhilfe war eine Lohnersatzleistung, die im Gegensatz zu dem aus Versicherungsleistungen gezahltem Arbeitslosengeld aus Steuermitteln finanziert wurde. Ihre Höhe richtete sich nach dem zuletzt erzielten Nettoarbeitsentgelt und knüpfte an das Arbeitslosengeld an. Ergänzend zur Arbeitslosenhilfe konnte Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) beantragt werden.

### Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Hartz IV)

Das zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene SGB II regelt in Ablösung der Arbeitslosenhilfe eine vom Ansatz her völlig neue Leistung, die weder vom letzten Nettoarbeitsentgelt

noch vom vorherigen Bezug von Arbeitslosengeld abhängt und auch nicht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit stehen muss. Sie soll erwerbsfähige Hilfebedürftige mit dem Ziel deren Hilfebedürftigkeit zu vermeiden, zu beseitigen bzw. in Dauer und Umfang zu verringern bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen, aber auch ihren Lebensunterhalt unter Berücksichtigung ihrer familienspezifischen Lebensverhältnisse sichern. Grundsicherung für Arbeitsuchende wird deshalb wie früher nur die Sozialhilfe im engeren Sinn nach dem Bedarfsgemeinschaftsprinzip geleistet und steht damit dieser Leistung von der Art der Leistungsgewährung und dem betroffenen Personenkreis sehr nahe. Ein Großteil der Hilfeempfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ging mit Einführung des SGB II in dessen Rechtskreis über, da hier die Leistungen für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen geregelt werden – man spricht deshalb von einer Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

### Sozialhilfe nach dem SGB XII

Ebenfalls am 1. Januar 2005 trat das SGB XII (Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe) in Kraft. In diesem wurden die zuvor im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sowie im Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) geregelten Leistungen zusammengeführt.

Die im SGB XII getroffenen Neuregelungen werden später noch näher betrachtet. Im direkten Zusammenhang mit dem SGB II ist hier nur der Vorrang der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit seinem entscheidenden Einfluss auf die Leistungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zu sehen. Die Zahl der Hilfeempfänger sank hier von 139 600 am Jahresende 2004 auf 2 500 ein Jahr später.



Im Zusammenhang mit den Änderungen im Wohngeldrecht steht der Fakt, dass die Empfänger von Leistungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nun vom Wohngeld ausgeschlossen sind. Wie auch bei den SGB II-Empfängern werden die angemessenen Kosten der Unterkunft im Rahmen der entsprechenden Leistung zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhaltes übernommen.

### Wohngeld

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum, wenn die Höhe der Miete oder die Belastung für angemessenen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Haushaltes übersteigt. Es wird für Mieter als Mietzuschuss und für Eigentümer eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung als Lastenzuschuss gewährt. Einzelheiten der Wohngeldgewährung sind einheitlich für das gesamte Bundesgebiet im Wohngeldgesetz (WoGG) geregelt.

Die Höhe des Wohngeldes richtet sich nach der Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, dem Gesamteinkommen sowie nach der monatlichen Miete oder Belastung, die bis zu einem bestimmten Höchstbetrag berücksichtigt wird.

Bis 2004 wurde Wohngeld als allgemeines Wohngeld bzw. als besonderer Mietzuschuss (für Empfänger von Leistungen der Kriegsopferfürsorge bzw. der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen ohne weiteres anrechenbares Einkommen) gezahlt.

### Änderungen im Wohngeldrecht

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 werden Transferleistungsempfänger vom Wohngeld ausgeschlossen. Zu den Transferleistungsempfängern gehören Empfänger von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld nach SGB II, von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

bzw. Leistungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII sowie Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Kriegsopferfürsorge. Aufgrund dieser Veränderungen entfiel der besondere Mietzuschuss, von dem im Jahr 2004 fast 50 000 Haushalte betroffen waren. Die Anzahl der Haushalte mit allgemeinem Wohngeld sank von 226 700 Ende 2004 auf 79 700 im Dezember 2005. Zusätzlich gab es 2005 allerdings noch 2 800 wohngeldrechtliche Teilhaushalte. Diese entstehen in Mischhaushalten in denen sowohl vom Wohngeld ausgeschlossene als auch wohngeldberechtigte Haushaltsmitglieder leben.

### Auswirkungen auf die Ausgaben für die betroffenen Transferleistungen im Zusammenhang mit der Empfängerzahl

Die hier erläuterten Veränderungen wirkten sich unmittelbar auf die Empfängerzahlen der oben genannten Transferleistungen und der damit im Zusammenhang stehenden Ausgaben aus (vgl. Abb.1). Eine unmittelbare Vergleichbarkeit der angeführten Ausgaben vor und nach Einführung von Hartz IV ist aber nicht gegeben, da ein Großteil weiterer Einflussgrößen und der damit im Zusammenhang stehenden Ausgaben hier nicht berücksichtigt werden kann.

### Sozialhilfe nach dem SGB XII ab 2005

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden als 4. Kapitel in das SGB XII integriert. Sie stehen damit als weitere dem Lebensunterhalt dienende Leistung im Anschluss an die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel). Die einzelnen Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII wurden im Vergleich zu der im BSHG geregelten „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ den verschiedenen Kapiteln in einer neuen Systematik zugeordnet.

**Abb. 1 Übersicht über Transferleistungen vor und nach Einführung von Hartz IV**

2004		2005	
<b>Arbeitslosenhilfe</b>		<b>SGB II-Leistungen</b>	
Empfänger (im Jahresdurchschnitt):	245 965	Empfänger (im Dezember):	559 693
Ausgaben (in Mill. €)	1 865,5	Ausgaben (in Mill. €) <sup>1)</sup>	2 918,0
<b>Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen</b>		<b>Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen</b>	
Empfänger (am 31. Dezember):	139 594	Empfänger (am 31. Dezember)	2 468
Bruttoausgaben (in Mill. €) (ohne Hilfe zur Arbeit):	321,9	Bruttoausgaben (in Mill. €)	19,0
<b>Wohngeld</b>		<b>Wohngeld</b>	
Haushalte (am 31. Dezember):	276 591	Haushalte (am 31. Dezember)	79 714
		wohngeldrechtliche Teilhaushalte	2 792
gezahltes Wohngeld (in Mill. €):	329,9	gezahltes Wohngeld (in Mill. €)	104,9

1) Passive Leistungen der ARGE (2 376,7 Millionen €) anteilig an Empfängerzahlen in Optionskommunen hochgerechnet  
 "Passive Leistungen" sind unmittelbar zur Sicherung des Lebensunterhaltes aufzubringende Leistungen, wie Regelleistungen und evtl. Zuschläge, Kosten der Unterkunft und Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.  
 Quelle (für passive Leistungen der ARGE): Bundesagentur für Arbeit



### Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erfuhr keinen Einfluss durch die Einführung von Hartz IV. Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen erhalten auch dann Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII, wenn sie mit erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, da ihre Leistungen vorrangig gegenüber dem Sozialgeld nach SGB II gewährt werden. Bei älteren Menschen entscheidet ihr Alter, ob sie Grundsicherung im Alter oder Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten können. Die Altersgrenze liegt derzeit bei 65 Jahren und wird schrittweise mit Erhöhung des Renteneintrittsalters angehoben. Die Anzahl der Grundsicherungsempfänger ist steigend, was sich auch in den Ausgaben auf diesem Gebiet widerspiegelt. Außerdem kam es bedingt durch die nun einheitliche Leistungsgewährung durch Zusammenführung beider Leistungen im SGB XII zur Verschiebung einzelner Leistungen (vor allem auf dem Gebiet der Mehrbedarfzuschläge) von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt zur Grundsicherung (vgl. Tab. 5).

### Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Bei dieser Hilfeart ist der Einfluss von Hartz IV am deutlichsten zu spüren. Da alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen vom SGB II erfasst werden, wird laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem 3. Kapitel SGB XII nur noch in einem Bruchteil der Fälle geleistet (in Sachsen 2005 unter zwei Prozent der Fälle von 2004). Auch einmalige Leistungen gingen damit verstärkt in den Rechtskreis des SGB II über. Außerdem wurden die einmaligen Leistungen in Verbindung mit einer 15-prozentigen Regelsatzerhöhung auf ein Minimum eingeschränkt (vgl. Tab. 5).

### Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen

Durch Neuregelung des Lebensunterhaltes in Einrichtungen im § 35 SGB XII wird die Regelung nach § 27 Abs. 3 BSHG aufgehoben, wonach Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der dort geleisteten Hilfe in besonderen Lebenslagen (meist Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe) zu leisten war. Während ein Teil dieser Leistungen schon seit 2003 als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gewährt wurde, ist seit 2005 auch der weitere notwendige Lebensunterhalt (meist in Form von Barbeträgen zur persönlichen Verfügung, aber auch als Bekleidungs-hilfen) getrennt als laufende bzw. einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen zu leisten.

Durch Abrechnung nach dem Bruttoprinzip wurden im ersten Jahr der Neuregelung die Leistungen zum Lebensunterhalt teilweise noch mit auf den Haushaltstellen der Hauptmaßnahme verbucht und abgerechnet, das betraf vor allem die Leistungen des überörtlichen Trägers. Somit ist hier von einer Untererfassung von etwa 7,5 Millionen € bei der Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen auszugehen, von denen ca. 60 Prozent (4,5 Millionen €) bei der Eingliederungshilfe und 40 Prozent (3 Millionen €) bei der Hilfe zur Pflege erfasst wurden. (vgl. HLU-Ausgaben in Einrichtungen 2005 mit Folgejahren in Tab. 5)

### Veränderungen bei den Leistungen der „Hilfen in besonderen Lebenslagen“

Diese Leistungen, die im SGB XII im 5. bis 9. Kapitel näher definiert sind und daher auch ihren neuen Namen „**Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII**“ erhielten, erfuhren vorwiegend Änderungen in der Systematik ihrer Zuordnung, sie werden außerdem tiefer untergliedert in der Statistik erfasst. Im 9. Kapitel werden die „Hilfe in anderen Lebenslagen“ geregelt, hier finden sich die Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, die Alten- und Blindenhilfe sowie die Hilfe in sonstigen Lebenslagen wieder. Hier neu hinzugekommen sind die Bestattungskosten, die zuvor als einmalige Leistungen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurden. Die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten ist Inhalt des 8. Kapitels. Hilfe zur Pflege wird nach dem 7. Kapitel und Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel gewährt.

**Tab. 5 Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt und für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004 bis 2007 (in Mill. €)**

Hilfeart	2004	2005	2006	2007
<b>Insgesamt</b>				
Hilfe zum Lebensunterhalt <sup>1)</sup>	370,0	21,9	28,2	29,7
laufende Leistungen <sup>1)2)</sup>	265,1	16,6	25,0	26,9
einmalige Leistungen	59,5	5,4	3,3	2,7
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	60,0	73,5	82,3	89,6
<b>außerhalb von Einrichtungen</b>				
Hilfe zum Lebensunterhalt	367,3	19,0	14,3	14,4
laufende Leistungen <sup>2)</sup>	262,6	13,7	11,4	12,1
einmalige Leistungen	59,4	5,3	2,9	2,3
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	31,7	47,2	54,7	62,6
<b>in Einrichtungen</b>				
Hilfe zum Lebensunterhalt <sup>1)</sup>	2,6	2,9	13,9	15,2
laufende Leistungen <sup>1)</sup>	2,5	2,8	13,5	14,8
einmalige Leistungen	0,1	0,1	0,4	0,4
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	28,3	26,3	27,6	27,0

1) 2005 Untererfassung um ca. 7,5 Millionen €

2) 2004 ohne Hilfe zur Arbeit

### Hilfen zur Gesundheit

Die ab 2005 im 5. Kapitel SGB XII geregelten Hilfen zur Gesundheit vereinen die „Hilfe bei Krankheit, bei Sterilisation und zur Familienplanung“ und die bis 2004 den sonstigen Hilfen zugeordnete Leistungen „vorbeugende Gesundheitshilfe“ und „Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft“. Da die Einnahmen und somit auch die Reinen Ausgaben für diese beiden Hilfearten nicht ermittelbar sind und ihr Anteil an den Bruttoausgaben auf dem Gebiet der aktuell zu den Gesundheitshilfen zählenden Leistungen in den Jahren bis 2004 meist unter einem Prozent lag, werden sie in den Zeitreihen vernachlässigt. Den Hilfen zur Gesundheit ab 2005 werden aus diesem Grund für die Jahre zuvor nur die Hilfen bei Krankheit, bei Sterilisation und zur Familienplanung gegenübergestellt.

Ab 2005 fließen hier auch die **Erstattungen an Krankenkassen für Übernahme der Krankenbehandlung gem. § 264 Abs. 7 SGB V** ein, die in Auswirkungen des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen ab dem zweiten Halbjahr 2004 die unmittelbar durch die Sozialämter erbrachten Leistungen auf dem Gebiet der Hilfen zur Gesundheit in einem Großteil der Fälle ersetzen (s. o. GMG). Die oft bis ins Folgejahr verzögerte Abrechnung zwischen Krankenkassen und Sozialamt macht eine Zuordnung der konkret erbrachten Leistungen zu den einzelnen Hilfeempfängern unmöglich; im Zusammenhang mit zuvor geleisteten Abschlagszahlungen gestaltet sich auch die Zuordnung nach dem Ort der Hilfeleistung als sehr schwierig, so dass in der Statistik bei dieser Ausgabeart auf diese Angabe verzichtet wird.

**Auswirkungen gesetzlicher Änderungen auf die Ausgaben für Gesundheitshilfen** kommen durch die verzögerte Abrechnung meist erst im Folgejahr zum Tragen. Dadurch ist der Ausgabenrückgang durch Übergang eines Großteils der HLU-Empfänger in den Rechtskreis des SGB II im Jahr 2005 hier erst 2006 statistisch nachweisbar. Auf Grundlage des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbes der gesetzlichen Krankenkassen ist im Jahr 2008 durch die verstärkte Aufnahme von Hilfeempfängern in die gesetzlichen Krankenkassen ab April 2007 ein weiterer Rückgang der Ausgaben nach dem 5. Kapitel SGB XII zu erwarten. Die für die betroffenen Leistungsempfänger nach SGB XII anfallenden Krankenkassen-Mitgliedsbeiträge werden als Bestandteil der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dort ausgabenseitig erfasst.

### Ausgabenentwicklung ab 2005 insgesamt

Nach dem Hartz IV-bedingten kräftigen Ausgabenrückgang im Jahr 2005 ist seitdem wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Dieser ist in der Ausgabenstatistik nur bei den Bruttoausgaben nachweisbar (vgl. Tab. 6)

**Tab. 6 Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe in der Statistik 2004 bis 2007 (in Mill. €)**

Merkmal	2004	2005	2006	2007
<b>Bruttoausgaben</b>				
<b>Insgesamt</b>	<b>905,6</b>	<b>562,3</b>	<b>567,6</b>	<b>595,1</b>
darunter				
Hilfe zum Lebensunterhalt	370,0	21,9	28,2	29,7
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	60,0	73,5	82,3	89,6
Hilfe zur Pflege	60,2	58,1	50,5	52,2
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	382,8	375,0	382,1	399,4
Hilfen zur Gesundheit <sup>1)</sup>	26,9	27,1	17,3	17,0
<b>Einnahmen</b>				
<b>Insgesamt</b>	<b>111,5</b>	<b>84,0</b>	<b>97,8</b>	<b>111,1</b>
darunter				
Hilfe zum Lebensunterhalt	29,6	9,9	5,7	4,4
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1,7	1,3	1,4	1,4
Hilfe zur Pflege	9,6	7,0	9,6	10,9
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	70,1	65,0	80,6	94,1
Hilfen zur Gesundheit <sup>1)</sup>	0,2	0,6	0,5	0,2
<b>Reine Ausgaben</b>				
<b>Insgesamt</b>	<b>794,1</b>	<b>478,3</b>	<b>469,8</b>	<b>484,0</b>
darunter				
Hilfe zum Lebensunterhalt	340,3	12,1	22,6	25,3
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	58,3	72,2	80,9	88,2
Hilfe zur Pflege	50,6	51,2	40,9	41,3
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	312,6	310,0	301,5	305,3
Hilfen zur Gesundheit <sup>1)</sup>	26,7	26,5	16,8	16,8

1) bis 2004 nur Hilfe bei Krankheit, bei Sterilisation und zur Familienplanung, ab 2005 unmittelbar vom Sozialamt geleistete Hilfen zur Gesundheit und Erstattungen an Krankenkassen für Übernahme der Krankenbehandlung gem. § 264 Abs. 7 SGB V

Hierbei ist aber zu beachten, dass auch 2005 wie oben für die Jahre 2003 und 2004 beschrieben, die Grundsicherungsausgaben in Einrichtungen doppelt in die Statistik eingeflossen sind. Seit 2006 werden die auf Grundlage der Empfängerdaten ermittelten Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen vom überörtlichen Träger der Sozialhilfe für die statistische Abrechnung bei den auf Grundlage der Buchungsstellen ermittelten Ausgaben der Eingliederungshilfe und Pflegehilfe zum Abzug gebracht. Wendet man diese Rechnung in einem adäquaten Verhältnis auf 2005 an und bringt auch die 2005 für die HLU in Einrichtungen geschätzten Ausgaben in die richtigen Ausgabepositionen (s. o.) zeigen auch die Reinen Ausgaben diese Tendenz (vgl. Tab. 7).

**Tab. 7 Reine Ausgaben der Sozialhilfe 2004 bis 2007 mit eingearbeiteten Korrekturen**  
(in Mill. €)

Merkmal	2004	2005	2006	2007
<b>Insgesamt</b>	<b>770,8</b>	<b>461,3</b>	<b>469,8</b>	<b>484,0</b>
darunter				
Hilfe zum Lebensunterhalt	340,3	19,6	22,6	25,3
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	58,3	72,2	80,9	88,2
Hilfe zur Pflege	45,9	44,8	40,9	41,3
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	294,1	291,9	301,5	305,3
Hilfen zur Gesundheit <sup>1)</sup>	26,7	26,5	16,8	16,8

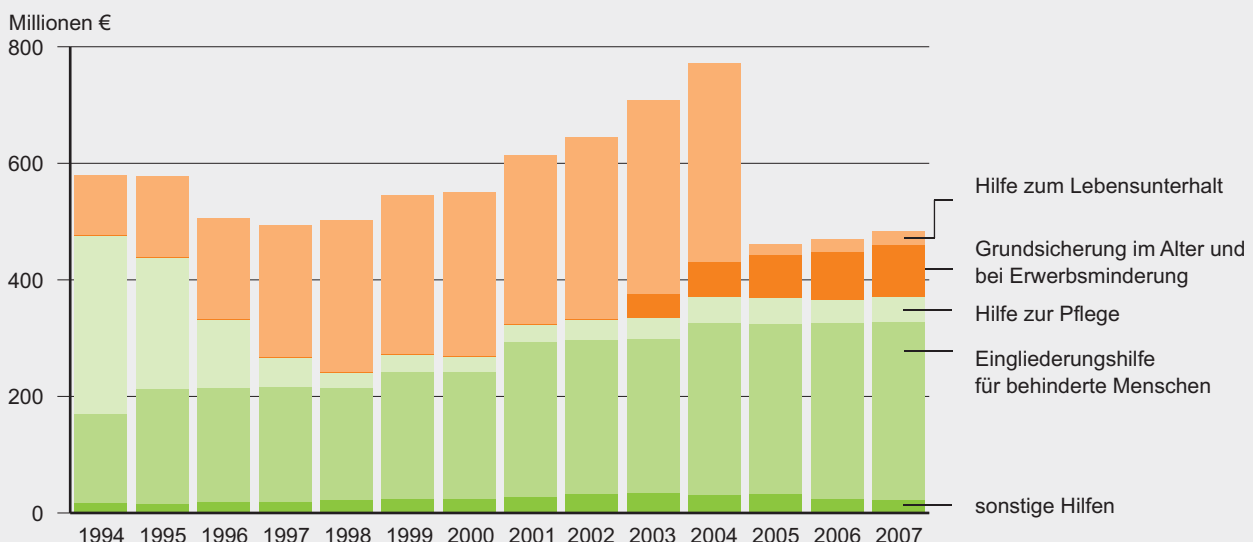
1) bis 2004 nur Hilfe bei Krankheit, bei Sterilisation und zur Familienplanung, ab 2005 unmittelbar vom Sozialamt geleistete Hilfen zur Gesundheit und Erstattungen an Krankenkassen für Übernahme der Krankenbehandlung gem. § 264 Abs. 7 SGB V

## Zusammenfassung

In der den Aufsatz abschließenden Grafik und in Tabelle 8 wird nochmals ein Überblick über die Ausgabenentwicklung für den gesamten hier betrachteten Zeitraum absolut und anteilmäßig gegeben. Diese zeigen die unmittelbare Abhängigkeit der Ausgaben der Sozialhilfe von der jeweils aktuellen Gesetzeslage. Der Rückgang der Hilfe zur Pflege wurde relativ zügig durch Anstiege in anderen Leistungsbereichen kompensiert. Auch nach dem gravierenden Einschnitt 2005 durch den Einfluss von Hartz IV werden die Sozialhilfeausgaben wieder kontinuierlich steigen, ihren Wert von 2004 sollten sie aber in näherer Zukunft nicht erreichen, da das Transferleistungssystem insgesamt durch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende schon eine starke Aufstockung erfuhr.

Gina Gäbler, Dipl.-Slaw., Fachverantwortliche Analyse Soziales, Gesundheit

**Abb. 2 Reine Ausgaben der Sozialhilfe von 1994 bis 2007 nach Hilfearten** (korrigierte Angaben)



**Tab. 8 Reine Ausgaben der Sozialhilfe nach dem SGB XII (bzw. BSHG und GSiG) 1994 bis 2007 nach Hilfearten** (Anteile der korrigierten Angaben in Prozent)

Merkmal	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
darunter														
Hilfe zum Lebensunterhalt	18,0	24,3	34,4	45,9	51,9	50,2	51,2	47,5	48,5	46,9	44,1	4,2	4,8	5,2
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	5,6	7,6	15,6	17,2	18,2
Hilfe zur Pflege	52,7	38,9	23,0	10,2	5,2	5,2	4,7	4,6	5,2	5,2	6,0	9,7	8,7	8,5
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	26,4	34,0	38,9	39,9	38,3	40,1	39,7	43,3	41,2	37,3	38,1	63,3	64,2	63,1
Hilfen zur Gesundheit <sup>1)</sup>	2,4	2,4	2,9	3,1	3,6	3,6	3,4	3,6	4,1	4,2	3,5	5,8	3,6	3,5

1) s. Tab. 6

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Sozialgesetzbuch (SGB) - Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954, 2955), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2008 (BGBl. I S. 1506)
- [2] Gäbler, G.: Sozialhilfe vor und nach Einführung von Hartz IV – Auswirkungen auf die Empfängerstatistiken am Beispiel Sachsens. In: Statistik in Sachsen 4/2008, S. 68-77
- [3] Sozialgesetzbuch (SGB) - Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe - Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3023), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 901)
- [4] Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646; Berichtigung BGBl. I S. 2975), zuletzt geändert durch Art. 25 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848)
- [5] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246)
- [6] Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310), geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1462)

## Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006

### Vorbemerkung

Für das Jahr 2006 wurde in Deutschland eine Verdienststrukturerhebung (VSE) nach EU-weit einheitlichen Standards durchgeführt. [1], [2] Dabei wurde im Gegensatz zu früheren Erhebungen neben dem Produzierenden Gewerbe fast der gesamte Dienstleistungsbereich (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) befragt und damit eine erweiterte Abbildung der Gesamtwirtschaft erzielt.

Außerdem liefert die VSE international vergleichbare Ergebnisse. In Deutschland erfolgte im Jahr 2007 die Erhebung für das Berichtsjahr 2006. Die nächste europaweite Erhebung folgt im vierjährigen Abstand und ist für 2010 vorgesehen.

Die auf repräsentativer Basis durchgeführte Stichprobenerhebung erlaubt differenzierte Einblicke in die Struktur der Arbeitnehmerverdienste. Die Ergebnisse, die Verdienste und Arbeitszeiten, lassen sich nach einer Vielzahl verdienst-relevanter – persönlicher und mit dem Arbeitsplatz verbundener – Merkmale der Arbeitnehmer analysieren.

Die detaillierten Ergebnisse dieser vierjährigen Verdienststrukturerhebung werden durch die unterjährige Viertel-jährliche Verdiensterhebung sowie durch die ebenfalls in vierjährigen Abständen durchgeführten Arbeitskostenerhebungen ergänzt. Die ergänzenden Statistiken erheben ihre Angaben stets als Summe über eine Vielzahl von Beschäftigten. Einzelangaben über Beschäftigte werden nur in der Verdienststrukturerhebung erfragt. Bei dieser Erhebung werden Individualangaben der Arbeitnehmer erfragt, auf deren Grundlage differenziertere Aussagen über Verdienst- und Arbeitszeitunterschiede getroffen werden können. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die VSE Angaben über die gesetzlichen Abzüge (Lohnsteuer; Beiträge zur Sozialversicherung) erhebt und damit Aussagen zu den Netto-verdiensten ermöglicht.

### Erhebungskonzept

Die VSE 2006 wurde aus Kostengründen und zur Entlastung der Auskunftspflichtigen als zweistufiges Stichprobenverfahren durchgeführt. Dabei wurden mittels Zufallsauswahl die Betriebe hinsichtlich des Wirtschaftszweiges und der Größe der örtlichen Einheit aus dem statistischen Unternehmensregister ausgewählt. Erfasst wurden voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Einbezogen wurden auch Personen in Altersteilzeit, geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte, Auszubildende, Praktikanten, Beamte, Heimarbeiter sowie leitende Angestellte und Geschäftsführer,

sofern sie selbst auf der Grundlage eines Arbeitsvertrages tätig waren.

Weil es sich bei der Verdienststrukturerhebung um eine Stichprobe handelt, sind die Ergebnisse mit einem Stichprobenfehler behaftet. Dieser ist unter anderem von der Streuung der Merkmale in der Grundgesamtheit und vom Auswahlverfahren abhängig und wird üblicherweise als so genannter relativer Standardfehler in Prozent angegeben.

Gegenüber der Erhebung von 2001 (damals Gehalts- und Lohnstrukturerhebung) ergaben sich folgende Veränderungen:

- Erstmalige Einbeziehung der Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.
- Im Wirtschaftszweig Erziehung und Unterricht wurde keine Primärerhebung durchgeführt, es wurden administrative Datenquellen aus der Personalstandstatistik ausgewertet. Erfasst wurden hier nur Arbeitnehmer, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.
- Keine Trennung nach Arbeiter und Angestelltenbögen
- Einbeziehung von Beamten und Heimarbeitern
- Ausrichtung der Erhebungsmerkmale nach der EU-Verordnung
- Nettomonatsverdienste werden nicht explizit erfragt, sondern aus den Bruttomonatsverdiensten und den Angaben zu Lohnsteuer und den Arbeitnehmerbeiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ermittelt
- Einheitliche Leistungsgruppen für alle Arbeitnehmer
- Online-Datenerhebung (Online-Formular, Excelfragebogen-Upload, Core.Reporter, eSTATISTIK.core)

Im Freistaat Sachsen wurden 1 800 Betriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten) und 162 000 Arbeitnehmer in die Erhebung 2006 einbezogen. Erhoben wurden die Verdienste sowohl für den Monat Oktober 2006 als auch für das gesamte Jahr 2006. Während bei den Monatsverdiensten ausschließlich die regelmäßig anfallenden Beträge anzugeben waren, mussten bei den Jahresverdiensten zusätzlich auch die unregelmäßig ausgezahlten Verdienstbestandteile wie Gratifikationen/Sonderzahlungen oder zusätzliches Urlaubsgeld gemeldet werden. Die Oktoberangaben wurden für alle beschäftigten Arbeitnehmer ermittelt, die Jahresangaben nur für diejenigen Arbeitnehmer, die 30 Wochen oder mehr im Jahr beschäftigt waren.

### Ausgewählte Ergebnisse

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006 im Freistaat Sachsen dargestellt. [3]

**Tab. 1 Brutto- und Nettomonatsverdienste, gesetzliche Abzüge sowie durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach Wirtschaftszweigen**

WZ 2003	Wirtschaftszweig	Durch- schnittlich bezahlte Wochen- arbeits- zeit	Bruttomonatsverdienst			Gesetzliche Abzüge		Nettomonatsverdienst	
			ins- gesamt	darunter für		Lohn- steuer	Beiträge zur Sozialver- sicherung	absolut	Anteil am Brutto- monats- verdienst
		Über- stunden		Zu- schläge	€				
C-K, M-O	Insgesamt	39,69	2 310	30	40	334	466	1 510	65,4
C-K	Produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	39,75	2 215	35	43	299	446	1 470	66,4
C-F	Produzierendes Gewerbe	40,00	2 214	34	54	294	446	1 473	66,5
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,44	2 619	120	142	380	526	1 713	65,4
D	Verarbeitendes Gewerbe	39,92	2 193	31	65	293	439	1 461	66,6
E	Energie- und Wasserversorgung	38,47	3 194	4	62	581	636	1 977	61,9
F	Baugewerbe	40,60	2 047	47	8	229	428	1 390	67,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	39,58	2 201	74	9	303	438	1 460	66,3
H	Gastgewerbe	39,45	1 470	16	58	114	301	1 054	71,8
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	39,16	2 201	34	59	284	451	1 466	66,6
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	39,23	2 895	2	1	511	586	1 798	62,1
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	39,52	2 195	18	22	302	439	1 455	66,3
M	Erziehung und Unterricht	38,18	3 157	-	-	657	670	1 830	58,0
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	39,94	2 614	13	58	430	516	1 668	63,8
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	39,87	2 277	20	15	336	458	1 483	65,1

Die Ausführungen beziehen sich dabei nur auf die zahlenmäßig größte Gruppe der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.

#### Bruttomonatsverdienste im Oktober 2006

Der Bruttomonatsverdienst umfasst alle den Arbeitnehmern für den Berichtszeitraum effektiv gezahlten laufen-

den, d. h. regelmäßig in jeder Abrechnungsperiode gewährten Beträge. Nicht dazu gehören alle einmaligen oder in größeren Abständen geleisteten Zahlungen.

Nach den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2006 lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines Arbeitnehmers im Durchschnitt der erfassten Wirt-



schaftszweige im Oktober 2006 im Freistaat Sachsen bei 2 310 €. Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen bestanden Unterschiede im Verdienstniveau. Im Produzierenden Gewerbe belegte der Bereich Energie- und Wasserversorgung die Spitze mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 194 €. Von der Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe waren jedoch nur 4,4 Prozent in diesem Wirtschaftszweig tätig. Mit größerem Abstand folgten innerhalb des Produzierenden Gewerbes die Bereiche Herstellung chemischer Erzeugnisse (2 697 €), Fahrzeugbau (2 647 €), Bergbau, Gewinnung Steine und Erden (2 619 €) und Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feimechanik und Optik (2 608 €). Der Bruttomonatsverdienst von 1 352 € im Bereich Ledergewerbe bildete das untere Ende der Skala. Im Dienstleistungsbereich lag die Spitze im Bereich Erziehung und Unterricht mit 3 157 €. Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhielt ein sächsischer Arbeitnehmer im Oktober 2006 im Schnitt 2 624 € brutto. Schlusslicht unter den Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereiches war das Gastgewerbe. Hier lag der durchschnittliche Bruttoverdienst im Oktober 2006 bei 1 470 €.

#### Durchschnittliche Nettoverdienste der Arbeitnehmer

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines Arbeitnehmers im Oktober 2006 von 2 310 € beinhaltete 30 € für Überstunden und 40 € für Zuschläge. Einem Arbeitnehmer wurden bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 39,69 Wochenstunden von diesem Bruttoverdienst als gesetzliche Abzüge Lohnsteuer in Höhe von 334 € und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung in Höhe von 466 € in Abzug gebracht. Der daraus berechnete monatliche Nettodurchschnittsverdienst machte mit 1 510 € noch 65,4 Prozent des Bruttoverdienstes aus. Auch die Nettodurchschnittsverdienste in den einzelnen Wirtschaftszweigen wichen zum Teil erheblich voneinander ab. Die höchsten Nettoverdienste wurden im Bereich Energie- und Wasserversorgung ausgezahlt. Hier bezogen die Arbeitnehmer einen durchschnittlichen Nettomonatsverdienst von 1 977 €, das sind 61,9 Prozent ihres Bruttoverdienstes. Im Baugewerbe hatten die Arbeitnehmer durchschnittlich 1 390 € netto (67,9 Prozent vom Brutto) auf dem Konto und rangierten damit wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Gastgewerbe am unteren Ende der Verdienstskala. Der Nettoverdienst lag hier bei 1 054 €, das sind 71,8 Prozent des Bruttoverdienstes.

#### Bruttomonatsverdienste nach Leistungsgruppen

Erheblichen Einfluss auf die Verdiensthöhe hatte bei den Arbeitnehmern die berufliche Qualifikation und Berufserfahrung, die die Zuordnung zu Leistungsgruppen bestimmen. Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Verdienste und Arbeitszeiten von Arbeitnehmern erfolgte in der Verdienststrukturerhebung eine Gruppierung der Arbeitnehmer nach ihrer beruflichen, im Regelfall durch

Ausbildung gewonnenen Qualifikation. Diese wurde bei Arbeitnehmern, die nach Tarif bezahlt werden, anhand der jeweiligen tariflichen Lohn- bzw. Gehaltsgruppe vorgenommen. Bei fehlender tariflicher Regelung erfolgt die Zuordnung anhand der ausgeübten Tätigkeit. Diese Einteilung ermöglicht bei der Ergebnisdarstellung einen besseren Vergleich zwischen den Arbeitnehmern verschiedener Wirtschaftszweige und lässt insbesondere Qualifikationsunterschiede zwischen Männern und Frauen erkennen. Zur Bestimmung der für die auszuübende Tätigkeit benötigten beruflichen Qualifikation stehen für Arbeitnehmer fünf Leistungsgruppen zur Verfügung.

Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis

Leistungsgruppe 2: Arbeitnehmer mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in Verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis sowie mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen

Leistungsgruppe 3: Arbeitnehmer mit schwierigen Fach Tätigkeiten, für deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung verbunden mit mehrjähriger Berufserfahrung erforderlich ist

Leistungsgruppe 4: Angelernte Arbeitnehmer mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber besondere Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich sind

Leistungsgruppe 5: Ungelernte Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung in einfacher Tätigkeit

Die in der Tabelle 2 dargestellten Ergebnisse zeigen für alle Arbeitnehmer einen eindeutig positiven Zusammenhang zwischen Leistungsgruppe und Verdiensthöhe. Mit zunehmender beruflicher Qualifikation stieg der Verdienst an. So verdiente ein hochqualifizierter vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer der Leistungsgruppe 1 im Durchschnitt aller erfassten Wirtschaftszweige 4 117 € im Oktober 2006, während ein nur gering qualifizierter Arbeitnehmer der Leistungsgruppe 5 nur auf 1 474 € kam. Betrachtet man die Struktur der Arbeitnehmer nach Leistungsgruppen, so ist zu erkennen, dass die stärkste Gruppe die Leistungsgruppe 3 bildet, also Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung. Rund 42 Prozent der Arbeitnehmer gehörten im Oktober 2006 dieser Gruppe an. Sie erzielten einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2 006 €. Den höchsten durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst mit 4 382 € erzielten die männlichen Arbeitnehmer der Leistungsgruppe 1. In Leistungsgruppe 3 erhielt ein männlicher Arbeitnehmer durchschnittlich 2 051 €, in Leistungsgruppe 5 brutto 1 592 €. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Frauen lag bei 3 678 € in Leistungsgruppe 1, 1 923 € in Leistungsgruppe 3 und 1 302 € in Leistungsgruppe 5. Dies entspricht etwa 84 Prozent, 94 Prozent bzw. 82 Prozent des Bruttoverdienstes eines männlichen Arbeitnehmers. Der geschlechtsspezifische Vergleich zeigt somit auch in den Ergebnissen dieser Erhebung, dass Frauen in allen

**Tab. 2 Bruttomonatsverdienste, durchschnittliches Alter und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Oktober 2006 aller erfassten Wirtschaftszweige nach Leistungsgruppen**

Leistungsgruppe	Insgesamt			Männer			Frauen		
	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst
	Jahre		€	Jahre		€	Jahre		€
1	44	14	4 117	45	13	4 382	44	16	3 678
2	43	13	2 878	43	11	2 988	44	14	2 705
3	41	9	2 006	41	9	2 051	41	11	1 923
4	41	6	1 703	41	6	1 776	43	8	1 538
5	41	5	1 474	39	4	1 592	43	6	1 302
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>10</b>	<b>2 310</b>	<b>42</b>	<b>9</b>	<b>2 379</b>	<b>42</b>	<b>11</b>	<b>2 186</b>

Leistungsgruppen stets weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen. Anhand der Besetzungszahlen zu den einzelnen Leistungsgruppen lässt sich zudem erkennen, dass der Anteil der Frauen in den unteren Leistungsgruppen durchweg höher ist als der der Männer.

#### **Verdienste nach dem schulischen Ausbildungsniveau**

Mit den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2006 konnte auch der Einfluss des Ausbildungsniveaus auf die Verdiensthöhe nachgewiesen werden. Dabei zeigte sich, dass mit höherem Ausbildungsstand auch die Verdienste steigen. So verdienten sächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss im Oktober 2006 nur 53 Prozent dessen, was Beschäftigte mit einem Hochschul- oder Universitätsabschluss erhielten. Ein Arbeitnehmer mit Fachhochschulabschluss kam im Schnitt auf 3 140 €, mit einem Hochschul- oder Universitätsabschluss waren es bereits 3 830 €. Demgegenüber lag der Durchschnittsverdienst eines Arbeitnehmers mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss bei lediglich 2 027 €. Die Ergebnisse belegen darüber hinaus, dass sich die Verdienstmöglichkeiten mit Abschluss einer Berufsausbildung deutlich verbessern. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss und einer abgeschlossenen Berufsausbildung verdienten mit durchschnittlich 2 037 € mehr als doppelt so viel als diejenigen ohne einen erlernten Beruf (1 732 €).

Auch bei dieser Betrachtung fallen deutliche Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen auf. Mit 3 444 € verdiente eine Akademikerin im Durchschnitt 15 Prozent weniger als ein Mann mit gleichem Ausbildungsniveau. Bei Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen lag die Differenz mit 10 Prozent nicht ganz so hoch. Männliche Abiturienten ohne Studium lagen mit ihrem Verdienst um durchschnittlich 18 Prozent über den Abiturientinnen. Frauen mit Facharbeiterabschluss erhielten ebenfalls 19 Prozent weniger als Facharbeiter.

Auch wenn die Frauen mit Hochschulstudium wesentlich weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen, so lag ihr Verdienst doch um 16 Prozent über dem von Fachhochschulabsolventinnen und um rund 49 Prozent über dem von Abiturientinnen ohne Studien-, aber mit Berufsausbildung. Den Verdienst der Volks-, Haupt- oder Realschulabsolventinnen (mit Berufsausbildung) übertrafen sie sogar um 77 Prozent.

#### **Verdienste steigen mit Dauer der Unternehmenszugehörigkeit**

Die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006 für den Erhebungsmonat Oktober 2006 lassen wie auch schon die vorhergehenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen eindeutig den Einfluss der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit auf das Verdienstniveau der Arbeitnehmerschaft erkennen. Während neu eingestellte Arbeitnehmer, die noch kein ganzes Jahr in einem Unternehmen beschäftigt waren, einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 1 772 € erhielten, stieg der Verdienst mit zunehmender Dauer der Unternehmenszugehörigkeit an und erreichte bei 31 und mehr Jahren 2 835 €. Er lag damit um 60 Prozent höher. Die Betriebstreue von Frauen wird dabei offensichtlich mehr belohnt als die von Männern – die Frauenverdienste lagen bei 31 und mehr Jahren im gleichen Unternehmen 74 Prozent höher als die Einstiegsverdienste von Frauen, die der Männer nur um 57 Prozent.

#### **Verdienste nach Lebensalter**

Auch der Einfluss des Lebensalters und damit indirekt die Berufserfahrung eines Arbeitnehmers auf das Verdienstniveau lässt sich mit den vorliegenden Daten nachweisen. So reichte die Spanne der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste von 1 320 € in der Altersgruppe der unter 20-Jährigen bis zu 2 578 € in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-jährigen Arbeitnehmer. Bei männlichen wie weiblichen Arbeitnehmern fiel der Anstieg kräftig aus. So erzielten die männlichen Arbeitnehmer in der angeführten

**Tab. 3 Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer aller erfassten Wirtschaftszweige im Oktober 2006 nach Ausbildung und Alter (in €)**

Ausbildung	Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen
Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss	unter 25	1 558	1 640	1 384
	25 - 30	1 773	1 833	1 621
	30 - 40	2 080	2 125	1 972
	40 - 50	2 126	2 179	2 037
	50 - 60	2 069	2 114	1 988
	60 und mehr	2 083	2 118	1 991
	<b>zusammen</b>	<b>2 027</b>	<b>2 075</b>	<b>1 934</b>
Abitur	unter 25	1 749	1 728	1 757
	25 - 30	2 130	2 257	2 041
	30 - 40	2 669	2 809	2 408
	40 - 50	3 026	3 305	2 724
	50 - 60	2 912	3 174	2 600
	60 und mehr	2 872	(3 086)	2 392
	<b>zusammen</b>	<b>2 589</b>	<b>2 837</b>	<b>2 322</b>
Fachhochschul- abschluss	unter 25	1 890	2 026	1 796
	25 - 30	2 380	2 627	2 021
	30 - 40	3 034	3 205	2 780
	40 - 50	3 289	3 588	3 092
	50 - 60	3 223	3 352	3 108
	60 und mehr	3 175	3 240	3 024
	<b>zusammen</b>	<b>3 140</b>	<b>3 315</b>	<b>2 978</b>
Universitätsabschluss	unter 25	2 150	(2 464)	(2 011)
	25 - 30	2 815	2 956	2 624
	30 - 40	3 692	3 831	3 385
	40 - 50	4 088	4 395	3 614
	50 - 60	4 049	4 203	3 711
	60 und mehr	4 332	4 376	4 113
	<b>zusammen</b>	<b>3 830</b>	<b>4 033</b>	<b>3 444</b>
Ohne Angabe / Ausbildung unbekannt	unter 25	1 420	1 547	1 264
	25 - 30	1 798	1 894	1 627
	30 - 40	2 173	2 386	1 645
	40 - 50	2 199	2 425	1 762
	50 - 60	2 192	2 369	1 816
	60 und mehr	(2 657)	(2 827)	/
	<b>zusammen</b>	<b>2 114</b>	<b>2 316</b>	<b>1 703</b>
<b>Insgesamt</b>	unter 25	1 566	1 643	1 431
	25 - 30	1 937	1 991	1 831
	30 - 40	2 360	2 433	2 195
	40 - 50	2 416	2 490	2 303
	50 - 60	2 418	2 486	2 304
	60 und mehr	2 638	2 730	2 377
	<b>insgesamt</b>	<b>2 310</b>	<b>2 379</b>	<b>2 186</b>

Altersgruppe mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2 578 € ein 1,8-fach höheres Einkommen als die Altersgruppe der unter 20-Jährigen (1 443 €). Bei

den Arbeitnehmerinnen lag es im Vergleich der gleichen Altersgruppen sogar fast beim 2,1-fachen.

**Tab. 4 Bruttomonatsverdienste, durchschnittliches Alter und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Oktober 2006 aller erfassten Wirtschaftszweige nach Unternehmensgrößenklassen**

Unternehmen mit ... bis ... Arbeitnehmern	Insgesamt			Männer			Frauen		
	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst
	Jahre		€	Jahre		€	Jahre		€
10 - 49	41	6	1 876	41	6	1 973	40	7	1 667
50 - 99	42	7	2 124	42	7	2 236	42	8	1 822
100 - 249	41	8	2 059	41	8	2 142	42	9	1 887
250 - 499	42	10	2 352	41	9	2 441	43	11	2 224
500 - 999	42	11	2 656	41	11	2 806	43	13	2 433
1 000 und mehr	43	16	2 979	42	15	3 096	43	17	2 832
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>10</b>	<b>2 310</b>	<b>42</b>	<b>9</b>	<b>2 379</b>	<b>42</b>	<b>11</b>	<b>2 186</b>

#### Verdienste nach Unternehmensgröße

Ähnlich zeigt sich der Einfluss der Größe eines Unternehmens auf das Verdienstniveau – große Unternehmen sind meist tarifgebunden, haben in der Regel eine höhere Ertragskraft, können sich besser qualifizierte und damit besser bezahlte Arbeitnehmer leisten. So reichte die Spanne der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste von 1 825 € bei Unternehmen mit 10 bis unter 20 Mitarbeitern bis zu 2 979 € in der obersten Gruppe der Unternehmen mit 1 000 und mehr Mitarbeitern. Dies ist immerhin ein Unterschied von 63 Prozent. Auch hier zeigt sich der Verdienstunterschied zwischen diesen beiden Unternehmensgruppen bei Frauen größer als bei Männern, er betrug bei ihnen 70 Prozent, bei Männern nur 63 Prozent.

#### Durchschnittsalter der Arbeitnehmer

Das Durchschnittsalter der beschäftigten Arbeitnehmer widerspiegelt in gewisser Weise die Personalpolitik der Unternehmen. Zukunftsweisende Personalpolitik sorgt für eine gesunde Mischung der Belegschaft über alle Altersklassen, damit sowohl für den Erhalt und die Nutzung von langjährigen Erfahrungen als auch für die Erneuerung von Wissen und Know-how. Über alle erfassten Wirtschaftsbereiche ergibt sich ein Durchschnittsalter der Arbeitnehmer von 42 Jahren. Im Produzierenden Gewerbe besetzen die Wirtschaftszweige „Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung“ mit 39 Jahren und „Textil- und Bekleidungsgewerbe“ mit 45 Jahren das untere und obere Ende der Skala. Im Dienstleistungsbereich sind es mit 39 Jahren das „Gastgewerbe“ und mit 46 Jahren der Bereich „Erziehung und Unterricht“. Insgesamt gibt es dabei kaum Unterschiede beim jeweiligen Durchschnittsalter zwischen Männern und Frauen.

Die kombinierte Auswertung dieser Einzelmerkmale führt zu der Aussage, dass im Oktober 2006 Arbeitnehmer der besten Leistungsgruppe 1 den höchsten Bruttoverdienst (4 117 €), aber auch das höchste Durchschnittsalter (44 Jahre), die längste Unternehmenszugehörigkeit (14 Jahre), die wenigsten bezahlten Stunden (170,3 Stunden) und

Überstunden (0,83 Stunden) aufweisen. Letzteres ist aber mehr der Tatsache geschuldet, dass in dieser Gruppe Mehrarbeit eingeschlossen ist. Mit abnehmender Qualifikation bzw. Einstufung sinken Bruttoverdienst, Durchschnittsalter und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, wobei die meisten bezahlten Stunden und Überstunden in der Leistungsgruppe 4 abgerechnet wurden.

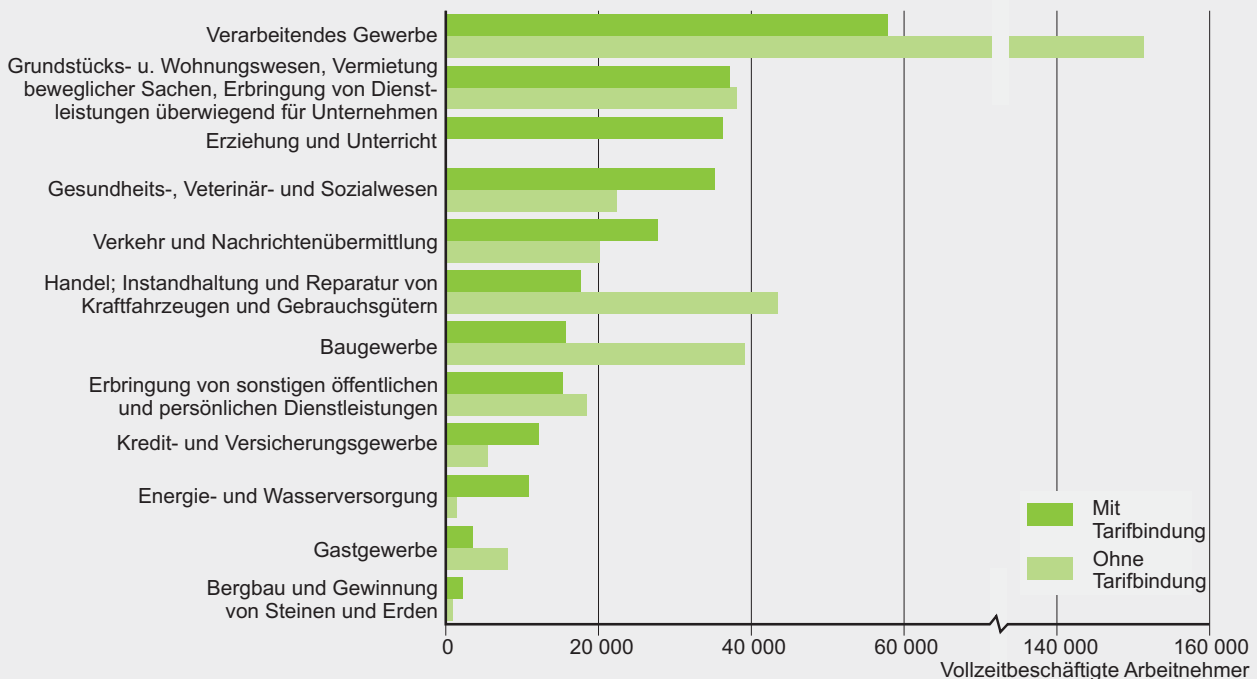
#### Berufliches Ausbildungsniveau der Arbeitnehmer

Anhand der Ergebnisse dieser Erhebung war auch eine Aussage zum aktuellen Bildungsniveau der einbezogenen Arbeitnehmer möglich. Im Oktober 2006 verfügten von den 620 013 Vollzeitbeschäftigten aller Wirtschaftszweige 11,6 Prozent über keine Berufsausbildung (ohne bzw. unbekannt), 71,4 Prozent hatten eine Berufsausbildung, 7,6 Prozent einen Fachhochschul- und 9,4 Prozent einen Universitätsabschluss. Von den Vollzeitbeschäftigten waren 64,3 Prozent Männer und 35,7 Prozent Frauen. Das Bildungsniveau unterscheidet sich nur geringfügig: bei Männern lauten die Werte in der oben genannten Reihenfolge 11,9 Prozent, 72,8 Prozent, 5,6 Prozent und 9,6 Prozent, bei Frauen 11,0 Prozent, 69,0 Prozent, 11,0 Prozent und 9,0 Prozent.

Weitere Aussagen sind zur Art des Arbeitsvertrages möglich: Von den Vollzeitbeschäftigten aller Wirtschaftszweige hatten 92,6 Prozent (Männer: 92,7 Prozent; Frauen: 92,4 Prozent) einen unbefristeten und 7,4 Prozent (Männer: 7,3 Prozent; Frauen: 7,6 Prozent) einen befristeten Arbeitsvertrag. Besonders hohe Anteile befristeter Verträge wiesen die Wirtschaftszweige „Erziehung und Unterricht“ mit 15,6 Prozent, „Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung“ mit 11,9 Prozent und „Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“ mit 11,8 Prozent auf.

#### Einfluss der Tarifbindung der Unternehmen

Auch die Tarifbindung der Unternehmen hatte wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Verdienste, insbesondere

**Abb. 1 Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Tarifbindung**

bei Frauen. Im Erhebungsbereich lag die Tarifbindung bezogen auf die Arbeitnehmer nur bei 44 Prozent, 56 Prozent der Arbeitnehmer wurden nach freier Vereinbarung vergütet – das bedeutet in den neuen Bundesländern in der Regel untertarifliche Vergütung. Mit Tarifbindung erzielten Vollzeitbeschäftigte im Oktober 2006 im Durchschnitt 2 618 € (Männer: 2 641 €, Frauen: 2 586 €), ohne Tarifbindung lag der Verdienst nur bei 2 071 € (Männer: 2 202 €, Frauen: 1 791 €). Nicht tarifgebundene Vergütun-

gen erreichten somit nur 79 Prozent (Männer: 83 Prozent, Frauen: 69 Prozent) des Tarifniveaus. Die nicht tarifgebundenen Frauenverdienste lagen damit oft an der Grenze von sittenwidrigen Vergütungen. „Das Vorliegen eines sittenwidrigen Lohnes liegt nahe, wenn die Vergütungshöhe verglichen mit der einschlägigen Tarifvergütung oder der regional üblichen Branchenvergütung eine Abweichung nach unten von mehr als ein Drittel aufweist.“ [4]

**Tab. 5 Bruttomonatsverdienste, durchschnittliches Alter und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Tarifbindung**

WZ 2003	Wirtschaftszweig	Tarifbindung	Insgesamt			Männer			Frauen		
			Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst	Durchschnittliches Alter	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	Bruttomonatsverdienst
				Jahre	€		Jahre	€		Jahre	€
C-K, M-O	Insgesamt	mit	43	14	2 618	42	13	2 641	43	16	2 586
		ohne	41	7	2 071	41	6	2 202	41	7	1 791
C-K	Produzierendes Gewerbe <sup>1)</sup>	mit	42	12	2 462	42	12	2 512	43	14	2 344
		ohne	41	7	2 067	41	6	2 185	41	7	1 764

1) ... Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

## Schlussbemerkung

Die Verdienstsituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde deutlich durch die vorhandene schulische und berufliche Bildung, die ausgeübte Tätigkeit und langjährige Berufserfahrung und Unternehmenszugehörigkeit beeinflusst. So verdienten im Oktober 2006 nach den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung die sächsischen Vollzeitbeschäftigten mit einem Hochschul- oder Universitätsabschluss 89 Prozent mehr als Beschäftigte mit einem Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss. Ein hochqualifizierter Facharbeiter erzielte ein um 18 Prozent höheres Bruttoeinkommen als ein ungelernter Arbeiter. Des Weiteren betrug der Verdienstunterschied (durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst) zwischen der Altersgruppe der unter 20-Jährigen (1 320 €) und der Altersgruppe der 60- bis unter 65-jährigen Arbeitnehmer (2 578 €) 95 Prozent sowie zwischen der Gruppe der neu Eingestellten (unter einem Jahr) und der Gruppe der langjährig beim gleichen Unternehmen Beschäftigten (31 und mehr Jahre) 60 Prozent.

Die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung ermöglichen umfassendere Aussagen über die Verdienstunterschiede als die Vierteljährliche Verdiensterhebung. Die Einzelmerkmale (Alter, Unternehmensgröße, Unternehmenszugehörigkeit, Ausbildungsstand, Leistungsgruppe) sind auch in Kombination auswertbar. Dabei zeigte sich, dass vor allem die berufliche Qualifikation des Arbeitnehmers unmittelbaren Einfluss auf die Verdiensthöhe hat. Abgeschwächt gilt dies auch für das Lebensalter und die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, wobei Arbeitnehmer mit langjähriger Unternehmenszugehörigkeit ein entsprechend höheres Lebensalter aufweisen, so dass zwischen diesen beiden Faktoren ein enger Zusammenhang besteht.

Steffen Pollack, Dipl.- Mathematiker, Referent Verdienste/Arbeitskosten

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. EG Nr. L 63 S. 6), geändert durch Anhang III Nr. 86 der Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. EU Nr. L 284 S. 1)
- [2] Verordnung (EG) Nr. 1916/2000 der Kommission vom 8. September 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten hinsichtlich der Definition und Übermittlung der Informationen über die Verdienststruktur (ABl. EG Nr. L 229 S. 3), geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1738/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. EU Nr. L 279 S.32)
- [3] Verdienststrukturerhebung im Freistaat Sachsen 2006, Statistischer Bericht, N I 5 - 5j/06, Kamenz 2008
- [4] <http://www.tarifregister.nrw.de/pdf/aktuelles/sittenwidrige-loehne.pdf>



## Interviewerarbeit in Sachsen unter den vorgegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen

### Vorbemerkung

„Daten zur Person, zum Arbeiten und Wohnen erheben die Staaten bis heute. Zensus heißt das Ganze im Fachchinesisch. Weltweit hat sich ein Zehnjahres-Rhythmus durchgesetzt. Strategische Entscheidungen zu Verkehrsinfrastruktur, Wohnungsbau und Bildung fallen auf dieser Grundlage.“ [1]

Volkszählungen bilden im Statistikgefüge eine Schlüsselposition und verschaffen allen Interessierten einen Gesamtüberblick über den Bevölkerungsstand und die Struktur der Bevölkerung mit entsprechenden Kernmerkmalen. Es gibt mehr als 50 gesetzliche Bestimmungen in Deutschland, bei denen die Einwohnerzahl eine Rolle spielt. Da eine Volkszählung sehr aufwendig und kostenintensiv ist, führt die amtliche Statistik diese nur in großen zeitlichen Abständen durch. Die letzte Volkszählung fand 1987 in den alten Bundesländern und 1981 in der DDR statt. Um den Bedarf an aktuellen Daten zur Struktur der Bevölkerung gerecht zu werden und gleichzeitig eine optimale Kosten-Nutzen-Relation zu erreichen, wurde 1957 der Mikrozensus als jährliche amtliche Haushaltsbefragung eingeführt. Seit 1991 wird der Mikrozensus auch in den neuen Bundesländern erhoben.

Der Mikrozensus, auch kleine Volkszählung (Mikro – klein; Zensus – Volkszählung) genannt, ist eine amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt.

Die Wege, auf denen man zu den benötigten Daten gelangt, sind sehr vielfältig. Die wohl häufigste Erhebungsform ist die schriftliche Befragung direkt beim Auskunftspflichtigen. Aktuelle Entwicklungen bieten den Auskunftgebenden eine Online-Datenlieferung an. Eine weitere Möglichkeit ist der Einsatz von Befragern (Interviewern) vor Ort. Von dieser Möglichkeit wird im Rahmen der Mikrozensususerhebung Gebrauch gemacht.

### Eckpfeiler der Mikrozensususerhebung und deren Ausrichtung auf die Tätigkeit der Erhebungsbeauftragten

#### Auskunftspflicht

Im Mikrozensusgesetz [2] ist Auskunftspflicht für die zu befragenden Haushalte im Hinblick auf die Mehrzahl der gestellten Fragen festgeschrieben. Diverse wissenschaftliche Untersuchungen u. a. die des Wissenschaftlichen Beirats der Statistik (beratendes Gremium) belegen, dass dieser Eckpfeiler wesentlich die Qualität der Ergebnisse beeinflusst und damit auch problematische Randgruppen in der Stichprobe erreicht werden.

Der Interviewer hat im Rahmen der Mikrozensususerhebung den Auftrag, die Haushalte zu gewinnen, damit sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen. Er muss also ausreichend und umfassend über die gesetzlichen Grundlagen informiert und damit gegenüber den ausgewählten Haushalten auskunftsfähig sein. Zur Unterstützung dieser Aufgabe erhält der Interviewer für alle durch ihn zu befragenden Haushalte Begleitmaterialien wie Kurz- oder Langinformationen für die Befragten, ein entsprechendes Ankündigungsschreiben und das Gesetz. Jährlich versuchen die Statistischen Ämter gemeinsam mit dem Bundesamt diese Materialien weiter zu entwickeln und zu verbessern sowie auf die aktuellen Belange anzupassen. Eine Bundesländer-Arbeitsgruppe beschäftigt sich gegenwärtig mit der Neugestaltung dieser Unterlagen.

#### Stichprobe

Im Mikrozensus werden nicht wie beim Zensus alle Haushalte befragt, sondern im Vorfeld wird eine Stichprobe mit den zu befragenden Haushalten gezogen. Diese Stichprobe ist eine Zufallsauswahl. Die per Zufall ermittelten Haushalte werden im zweiten Schritt zu Flächen/Auswahleinheiten (7 bis 10 benachbarte Wohnungen/Haushalte) zusammengefasst. Dies ermöglicht erst die Befragung mit Interviewern, denn sonst wäre die regionale Streuung der zu befragenden Haushalte zu groß. Dies geschieht auch aus Kostengesichtspunkten. Die einzelnen Auswahleinheiten werden nach regionalen Aspekten den Erhebungsbeauftragten zugeordnet.

Der Umfang der Stichprobe beträgt ein Prozent aller Wohnungen und damit aller Haushalte. Befragt werden sowohl Personen in Privathaushalten als auch in Gemeinschaftsunterkünften, unabhängig davon, ob die Person in der Auswahladresse ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz hat.

Im Mikrozensus wird das Rotationsprinzip umgesetzt. Ein Viertel aller in der Ein-Prozent-Stichprobe ausgewählten Auswahlbezirke werden jährlich ausgetauscht. Somit bleibt jeder Auswahlbezirk vier Jahre in der Stichprobe. Auch dieses Prinzip hat Auswirkungen für den Einsatz der Interviewer. Da die Interviewer für einen Auswahlbezirk in der Regel über den gesamten Zeitraum eingesetzt werden, befragen sie die Haushalte in vier aufeinanderfolgenden Jahren. Dies setzt ein entsprechendes Vertrauensverhältnis zwischen Interviewer und Haushalt voraus.

#### Befragungszeitpunkt

Ursprünglich wurde die Mikrozensususerhebung nach dem festen Berichtswochenkonzept (meist letzte Woche im April) durchgeführt. Nach diesem Konzept kann die Bevölkerungsstruktur zu einem festen Zeitpunkt abgebildet wer-

den. Merkmale, die saisonalen Schwankungen unterliegen (u. a. Arbeitsmarktmerkmale) können nur als begrenzter „Zeitausschnitt“ dargestellt werden. Dies entspricht nicht den Forderungen der Europäischen Union, den Arbeitsmarkt einschließlich monatlicher Veränderungen abzubilden.

Deshalb schreibt das neue Mikrozensusgesetz (2005) fest, dass die Ein-Prozent-Stichprobe gleichmäßig auf alle Monate verteilt wird. Das heißt, es wurde die unterjährige kontinuierliche Erhebung nach dem gleitenden Berichtswochenkonzept eingeführt. Der Berichtszeitraum für den jeweiligen Haushalt ist die komplette letzte Kalenderwoche vor der Befragung. Während bis 2004 einmal pro Jahr ein sogenannter „Masseneinsatz“ an Interviewern vorgesehen werden musste, um die Haushalte innerhalb kürzester Zeit zu befragen, konnte die Zahl der Interviewer nach dem neuen Konzept ab 2005 erheblich reduziert werden. Die Interviewer sind ganzjährig und nicht nur in den Monaten April bis Juni im Einsatz.

### **Erhebungsprogramm des Mikrozensus**

Die wichtigsten Bestandteile des über den ganzen Befragungszyklus konstanten Grundprogramms sind:

- demografische Merkmale,
- Merkmale zum Arbeitsmarkt sowohl gegenwärtige als auch frühere Erwerbstätigkeit,
- Schul- und Ausbildung einschließlich der erreichten Abschlüsse,
- soziale Absicherung wie Einkommensquellen und Höhe des Nettoeinkommens.

Im Rahmen der vierjährigen Zusatzprogramme werden Merkmale zur

- Wohnsituation,
- Migration,
- Gesundheit, Altersvorsorge,
- Pendlerverhalten

erhoben.

Neben diesem Programm, was für alle Haushalte identisch ist, werden bei 0,1 Prozent der Haushalte die Ad-hoc-Module der EU u. a. zu den Themen

- Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand,
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- Integration Behinderter in das Arbeitsleben

in die Befragung integriert.

Auf Grund der inhaltlichen Vielfältigkeit des Mikrozensus kann dadurch auf notwendige zusätzliche Einzelerhebungen verzichtet werden. Diese Fakten wirken sich wiederum auf die Kosteneinsparung für die amtliche Statistik aus und tragen somit auch zur Entlastung der zu befragenden Haushalte und Personen bei.

Das breit gefächerte Erhebungsprogramm fordert von den Interviewern vielfältige Kenntnisse. Die Interviewer müssen sich mit gesetzlichen Änderungen z. B. auf dem Sektor der geringfügigen Beschäftigung oder des Ein-Euro-Jobs auskennen. Dabei müssen sie sich vielen Fragen der Haushalte stellen. Oft kommt es vor, dass Interviewer auch

bei der Ausfüllung komplizierter Formulare behilflich sind. Der Umgang mit den vielfältigen Fragestellungen setzt umfangreiche Schulungsmaßnahmen voraus. Jährlich müssen durch die Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes Arbeitsanweisungen aktualisiert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

### **Art der Auskunftserteilung**

Die Haushalte haben die Möglichkeit zwischen der zeitsparenden Befragung durch den Interviewer oder der schriftlichen Auskunftserteilung zu wählen. Die Statistischen Ämter bieten außerdem die Möglichkeit einer telefonischen Befragung an. Bis einschließlich 2004 war ein Erhebungsbogen sowohl für den Feldeinsatz der Interviewer als auch für die schriftliche Befragung vorgesehen. Die Erhebungsbogen wurden nach der Durchführung der Interviews an das Statistische Landesamt geschickt und dort in einem zeitaufwendigen Verfahren erfasst und plausibilisiert. Dieses Verfahren hat neben anderen Problemen auch eine hohe Personalkapazität gebunden. Um diesem Abhilfe zu schaffen, aber auch um sich auf die Belange der Unterjährigkeit einzustellen, wurde ein flächendeckender Laptopeinsatz konzipiert. Die Interviewer erfassen gegenwärtig die Daten vor Ort mit dem Laptop. Dies spart erhebliche Personalressourcen im Statistischen Landesamt. Ein weiterer Vorteil des Laptopeinsatzes ist, dass die Daten während des Interviews plausibilisiert werden und somit auch eine aufwendige Nachkontrolle im Landesamt entfällt. Gleichzeitig werden die Interviews standardisiert geführt und mittels entsprechenden Sprungfeldern werden nur die für den Befragten relevanten Fragen angezeigt. Damit wird auch im Interview Zeit gespart. Nach dem Interview werden über einen gesicherten Datenschutzweg (IDEV – Internet Datenerhebung im Verbund) die Daten vom Laptop an das Statistische Landesamt übertragen. Somit erreicht man bei der Ergebnisbereitstellung einen Zeitgewinn und die Daten liegen bereits sechs Wochen nach Quartalsende als Ergebnis zur Veröffentlichung vor. Bei der ehemaligen Jahresaufbereitung mit fester Berichtswoche hat der Prozess ein Jahr gedauert.

Die Umstellung auf Laptops stellt wiederum neue Anforderungen an die Interviewer. Sie müssen sich auch im Umgang mit der Technik qualifizieren und die Filtertechnik im Interview als System kennen.

### **Interviewereinsatz in Sachsen**

Die Befragung zum Mikrozensus wird durch das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter als dezentrale Statistik durchgeführt. Dies ist ein wesentlicher Vorteil für den Einsatz von Interviewern. Es gibt den Statistischen Landesämtern die Möglichkeit, den Einsatz der Interviewer auf ihre speziellen Gegebenheiten und Erfordernisse auszurichten.

### Interviewerstruktur in Sachsen

2008 wurden in Sachsen 86 Interviewerverträge ausgereicht. Dementsprechend befinden sich auch 86 Laptops im Einsatz. Die Intervieweranzahl weicht jedoch von dieser Zahl ab, da im Rahmen der Vertragsgestaltung auch Familienverträge (ein Vertrag mit mehreren Personen; Bedingung: gleicher Wohnsitz) ausgereicht wurden. In Sachsen sind gegenwärtig 119 Interviewer im Einsatz. Die Geschlechtsstruktur ist nahezu ausgewogen, wobei die Frauen mit 63 Interviewerinnen leicht überwiegen. Regional dagegen gibt es größere Abweichungen. So sind in der Stadt Dresden elf Frauen, aber nur fünf Männer im Einsatz. Im Landkreis Meißen dominieren die Frauen mit rund 83 Prozent. Es gibt auch Regionen, in denen das Verhältnis umgekehrt ist, so überwiegen in Mittelsachsen die Männer mit rund 58 Prozent.

Neben Unterschieden beim Geschlecht gibt es auch Unterschiede innerhalb der Altersstruktur der Interviewer.

**Tab. 1 Regionale Struktur der Interviewer nach Geschlecht**

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Männlich	Weiblich	Insgesamt
Chemnitz, Stadt	3	5	8
Dresden, Stadt	5	11	16
Leipzig, Stadt	7	5	12
Erzgebirgskreis	6	7	13
Mittelsachsen	7	5	12
Vogtlandkreis	4	3	7
Zwickau	4	5	9
Bautzen	5	6	11
Görlitz	4	1	5
Meißen	1	5	6
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	4	3	7
Leipzig	4	5	9
Nordsachsen	2	2	4
<b>Sachsen</b>	<b>56</b>	<b>63</b>	<b>119</b>

Bei den Männern ist die Alterstruktur der 55- bis unter 65-Jährigen mit rund 36 Prozent am stärksten besetzt, während es bei den Frauen die Alterstruktur der 45- bis unter 55-Jährigen mit rund 33 Prozent ist. Anteilmäßig sowohl bei Männern als auch bei Frauen ist die Gruppe der unter 35-Jährigen am geringsten besetzt (Männer: 5,4 Prozent und Frauen: 4,8 Prozent).

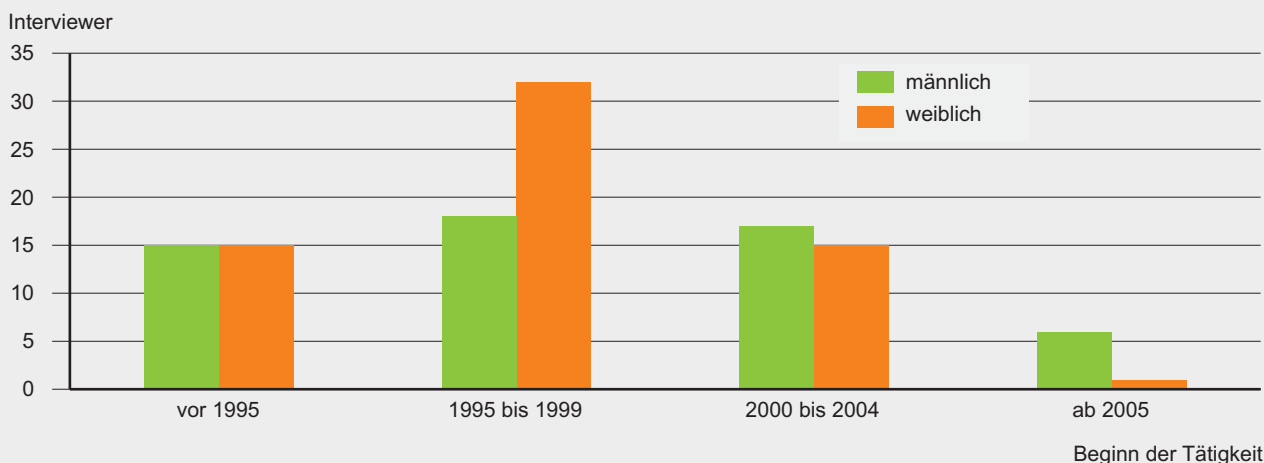
Bei der Interviewerarbeit greift man auf Erfahrungswissen zurück. Langjährige Ausbildung der Interviewer und der Aufbau einer Vertrauensbasis spiegelt sich in guten Ergebnissen wider. Deshalb arbeitet die Mehrzahl der Interviewer bereits über einen langen Zeitraum für das Statistische Landesamt.

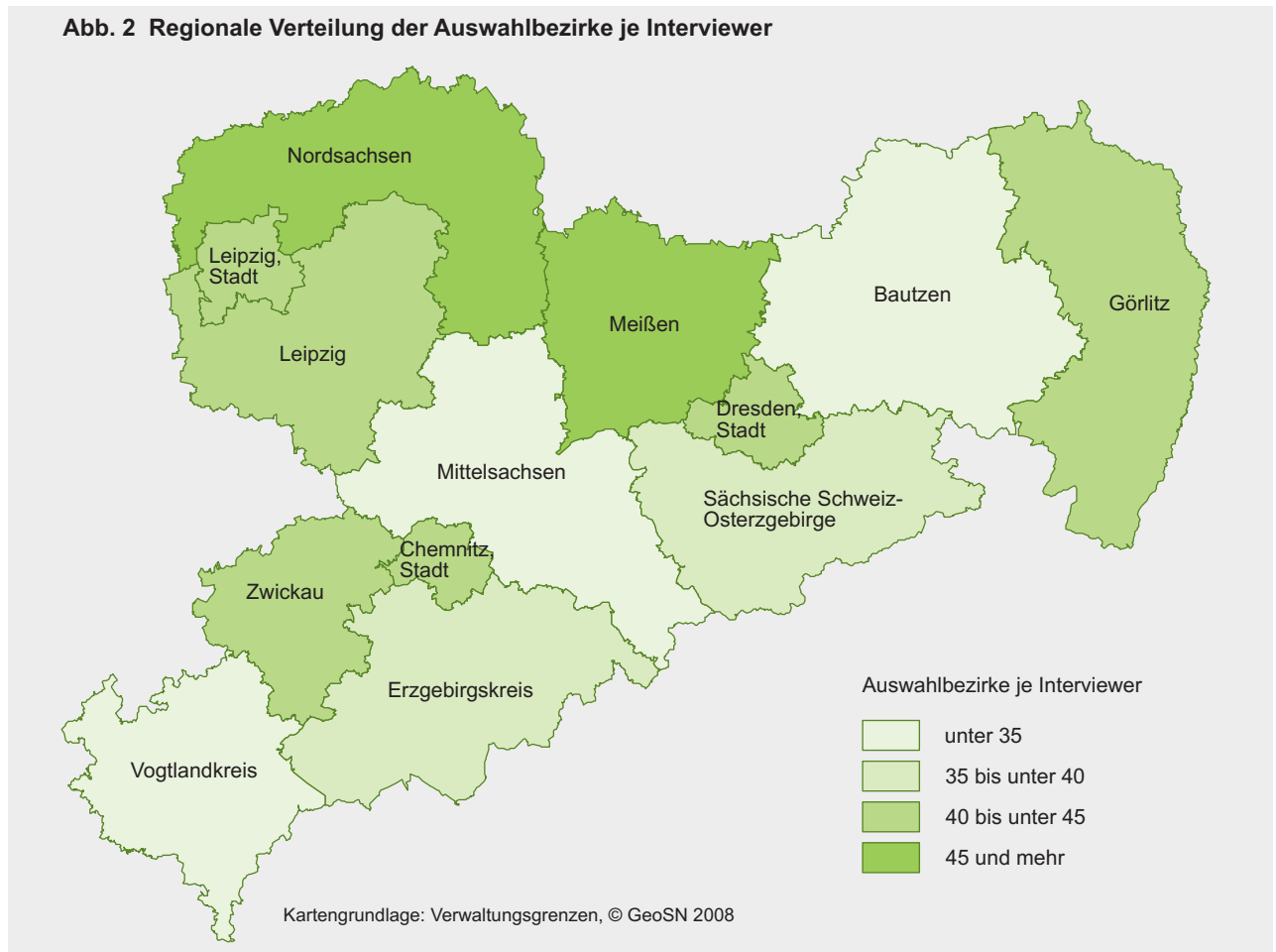
Die Anzahl der benötigten Interviewer richtet sich zum einen nach der Anzahl der Auswahlbezirke und zum anderen nach der regionalen Verteilung dieser. Um den Einsatz optimiert zu gestalten, muss man den Besonderheiten des ländlichen Raumes (mit weiten Wegen) und der städtischen Gebiete gerecht werden. 2005 wurde der Interviewerstab von 450 auf ca. 120 Interviewer reduziert. Dies wurde bedingt durch den Umstieg von der festen Berichtswoche auf ein gleitendes Berichtswochenkonzept. Außerdem stand dem Statistischen Landesamt nur eine begrenzte Anzahl von Laptops zur Verfügung, die optimiert (hinsichtlich der Auslastung und der Wege zu den zu befragenden Haus-

**Tab. 2 Interviewer nach Alter und Geschlecht**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich	Insgesamt
	%		
unter 35	5,4	4,8	5,0
35 - 45	14,3	17,5	16,0
45 - 55	14,3	33,3	24,4
55 - 65	35,7	25,4	30,3
65 - 75	17,9	15,9	16,8
75 und mehr	12,5	3,2	7,6
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

**Abb. 1 Interviewer nach Beginn der Tätigkeit und Geschlecht**



**Abb. 2 Regionale Verteilung der Auswahlbezirke je Interviewer**

halten) eingesetzt werden mussten. Damit ergab sich folgende regionale Verteilung für Sachsen:

Im Ergebnis der Aufteilung der Auswahlbezirke auf die Interviewer ergibt sich, dass ein Interviewer im Schnitt monatlich 23 Haushalte befragt. Dabei legen die Interviewer durchschnittlich 92 Kilometer je Auswahlbezirk zurück. Insgesamt fahren die Interviewer jährlich rund 251 400 Kilometer mit ihren Privat-Pkw. Der Ersatz von ausgefallenen Interviewern (Fortzug, Krankheit) erfolgt gegenwärtig nur im Bedarfsfall. Oft übernimmt ein „benachbarter“ Interviewer die Auswahlbezirke zusätzlich.

#### Auswahlkriterien der Interviewer

Der Interviewereinsatz wird sorgfältig vorbereitet. Grundvoraussetzung für einen Einsatz als Interviewer ist eine eintägige Schulung. Den Hauptteil bilden alle fachlichen Belange. Gleichzeitig werden die Interviewer auch mit den organisatorischen Gegebenheiten und der Technik vertraut gemacht. Die Wiederholungsschulungen sind vom Zeitumfang kürzer und in diesen konzentrieren sich die Schulungsteams auf die Informationen zu Veränderungen und werten Probleme/Fehler aus der vorangegangenen Befragung aus. Durch den flächendeckenden Laptopeinsatz und der damit verbundenen Führung durch das Interview (im Programm sind Plausibilitäten hinterlegt und nicht jeder wird auf alle

Fragen geführt) wurden die Schulungsaktivitäten weiter reduziert. Mit entsprechend gestalteten Informationsblättern erhalten die Interviewer die aktuellen Informationen zum jeweiligen Erhebungsjahr. Dabei wird zum Teil ganz auf die jährliche Schulung verzichtet. Allerdings besteht bei einer Vielzahl der Interviewer auch großes Interesse an Schulungen, da sie diese Veranstaltung oft als Erfahrungsaustausch mit anderen Interviewern nutzen.

Treten bei einzelnen Interviewern während der Erhebung größere Probleme auf, so stehen zum einen die Mitarbeiter des Mikrozensus Teams mit Rat und Tat zur Seite, zum anderen besteht auch die Möglichkeit einer individuellen Schulung des betroffenen Interviewers vor Ort. Ganz konkret wird dann auf die Belange eingegangen und das Problem gemeinsam gelöst. Qualitätschecklisten geben den Interviewern Aufschluss darüber, wie gut ihre Arbeit ist und wo Korrekturbedarf besteht. Auch hier geht es zunächst um die fachlichen Belange. Die ordnungsgemäße Führung aller Begleitmaterialien und der Umgang mit den zu befragenden Haushalten spielen bei der Einschätzung ebenfalls eine Rolle.

#### Durchsetzung der Auskunftspflicht

Im Mikrozensusgesetz ist Auskunftspflicht festgeschrieben. Die Durchsetzung der Auskunftspflicht erfordert zu-

nächst eine sachgerechte Information der Haushalte vor Ort über die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Notwendigkeit der Erhebung. Über 80 Prozent aller Haushalte werden im direkten Interview (face to face) befragt. Die hohe Antwortquote ist nicht zuletzt ein Beweis für die gute Arbeit der Interviewer vor Ort und auch für die konsequente Umsetzung der schriftlichen Befragung im Statistischen Landesamt, die sich an die Feldarbeit der Interviewer anschließt.

**Tab. 3 Zahl der Haushalte und Ausfallquoten im Mikrozensus 2005 bis 2008**

Erhebungsjahr	Anzahl der Haushalte		Ausfallquote in %
	insgesamt	darunter schriftlich befragt	
2005	18 493	3 539	19,1
2006	19 661	3 807	19,4
2007	19 275	3 829	19,9
2008	19 049	4 014	21,1

### Vertragsgestaltung

Das Mikrozensusgesetz ermöglicht den Einsatz von Interviewern, die als „ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte“ bezeichnet werden. Die Bestellung der ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten erfolgt einmal jährlich. Die Auswahlbezirke werden quartalsweise vergeben, so dass das Statistische Landesamt die Möglichkeit hat, auch innerhalb des Jahres auf Probleme, Ausfall oder Unzulänglichkeiten zu reagieren. Die elektronische Zuteilung auf die Laptops erfolgt jeweils am Donnerstag vor dem Befragungsstart, so dass auch hier ein gewisser Reaktionsspielraum besteht. Durch dieses Prinzip entfallen aufwendige Quartalschulungen, die zeit- und kostenintensiv sind. Außerdem müssen die Laptops nicht getauscht werden.

Die Vertragsunterlagen setzen sich aus

- Bestellsurkunde
- Zuteilung der Auswahlbezirke
- Verpflichtungserklärung zu rechtlichen und datenschutzrechtlichen Belangen
- Übergabeprotokoll der Laptops

zusammen.

**Die Meinung der Interviewer ist uns wichtig.** Ständig bemühen sich die Mitarbeiter, um eine Verbesserung der Unterlagen für Haushalte und Interviewer. Anregungen, die aus den Erfahrungen vor Ort resultieren, werden dankbar aufgenommen.

Die Datenqualität des Mikrozensus hängt maßgeblich von der Arbeit der Interviewer ab. Nur sie und die Haushalte selbst können uns Aufschluss darüber geben. Im Rahmen eines EU-Projektes zur Qualitätssicherung des Mikrozensus wurde eine Interviewerbefragung durchgeführt. Dabei gab es viel positives Feedback aus Sachsen. Fachlich

wurde von den Interviewern angeregt, dass die Fragestellungen einfacher formuliert sein sollten. Als problematisch wurde die Vielzahl der Fragen bewertet, die ähnlich erscheinen und bei denen die Unterschiede zwischen den Fragen nicht deutlich werden. Probleme gibt es bei der Verschlüsselung der Alphatexte zu Wirtschaftszweigen, Berufen und Berufsabschlüssen. Dies ist sehr zeitaufwendig und häufig werden die benötigten Schlüssel nicht sofort gefunden. Auch dieser Gedanke wurde von den statistischen Ämtern aufgegriffen und eine Signierhilfe über eine Online-Plattform entwickelt.

In einem zweiten Projekt „E-Learning“ im Mikrozensus soll den Interviewern eine interaktive Lernsoftware angeboten werden. Im Zentrum dieser Software stehen Fragen zum Umgang mit schwierigen Situationen und einer konkreten Handlungsableitung für die Interviewer.

„Selbstverständlich kosten exzellente Interviewer Geld. Aber sie rechnen sich. Denn sie reduzieren Fehler und verringern späteres Nachhaken bei den Befragten. Letztlich wird gespart, und zwar Zeit und Geld.“ [3]

Ina Helbig, Referentin Datenerhebung Bevölkerung private Haushalte, Gesundheit

Martina Hensel, Fachverantwortliche Haushalterhebungen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Dresdner Neueste Nachrichten vom 20./21. Dezember 2008
- [2] Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – (MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2526)
- [3] Metzler, Poeschel: Interviewereinsatz und -qualifikation, Band 11 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik, S. 4



## Entsorgung von Klärschlamm aus kommunalen Abwässern 2007

### Methodische Vorbemerkungen

Die Erhebung statistischer Daten zum Klärschlamm ist Bestandteil der Erhebungen über die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Sie wird auf Grundlage des Gesetzes zur Straffung von Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) seit 2006 jährlich bei Anstalten und Körperschaften sowie Unternehmen durchgeführt, die öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen betreiben. Die Ergebnisse ermöglichen einen regelmäßigen Überblick über die Entsorgung und den Verbleib des Klärschlammes. Alle weiteren Betrachtungen beziehen sich ausschließlich auf den Klärschlamm, der bei der Reinigung häuslicher Abwässer in kommunalen Anlagen anfällt. Erfasst wurden alle Mengen ab einer Tonne Trockenmasse. Klärschlamm fällt als Rückstand bei der Abwasserreinigung an und ist ein Gemisch aus festen Stoffen und Wasser. Die Feststoffe setzen sich während der Klärung der Abwässer am Boden ab. Da Klärschlämme unterschiedlicher Herkunft aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Wassergehalte mengenmäßig nicht verglichen werden können, wird die zur Entsorgung anstehende Menge mittels der Rechengröße Trockenmasse (TM) auf das Gewicht nach vollständiger Entwässerung angegeben.

In Deutschland fielen im Jahr 2007 laut Statistischem Bundesamt etwa 2,06 Millionen Tonnen Klärschlamm (TM) aus kommunalen Kläranlagen an.

Die Rückstände aus der Abwasserreinigung als „Hinterlassenschaft“ aus dem Trinkwassergebrauch tragen die Abfalleigenschaft. Sie führen seit jeher (nicht nur mengenmäßig gesehen) zu Problemen hinsichtlich ihrer Entsorgung. Sorgen früher die technisch noch nicht ausgereiften Abwasserreinigungsverfahren selbst für eine starke Belastung der Umwelt mit Rückständen aus der Abwasserreinigung, so steht heute die Problematik vornehmlich bei der umweltverträglichen Entsorgung der Klärschlämme im Vordergrund. Das liegt zum einen daran, dass die Reinigung kommunaler (und anderer) Abwässer in Deutschland grundsätzlich einer strengen gesetzlichen Regelung unterliegt und die hohen Anforderungen bereits (bis auf wenige Ausnahmen im ländlichen Raum) erfüllt werden. Zum anderen schreiben die gesetzlichen Vorgaben eine umweltschonende Entsorgung der Klärschlämme vor, die den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft unterliegt. Demnach erhebt der Gesetzgeber, wo immer es möglich ist, die Forderung, dass Stoffkreisläufe in der Natur weitestgehend geschlossen werden und somit natürliche Ressourcen nach der Entnahme aus der Natur und dem Gebrauch (durch Mensch und Tier, durch Einsatz in Produktionsprozessen jeglicher Art, Einbau in Produkte u. a.)

in umweltverträglicher Art und Weise wieder an die Natur zurückgegeben werden (es gilt: Vermeidung vor Verwertung vor Beseitigung). Deshalb wird neben einer konsequenten Vermeidungsstrategie der stofflichen Verwertung von Rückständen infolge des Gebrauchs natürlicher Ressourcen klar der Vorrang eingeräumt.

Die Klärschlamm-Verwertung stellt allerdings nur einen der möglichen Entsorgungswege dar. Während die Depositionierung von Klärschlämmen noch vor Jahren der Hauptentsorgungsweg für die Rückstände aus der Abwasserreinigung war, ist die dauerhafte Ablagerung dieser Rückstände/Abfälle (und damit deren Beseitigung) beim heutigen Stand der Gesetzgebung faktisch kaum noch möglich. Grundsätzlich wird der stofflichen Verwertung oder der Verwertung von Klärschlämmen in der Landwirtschaft der Vorzug gegeben. Dass die Umsetzung dieser Vorgaben nicht problemlos ist, liegt in den stofflichen Eigenschaften des Klärschlammes selbst begründet und soll im Folgenden dargelegt werden.

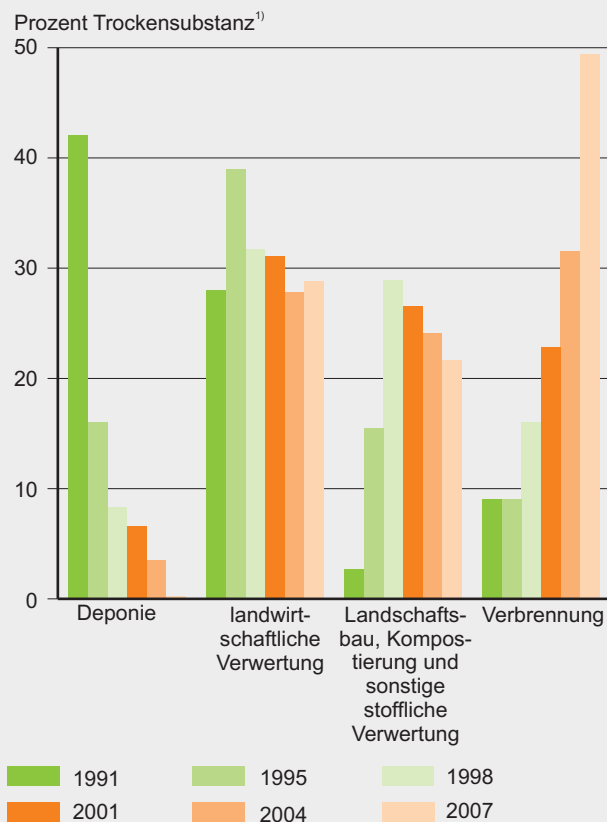
### Entsorgung von Klärschlamm in Deutschland

Die Entsorgung von Klärschlamm wird in Deutschland durch die rechtlichen Vorgaben des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) [1], der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) [2] und der Abfallablagerversordnung (AbfAbIV) [3] geregelt. Für die Entsorgung der Rückstände aus der Abwasserreinigung stehen unterschiedliche Verfahren zur Verfügung, die einzeln oder in Kombination allesamt das Ziel verfolgen, das Klärschlammauftreten sowohl mengenmäßig als auch in Bezug auf den Schadstoffgehalt zu verringern und eine umweltverträgliche Rückgabe der Rückstände aus dem Entsorgungsprozess an die Natur zu ermöglichen.

Die Verteilung des Klärschlammauftretens auf die verschiedenen Entsorgungspfade unterlag in den letzten Jahren auf Grund der Änderung der gesetzlichen Vorgaben und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer grundlegenden Wandlung (vgl. Abb. 1).

Klärschlämme verursachen bereits im Anfall aufgrund ihrer stofflichen Eigenschaft (Gemisch aus Feststoffen und Wasser) ein Mengenproblem. Deswegen muss versucht werden, vor dem eigentlichen Entsorgungsprozess den Wassergehalt des Gemisches weitestgehend zu verringern. Man unterscheidet dabei zwischen Rohschlamm und bereits behandeltem Schlamm. Rohschlamm fällt entweder als Primärschlamm nach der Entfernung von festen unge-



**Abb. 1 Klärschlamm Entsorgung in Deutschland 1991 bis 2007**

1) Umstellung der statistischen Erhebungsmethodik, daher vor 2007 keine Aufsummierung auf 100% möglich

Quelle: Umweltbundesamt, Zusammenstellung aus Daten des Statistischen Bundesamtes 2008

lösten Schwimm- und Schwebstoffen (mechanische Reinigungsstufe) oder als sogenannter Überschussschlamm aus der biologischen Reinigung an. Der anfallende Rohschlamm wird in den meisten Kläranlagen zum Zwecke der Stabilisierung *biologisch behandelt*. In größeren Anlagen findet zumeist eine anaerobe Behandlung in Faultürmen statt. Bei diesem Vorgang (unter Ausschluss von Sauerstoff) entsteht hauptsächlich Methangas, welches aufgefangen und in der Kläranlage selbst energetisch verwertet wird. Ziel dieser Klärschlammfäulung ist eine bessere Entwässerung des Klärschlammes, die Verringerung seiner biologischen Aktivität (Gasbildung, Geruchsentwicklung) sowie eine Entkeimung.

Danach erfolgt das mechanische Entwässern der Klärschlämme (in Dekantern, Zentrifugen oder Pressen), wodurch die Menge reduziert und ein Feststoffgehalt zwischen 20 und 45 Prozent erreicht wird (gemessen als TM). Durch die vorherige Zusetzung eines Konditionierungsmittels wird die Eindickfähigkeit bzw. die Entwässerbarkeit des Gemischs verbessert.

Im Anschluss erfolgt zumeist eine *Trocknung des Klärschlammes*, was zur weiteren Verringerung der Menge sowie zu einer besseren Handhabbarkeit der Rückstände

führt. Darüber hinaus wird gleichzeitig der Heizwert des Gemischs erhöht, was die Wirtschaftlichkeit einer späteren thermischen Entsorgung (Verbrennung) erhöht.

Ein weiteres Behandlungsverfahren für Klärschlämme ist die *biologische Entwässerung*, unter der man das Aufbringen von Klärschlamm auf Vererdungsbeete versteht. In diesen vorwiegend mit Schilf bepflanzten Beeten kommt es zunächst zu einer raschen Entwässerung des Klärschlammes auf etwa zehn Prozent Feststoffgehalt. Das durch den Bodenfilter sickende Wasser des Klärschlammes wird mit Drainagesystemen aufgefangen und zur Kläranlage zurückgeführt. In den Vererdungsbeeten bleiben die organischen und mineralischen Feststoffanteile zurück. Nach biologischen Umsetzungsprozessen über einen längeren Zeitraum werden die organischen Anteile abgebaut und mineralisiert, was die Masse weiter deutlich reduziert. Aus dem Reststoff entsteht hochwertige Klärschlammkompost, die nach einer weiteren Nachlagerung zu einem Trockenmassegehalt von bis zu 60 Prozent führt. Schilf- oder Vererdungsbeete werden etwa acht bis zwölf Jahre ohne Räumung betrieben. Je nach Verwendungszweck kann die dabei entstandene Klärschlammkompost anschließend nachkompostiert, direkt landwirtschaftlich oder thermisch verwertet werden oder sie findet bei der Rekultivierung und im Landschaftsbau Verwendung.

Die *thermische Entsorgung* von Klärschlamm umfasst sowohl die Monoverbrennung als auch die Mitverbrennung in Abfallverbrennungsanlagen, Kohlekraftwerken und Zementwerken. Hierbei wird der positive Heizwert der Trockenrückstände genutzt, um energieintensive Verfahren günstig zu beeinflussen. Des Weiteren wird Klärschlamm für die gemeinsame Vergasung von Klärschlamm und Braunkohle in Festbettvergaseranlagen eingesetzt (z. B. im Sekundärrohstoffverwertungszentrum Schwarze Pumpe). Bundesweit wurden 2007 etwa 1,02 Millionen Tonnen Klärschlamm (TM) verbrannt, das entspricht 49,4 Prozent der Gesamtmenge.

Der Anteil an Klärschlamm, der 2007 auf *Deponien* gelangte, betrug in Deutschland lediglich 0,2 Prozent. Infolge der Anforderungen der Abfallablagervverordnung ist die Deponierung von unbehandeltem Klärschlamm seit Juni 2005 nicht mehr erlaubt. Klärschlamm, der nicht verwertet wird, ist vor einer dauerhaften Ablagerung auf Deponien thermisch oder gemeinsam mit Restabfällen mechanisch-biologisch zu behandeln.

Der größere Anteil an der Klärschlamm Entsorgung entfällt bundesweit jedoch noch auf die *stoffliche Verwertung*. Dazu zählen der Einsatz von dafür geeigneten Klärschlamm bei landschaftsbaulichen Maßnahmen (einschließlich Rekultivierung und Kompostierung) sowie die Verwertung durch Aufbringung des Klärschlammes als Dünger in der Landwirtschaft nach AbfKlärV. [2] Klärschlamm ist reich an Nährstoffen, da während der biologischen Behandlung eingesetzte Bakterien die Abwasserinhaltsstoffe zum Aufbau von Biomasse verwen-

den. Von besonderer Bedeutung insbesondere für die Landwirtschaft ist der Gehalt an Stickstoff, Phosphor und anderen Nährsalzen. Stabilisierter Klärschlamm kann zu Klärschlammerde und nach der Kompostierung zu Klärschlammkompost aufbereitet werden. Beide Aufbereitungsstufen können als organischer Dünger in der Landwirtschaft bzw. im Landschaftsbau sowie bei Rekultivierungsmaßnahmen Verwendung finden. Die im Klärschlamm enthaltenen Nährstoffe werden so in den Kreislauf der Natur zurückgeführt. Klärschlamm enthält jedoch darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Stoffe, welche für Natur und Mensch gefährlich sein können, wenn sie durch landwirtschaftliche Aufbringung in die Nahrungskette gelangen (Schwermetalle, organische Schadstoffe, Medikamentenrückstände, Hormone). In der Klärschlammverordnung sind die Grenzwerte dieser Stoffe festgelegt, die eine Gesundheitsgefährdung vermeiden sollen.

Im Jahr 2007 wurden laut Angaben des Statistischen Bundesamtes noch 50,4 Prozent des anfallenden Klärschlammes in der Landwirtschaft, der landschaftsbaulichen Verwertung, der Kompostierung oder bei der sonstigen

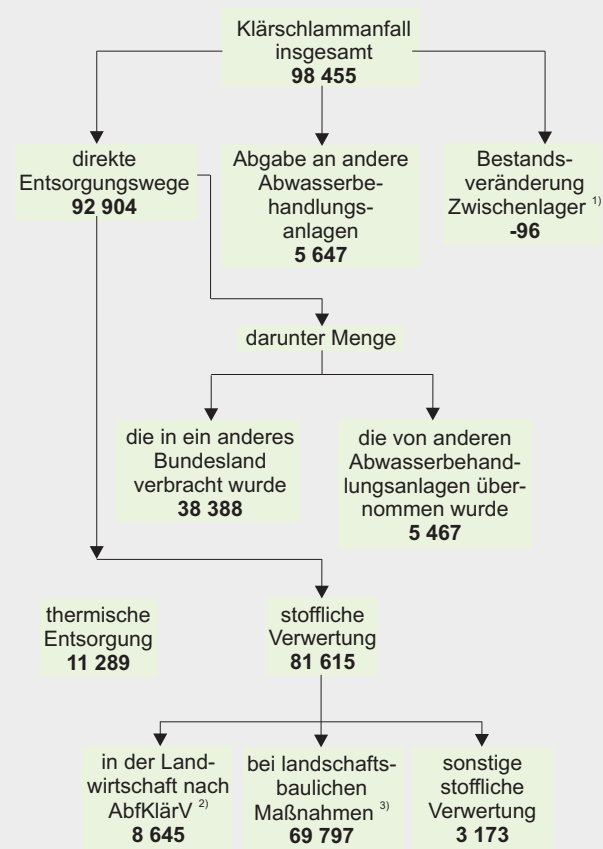
stofflichen Verwertung eingesetzt. Bezogen auf die Wahl der Entsorgungswege sind im Vergleich der Bundesländer erhebliche Unterschiede festzustellen.

## Struktur der Klärschlammentsorgung in Sachsen

In der Abbildung 2 wurden die Entsorgungswege für den 2007 in Sachsen bei der kommunalen Abwasserreinigung angefallenen Klärschlamm dargestellt.

2007 fielen bei der Reinigung kommunaler Abwässer 98 455 Tonnen Klärschlamm (TM) an. Etwa 40 Prozent dieser Menge (38 388 Tonnen TM) wurden zur Entsorgung in ein anderes Bundesland verbracht (vgl. Abb. 3). Maßgeblichen Anteil an der Entsorgung von Klärschlamm außerhalb Sachsens haben die sächsischen Großkläranlagen. Die Exporte erfolgten 2007 hauptsächlich in die angrenzenden Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Die außerhalb Sachsens entsorgten Klärschlämme wurden vollständig verwertet. [4] Eine grenzüberschreitende Verbringung von sächsischem Klärschlamm erfolgte bisher nicht.

**Abb. 2 Struktur der Klärschlammentsorgung 2007**  
(in Tonnen Trockenmasse)

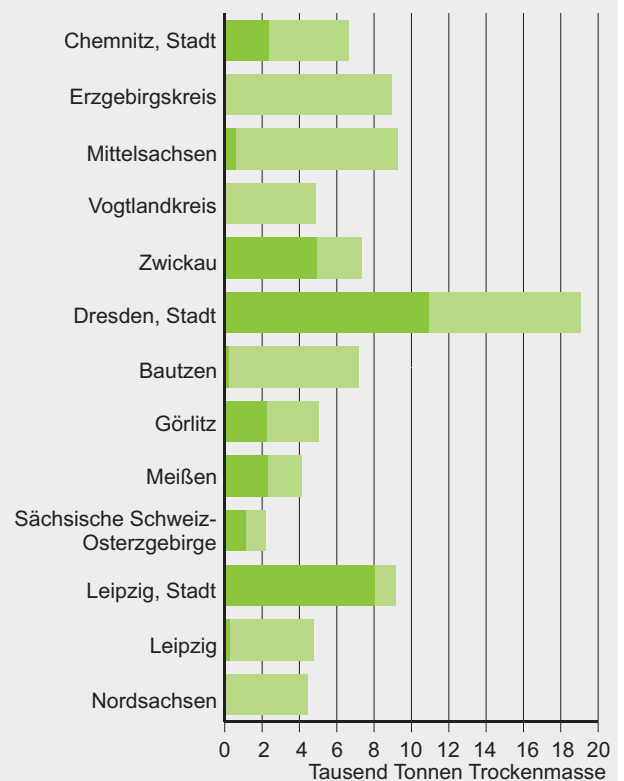


1) Bestand Zwischenlagerung zum 31. Dezember 2007 minus Bestand Zwischenlagerung zum 1. Januar 2007

2) Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298).

3) z. B. Kompostierung, Rekultivierung

**Abb. 3 Direkte Klärschlammentsorgung, darunter in ein anderes Bundesland verbrachte Menge nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**



Direkt entsorgte Menge insgesamt



darunter Menge die in ein anderes Bundesland verbracht wurde

Fast die gesamte Menge des sächsischen Klärschlamms (94 Prozent) ging auf direktem Weg in die Entsorgung. Etwas mehr als ein Zehntel dieser Menge (11 289 Tonnen TM) wurde der thermischen Entsorgung (Mono- oder Mitverbrennung bzw. Vergasung) zugeführt. Damit ist dieser Entsorgungspfad im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt in Sachsen nur von untergeordneter Bedeutung.

Den derzeit wichtigsten Verwertungspfad in Sachsen stellen trotz sinkender Anteile in den vergangenen Jahren nach wie vor die Rekultivierung, die Kompostierung und der Landschaftsbau dar. Insgesamt kamen rund 88 Prozent des Klärschlamm-aufkommens (81 615 Tonnen TM) hauptsächlich bei landschaftsbaulichen Maßnahmen (z. B. Kompostierung, Rekultivierung) zum Einsatz. Der Anteil der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung ist seit Anfang der 1990er Jahre deutlich gesunken und liegt seit 1996 unter zehn Prozent des Gesamtaufkommens. Im Berichtsjahr 2007 wurde dieser Abwärtstrend erstmals unterbrochen. Die Steigerung dieses Mengenanteils gegenüber dem Jahr 2006 betrug rund 73 Prozent (2006 = 4 983 Tonnen TM). Als Ursache für den festgestellten Anstieg dieses Mengenanteils wird die Entwicklung im Anbau nachwachsender Rohstoffe vermutet. [5] Dennoch lag der Anteil der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm trotz des Vorhandenseins schadstoffarmer Klärschlämme nur bei rund neun Prozent und damit weit unter dem bundesweiten Durchschnitt von rund 29 Prozent. Diese vergleichsweise geringe Verwertungsquote hat ihre Ursache in der mangelnden Akzeptanz der Landwirte, welche u. a. aus den Vorbehalten der Nahrungsmittelkonsumenten und der Verbraucher gegenüber Nahrungsmitteln resultiert, die

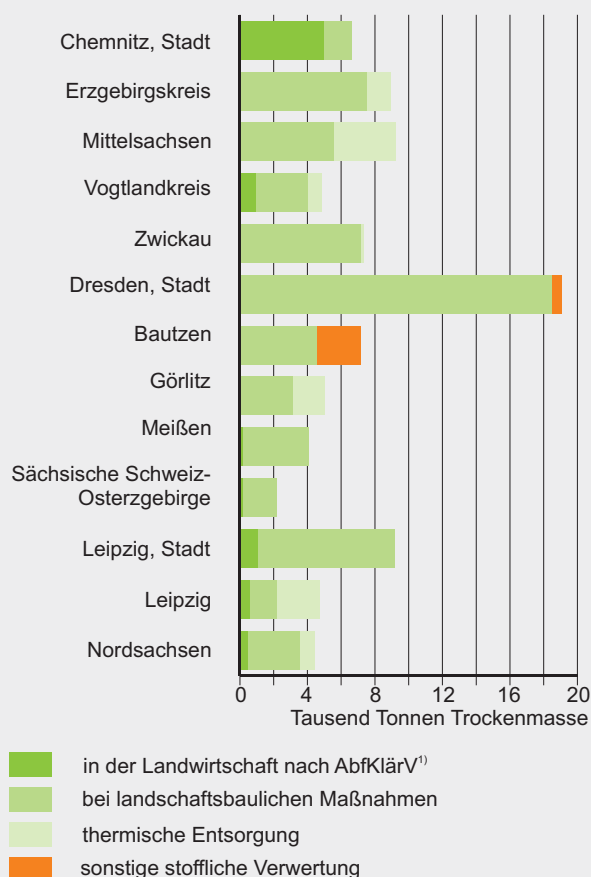
auf klärschlammbeaufschlagten Flächen erzeugt wurden. Der Einsatz von Klärschlamm in der Landwirtschaft wird aufgrund des Schadstoffaspektes nach wie vor sehr kontrovers diskutiert. Das Risiko der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung trägt letztendlich der Landwirt bzw. der Grundstücksbesitzer. [4] (vgl. Tab. 1)

## Direkte Klärschlammentsorgung

Als direkte Klärschlammentsorgung bezeichnet man die stoffliche Verwertung und die thermische Entsorgung. Hierzu zählen nicht die Mengen, die sich im Zwischenlager der Kläranlagen befinden oder die zum Zwecke der Entsorgung an eine andere Abwasserbehandlungsanlage weitergegeben werden.

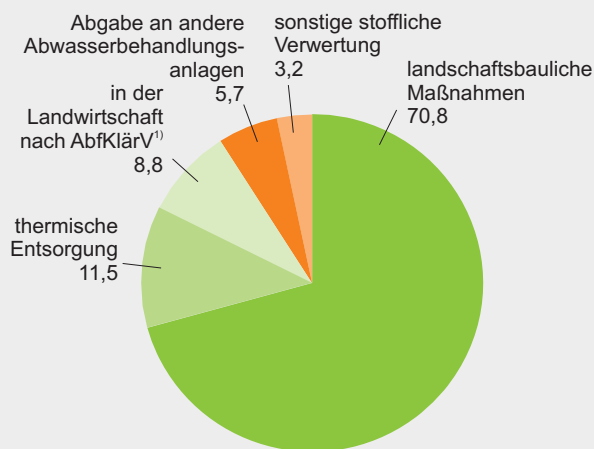
Bei der Wahl des jeweiligen Entsorgungsweges und -verfahrens ergaben sich bei der regionalen Auswertung der sächsischen Landkreise beträchtliche Unterschiede.

**Abb. 5 Direkte Klärschlammentsorgung aus öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen 2007 nach Entsorgungswegen und nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**



**Abb. 4 Klärschlammentsorgung insgesamt 2007 (in Prozent)**

98 455 t Trockenmasse<sup>1)</sup>



1) incl. Bestand Zwischenlagerung zum 31. Dezember 2007 minus Bestand Zwischenlagerung zum 1. Januar 2007 (2007: -96 t Trockenmasse)

2) Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298).

1) Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298).

**Tab. 1 Klärschlamm Entsorgung 2007 nach Direktionsbezirken (in Tonnen Trockenmasse)**

Merkmal	Sachsen	Direktionsbezirk		
		Chemnitz	Dresden	Leipzig
Klärschlamm anfall insgesamt	98 455	39 667	38 900	19 888
darunter direkte Klärschlamm Entsorgung <sup>1)</sup>	92 904	36 997	37 569	18 338
davon stofflich verwertet				
in der Landwirtschaft nach AbfKlärV <sup>2)</sup>	8 645	5 931	504	2 210
bei landschaftsbaulichen Maßnahmen	69 797	25 023	32 016	12 758
sonstige stoffliche Verwertung	3 173	-	3 173	-
thermische Entsorgung	11 289	6 043	1 876	3 370
darunter Menge, die in ein anderes Bundesland verbracht wurde	38 388	11 431	16 986	9 971

1) ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen und ohne Bestandsveränderung Zwischenlager

2) Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298).

### Klärschlamm anfall und Entsorgungswege der öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen nach Kapazität

799 sächsische Abwasserbehandlungsanlagen wurden 2007 in die Erhebung von Daten über die Entsorgung von Klärschlamm einbezogen. Die meisten Anlagen (558) zählten mit jeweils weniger als 1 000 angeschlossenen Einwohnerwerten zu den eher kleinen Kläranlagen mit

geringer Kapazität. Sie erzeugten bei der Abwasserreinigung insgesamt eine Klärschlammmenge von rund 2 000 Tonnen TM. 90 Prozent dieser Menge wurde zur weiteren Entsorgung an andere Abwasserbehandlungsanlagen abgegeben. Dort wurde der Klärschlamm behandelt und anschließend zur weiteren stofflichen Verwertung bzw. thermischen Entsorgung abgegeben.

**Tab. 2 Klärschlamm anfall aus öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen 2007 und Entsorgungswege nach Größenklassen der Einwohnerwerte**

Einwohnerwerte von ... bis unter ...	Anzahl der Abwasser- behandlungs- anlagen	Klärschlamm- anfall insgesamt <sup>1)</sup>	Davon						
			direkte Klärschlamm- entsorgung <sup>2)</sup>	darunter Menge,		davon		Abgabe an andere Abwasser- behandlungs- anlagen	Bestands- ver- änderung Zwischen- lagerung <sup>3)</sup>
				die in ein anderes Bundesland verbracht wurde	die von anderen Abwasserbe- handlungs- anlagen übernommen wurde	thermische Entsorgung	stofflich verwertete Menge insgesamt		
unter 50	136	91	3	-	-	-	3	88	-
50 - 200	207	405	9	5	-	-	9	396	-
200 - 500	151	810	40	2	-	-	40	763	7
500 - 1 000	64	672	142	-	8	-	142	531	-1
1 000 - 10 000	163	11 259	9 026	2 036	547	701	8 325	2 021	212
10 000 - 30 000	48	18 573	16 686	3 419	1 409	2 685	14 001	1 848	39
30 000 - 100 000	25	26 481	26 537	7 177	1 620	7 224	19 313	-	-56
100 000 und mehr	5	40 164	40 461	25 749	1 883	679	39 782	-	-297
Sachsen	799	98 455	92 904	38 388	5 467	11 289	81 615	5 647	-96

1) Wert ergibt sich aus stofflicher Verwertung insgesamt zuzüglich Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen und Bestandsveränderung Zwischenlager

2) ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen und ohne Bestandsveränderung Zwischenlager

3) Bestand Zwischenlagerung zum 31. Dezember 2007 minus Bestand Zwischenlagerung zum 1. Januar 2007

4) Tonnen Trockenmasse

Die 30 sächsischen Abwasserbehandlungsanlagen mit mehr als 30 000 angeschlossenen Einwohnerwerten gaben keinen Klärschlamm an andere Anlagen ab. Dafür übernahmen sie selbst 62 Prozent des in Sachsen insgesamt angefallenen Klärschlammes und behandelten ihn weiter.

2007 gab es in Sachsen fünf große Anlagen mit einer Ausbaupazität von mehr als 100 000 angeschlossenen Einwohnerwerten. Auf sie entfielen allein 40 Prozent des 2007 in Sachsen angefallenen Klärschlammes. Fast die gesamte Klärschlammmenge dieser fünf Anlagen wurde einer stofflichen Verwertung zugeführt, wobei knapp 65 Prozent dieser Menge in ein anderes Bundesland gebracht wurde (vgl. Tab. 2).

### Klärschlammmanfall je Einwohnerwert

Der *Klärschlammmanfall* im Sinne dieser Darstellung ergibt sich aus der Summe der auf direktem Weg entsorgten Klärschlammengen plus Abgabemengen an andere Abwasserbehandlungsanlagen plus/minus Bestandsveränderung in der Zwischenlagerung. Die Bestandsveränderung errechnet sich aus dem Bestand der Zwischenlagerung zum 31. Dezember 2007 minus dem Bestand der Zwischenlagerung zum 1. Januar 2007. Hier kann es bei niedrigeren Beständen zum Jahresende 2007 gegenüber dem Bestand zum Jahresanfang des gleichen Jahres zu negativen Werten/Einträgen kommen (z. B. bei Räumung der Zwischenlager am Jahresende).

Der *Einwohnerwert* (EW) ist ein Maß für die Klärkapazität bzw. Ausbaugröße der Abwasserbehandlungsanlage. Er ist die Summe aus der Zahl der Einwohner, deren häusliches Abwasser behandelt wird und dem Einwohnergleichwert des gewerblichen oder industriellen Abwassers.

Der *Einwohnergleichwert* (EGW) ist ein Umrechnungswert aus dem Vergleich von gewerblichem oder industriellem Abwasser mit häuslichem Abwasser, bezogen auf den fünf-tägigen Biochemischen Sauerstoffbedarf (BSB5) des Abwassers von 60 g/(Einwohner x Tag). Das heißt, er gibt an, wie viele Einwohner die gleiche Menge gewerbliches oder industrielles Abwasser erzeugt hätten.

Der *Biochemische Sauerstoffbedarf BSB5* ist die Menge gelösten Sauerstoffs, die von Mikroorganismen benötigt wird, um die im Wasser enthaltenen organischen Stoffe in fünf Tagen oxidativ abzubauen.

Die rechnerisch ermittelte spezifische Klärschlammmenge lag 2007 bei 21,1 Kilogramm je Einwohnerwert und Jahr. Dabei gibt es in den einzelnen Städten und Landkreisen beträchtliche regionale Unterschiede: die Spanne reicht von 14,1 Kilogramm je Einwohnerwert und Jahr im Landkreis Görlitz bis 27,9 Kilogramm je Einwohnerwert und Jahr im Erzgebirgskreis (vgl. Tab. 3).

**Tab. 3 Klärschlammmanfall je Einwohnerwert 2007 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Behandelte Einwohner- werte	Klärschlammmanfall	
		insgesamt	je Einwohner- wert
		t TM <sup>1)</sup>	kg
Chemnitz, Stadt	294 118	6 344	21,6
Erzgebirgskreis	338 245	9 444	27,9
Mittelsachsen	412 818	9 755	23,6
Vogtlandkreis	284 842	5 143	18,1
Zwickau	364 555	8 981	24,6
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>1 694 578</b>	<b>39 667</b>	<b>23,4</b>
Dresden, Stadt	729 843	19 064	26,1
Bautzen	403 174	7 669	19,0
Görlitz	368 738	5 203	14,1
Meißen	291 508	4 227	14,5
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	139 381	2 737	19,6
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>1 932 644</b>	<b>38 900</b>	<b>20,1</b>
Leipzig, Stadt	546 953	9 668	17,7
Leipzig	244 750	5 424	22,2
Nordsachsen	242 301	4 796	19,8
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>1 034 004</b>	<b>19 888</b>	<b>19,2</b>
<b>Sachsen</b>	<b>4 661 226</b>	<b>98 455</b>	<b>21,1</b>

1) Tonnen Trockenmasse

### Klärschlamm Entsorgung in Sachsen 2007 im Vergleich zum Vorjahr

In Auswertung der Ergebnisse der ersten beiden Berichts-jahre können lediglich einige Eckzahlen im direkten Vergleich gegenübergestellt werden. Neben einem geringfügigen Rückgang des Klärschlammmanfalls aus der Abwasserreinigung im kommunalen Bereich ist festzustellen, dass insgesamt gesehen ein größerer Mengenanteil des Klärschlamm aufkommens in die stoffliche Verwertung eingebracht wird. Besonders hervorzuheben ist die wesentliche Steigerung der in der Landwirtschaft verwerteten Klärschlammmenge, was den Plänen der Umweltpolitik in Sachsen [4] entspricht (vgl. Tab. 4).



**Tab. 4 Klärschlamm Entsorgung 2006 und 2007**

Merkmal	Einheit	2006	2007	Veränderung 2007 zu 2006 in %
Öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen	Anzahl	832	799	-4,0
Klärschlamm anfall insgesamt	t TM <sup>1)</sup>	106 490	98 455	-7,5
davon				
in der Landwirtschaft nach AbfKlärV <sup>2)</sup>	t TM <sup>1)</sup>	4 983	8 645	73,5
darunter in einem anderen Bundesland	t TM <sup>1)</sup>	1 897	1 523	-19,7
bei landschaftsbaulichen Maßnahmen <sup>3)</sup>	t TM <sup>1)</sup>	81 608	69 797	-14,5
darunter in einem anderen Bundesland	t TM <sup>1)</sup>	29 385	31 846	8,4
sonstige stoffliche Verwertung	t TM <sup>1)</sup>	2 354	3 173	34,8
darunter in einem anderen Bundesland	t TM <sup>1)</sup>	311	-	-
thermische Entsorgung	t TM <sup>1)</sup>	10 228	11 289	10,4
darunter in einem anderen Bundesland	t TM <sup>1)</sup>	5 167	5 019	-2,9
Direkte Klärschlamm Entsorgung <sup>4)</sup> insgesamt	t TM <sup>1)</sup>	99 173	92 904	-6,3
darunter				
in einem anderen Bundesland	t TM <sup>1)</sup>	36 760	38 388	4,4
Bezug von anderen Abwasserbehandlungsanlagen	t TM <sup>1)</sup>	6 093	5 467	-10,3
Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen	t TM <sup>1)</sup>	6 284	5 647	-10,1
Bestandsveränderung Zwischenlager <sup>5)</sup>	t TM <sup>1)</sup>	1 033	-96	x
Errechnete Klärschlammmenge je Einwohnerwert und Jahr	kg	22,1	21,1	-4,5

1) Tonnen Trockenmasse

2) Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298)

3) z. B. Kompostierung, Rekultivierung

4) ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen und ohne Bestandsveränderung Zwischenlager

5) Bestand Zwischenlagerung zum 31. Dezember 2007 minus Bestand Zwischenlagerung zum 1. Januar 2007

Susanne Stoll, Referentin für Umweltstatistiken  
Annett Krüger, Sachbearbeiterin

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986)
- [2] Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298)
- [3] Abfallablagereungsverordnung vom 20. Februar 2001 (BGBl. I S. 305), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2860).
- [4] Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Klärschlammkonzeption 2006
- [5] Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Lagebericht 2008 Kommunale Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen



### 3. Kamenzer Dialog: Wirtschaftsanalyse und -prognose – Ergebnisse, Methodik und statistische Datenbasis

Die wirtschaftliche Situation ist eines der Brennpunktthemen, die die Öffentlichkeit derzeit bewegen. Welche Aussagen und Ergebnisse kann die amtliche Statistik dazu bieten, wer nutzt sie und wofür werden sie verwendet? Diese Fragen diskutierten am 6. Mai 2009 beim 3. Kamenzer Dialog, der unter dem Thema „Wirtschaftsanalyse und -prognose – Ergebnisse, Methodik und statistische Datenbasis“ stand, Konjunkturforscher und Datennutzer aus den Staatsministerien, den sächsischen Kammern und Verbänden sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen und Vertreter des Statistischen Landesamtes.

In ihrer Begrüßung erwähnte die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, dass sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die ihren Anfang in der US-amerikanischen Finanzkrise nahm und mittlerweile die gesamte Weltwirtschaft erfasst hat, nicht gleich in vollem Umfang in den amtlichen Daten widerspiegelte. Hierzu verwies sie auf die sächsischen Konjunkturinformationen, die zunächst noch nicht auf einen sehr tiefen Einschnitt hindeuteten. Ferner hatten die Konjunkturforscher das Ausmaß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht von Beginn an erwartet. Heute gehen fast täglich neue Meldungen zur Wirtschaftskrise durch die Medien. Für dieses Jahr wird derzeit ein Schrumpfen der deutschen Volkswirtschaft von mindestens fünf Prozent vorhergesagt. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft in der tiefsten Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Dies unterstreicht die Bedeutung, sich diesem Thema zu widmen.

Nach dem Auftakt zur Veranstaltung referierte Herr Dr. Wolfgang Nierhaus vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung München, Forschungsbereich Konjunktur und Befragungen, zur Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute und stellte die aktuellen Ergebnisse vor. Diese Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal jährlich, im April und im Oktober, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellt. Sie beinhaltet grundsätzlich ein gemeinsames Votum der daran beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute, die sonst miteinander im Wettbewerb stehen. Die Prognosen selbst bilden dann zum Teil die Basis für die Projektionen der Bundesregierung.

Zunächst erläuterte der Referent methodische Aspekte der Erarbeitung der Gemeinschaftsdiagnose näher und stellte den Ablauf dar. Die Deutschlandprognose beinhaltet insbesondere die Vorhersage der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wobei sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite betrachtet wird. Als Schätzverfahren kommt ein iterativ-analytischer Ansatz zur Anwendung, bei dem die voraussichtliche Entwicklung der einzelnen

BIP-Komponenten zusammengeführt wird. Die so gewonnenen Ergebnisse werden dann mittels ökonometrischer Methoden überprüft.

Bei den Arbeiten an der Gemeinschaftsdiagnose wird auf einen umfangreichen Fundus an amtlichen und nichtamtlichen Daten zurückgegriffen. Dies wurde an ausgewählten Beispielen, u. a. anhand des Auftragseingangsindex der amtlichen Statistik bzw. des ifo-Geschäftsklimaindex, näher erläutert.

Abschließend stellte Herr Dr. Nierhaus die aktuellen Ergebnisse vor. Bezüglich der Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Deutschland wird für dieses Jahr ein Schrumpfen von sechs Prozent vorhergesagt. Bis zum Jahresende 2010 zeichnet sich nach Auffassung der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute keine durchgreifende Änderung der wirtschaftlichen Situation ab. Damit muss dann mit einer Zahl von fast fünf Millionen Arbeitslosen gerechnet werden. [1] Insgesamt ist die Prognose der Institute pessimistischer als die der Bundesregierung, die in ihrer Frühjahrsprojektion für 2010 von einem geringfügigen Wachstum der deutschen Wirtschaft von 0,5 Prozent ausgeht. [2]

Für Zwecke der Konjunkturforschung werden auch Gesamtergebnisse auf regionaler Ebene benötigt. Vertreter des Statistischen Landesamtes arbeiten in verschiedenen bundesweiten Arbeitskreisen mit, die diese Ergebnisse erstellen. In einem zweiten Beitrag erörterte Herr Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen im Statistischen Landesamt, am Beispiel der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Möglichkeiten und Probleme der Bereitstellung dieser Ergebnisse. Mit einer frühzeitigen Veröffentlichung der von den Nutzern in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie von den Konjunkturforschern geforderten hochaktuellen Konjunktur- und Wirtschaftsdaten bewegt sich die amtliche Statistik im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. Die entstehungsseitige Berechnung des BIP gliedert sich in verschiedene Phasen, nämlich Fortschreibungen und Originärberechnungen, in denen sukzessive – über einen längeren Zeitraum – auf eine zunehmend breitere verfügbare Datenbasis zurückgegriffen werden kann.

Unterschiede zwischen den VGR-Ergebnissen der einzelnen Berechnungsstände sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, die sowohl in gleicher Richtung als auch gegensätzlich wirken können, d. h. deren Effekte sich verstärken und/oder überlagern können. Dies wurde im Einzelnen erläutert und anhand der sächsischen VGR-Ergebnisse der letzten Jahre dargestellt. Abweichungen der Länderergebnisse zwischen einzelnen Berechnungs-

ständen können durchaus nicht unproblematische Folgewirkungen haben. Beispielsweise betraf dies die preisbereinigten Wachstumsraten des sächsischen BIP für das Jahr 2006, die zu den verschiedenen Berechnungsständen sehr unterschiedliche Werte aufwiesen. Ein regionaler Vergleich mit den gesamtdeutschen Ergebnissen führte hier zu gegensätzlichen Aussagen. [3]

Letztlich bestimmt die jeweils verfügbare Datenbasis die Durchführung der regionalen Gesamtrechnungen. Damit sind unterschiedliche methodische Ansätze zur Wertschöpfungsberechnung in den einzelnen Berechnungsphasen unausweichlich, um dem Aktualitätserfordernis Rechnung zu tragen. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftsentwicklung und infolge der zurzeit laufenden Umstellung der Fachstatistiken auf eine neue Wirtschaftszweigklassifikation wird die Durchführung der regionalen VGR gegenwärtig sehr erschwert. Die Nutzung der regionalen Umsatzentwicklung für Zwecke der Fortschreibung des BIP und die Übertragung von Bundesentwicklungen in einzelnen Bereichen auf die Länder mit ihren spezifischen Wirt-

schaftsstrukturen sind unter diesen Bedingungen nicht unproblematisch. Damit sind die Voraussetzungen für das gängige BIP-Fortschreibungsverfahren des Arbeitskreises VGR der Länder zurzeit nicht gegeben, was zu einem eingeschränkten VGR-Ergebnisausweis führen kann. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation auf der Länderebene sollten daher vorrangig die verfügbaren fachstatistischen Konjunkturinformationen genutzt werden.

Mit dem dritten Beitrag in dieser Veranstaltung wurde eine Verbindung zu den Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern hergestellt. Herr Dr. Jürgen Prescher, Industrie- und Handelskammer Dresden, Referat Wirtschaftsstatistik/Konjunkturentwicklung, erläuterte die Bedeutung dieser regelmäßig auf freiwilliger Basis durchgeführten Umfragen bei den Kammermitgliedern und stellte das Verfahren sowie ausgewählte Ergebnisse der Frühjahrsumfrage 2009 vor. Im Dresdner Kammerbezirk hat sich die Wirtschaftslage merklich verschlechtert. Derzeit zeigt kein Indikator eine Besserung der konjunkturellen Situation an. [4]



Bild 1 Begrüßung der Teilnehmer durch die Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher



Bild 2 Die Teilnehmer im Dialog mit den Referenten



Bild 3 Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher im Gespräch mit den Referenten Herrn Dr. Wolfgang Nierhaus, ifo München (rechts), und Herrn Dr. Wolf-Dietmar Speich, Statistisches Landesamt



Bild 4 Kollegen der Sächsischen Kammern in der Diskussion, rechts Referent Herr Dr. Jürgen Prescher, IHK Dresden

Insgesamt ist festzuhalten, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Situation für die Konjunkturforschung grundsätzlich eine große Herausforderung darstellt. Kritik an den Prognosen der Konjunkturforscher ist dabei kein neues Phänomen. In Krisenzeiten sind drastische Korrekturen der Prognosen unausweichlich, da unvorhergesehene bzw. überraschende Wirkungen für eine Krise typisch sind. Die Kritik an den Prognostikern zeigt daher „...auch eine erstaunliche Unkenntnis von der Leistungsfähigkeit der Konjunkturprognostik...“. [5] Umso wichtiger erscheint daher der Vorschlag, Alternativrechnungen bezüglich wichtiger Prognoseannahmen durchzuführen, um „...die Bandbreite möglicher Entwicklungen zu verdeutlichen.“ [6]

Für Zwecke der Konjunkturforschung sind Daten der amtlichen Statistik unverzichtbar. In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass sich verschiedene Faktoren in der Regel sowohl auf das konjunkturstatistische Datenangebot als auch auf die Gesamtrechnungsergebnisse auswirken. Dies betrifft Änderungen im statistischen System infolge der Berücksichtigung von Vorgaben zum Bürokratieabbau sowie zur Entlastung der Unternehmen von statistischen Auskunftspflichten und/oder im Zusammenhang mit der Umsetzung rechtsverbindlicher EU-Datenforderungen. Die Auswirkungen der Änderungen im Statistiksystem können dabei auf nationaler und regionaler Ebene verschieden sein. Bei der Prüfung von Änderungsvorschlägen ist stets zu berücksichtigen, dass die Qualität der VGR-Ergebnisse entscheidend von den basisstatistischen Voraussetzungen geprägt wird. Bei Änderungen von Basisstatistiken, beispielsweise bei der kürzlich erfolgten Anhebung der Abschnidegrenze im Monatsbericht für Betriebe im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), sind immer die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Ergebnisse der Gesamtrechnungen mit zu berücksichtigen. Darüber hinaus gibt es insbesondere im Dienstleistungsbereich noch Datenlücken, die die Gesamtrechnungen, hauptsächlich auf der Entstehungsseite, erschweren. Im Zuge der Reform der Unternehmensstatistik, die gegenwärtig als Projekt von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Statistischen Ämter behandelt wird, sind diese Aspekte zwingend zu beachten. Gerade der geplante verstärkte Rückgriff auf Verwaltungsdaten ist mit Konsequenzen für die künftigen basisstatistischen Voraussetzungen für Zwecke der VGR verbunden. Hinsichtlich der Nutzung von Verwaltungsdaten gibt es zurzeit noch verschiedene Schwierigkeiten, die entsprechende Lösungen erfordern, die jedoch nur gemeinsam mit den Verwaltungsstellen geschaffen werden können.

Die Durchführung des 3. Kamenzer Dialogs war Teil der Aktivitäten des Statistischen Landesamtes zur vertieften Kooperation mit verschiedenen Partnern, was im Zusammenhang mit der stärkeren analytischen Ausrichtung des Amtes steht. Ziel ist eine noch intensivere Auswertung der im Amt vorhandenen amtlichen Daten als dies bisher der Fall war. Für die engere Zusammenarbeit mit der Dresdner

Niederlassung des ifo Instituts wurde der Grundstein vor zwei Jahren mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung gelegt. [7] Seitdem hat sich die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten intensiviert. Verwiesen sei hier insbesondere auf die Durchführung von Veranstaltungen sowie die rege Vortragstätigkeit. [8] Neben weiteren geplanten Vorträgen zu verschiedenen Themen soll ab Herbst dieses Jahres ein gemeinsames Forschungsprojekt im Bereich Konjunktur bearbeitet werden.

Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

#### Literatur und Quellenverzeichnis:

- [1] Im Sog der Weltrezession - Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009. Unter: <http://www.cesifo-group.de/download/kprog/GD-20090423-lang.pdf>, S. 7f.
- [2] Pressemitteilung des Bundesministers zu Guttenberg vom 29. April 2009 zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung.
- [3] Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? In: Statistik in Sachsen, 1/2009, S. 7-14, hier S. 13f.
- [4] Wirtschaft im Sog der Krise – Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer Dresden – Frühjahr 2009, S. 2.
- [5] Heilemann, U.: Déjà Vue: Prognose in der Krise. In: Wirtschaftsdienst, 2/2009, S. 9-13, hier S. 9.
- [6] Heilemann, U.: Déjà Vue: Prognose in der Krise., a. a. O., S. 13.
- [7] ifo Institut für Wirtschaftsforschung und das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen wollen noch intensiver als bisher kooperieren. In: Statistik in Sachsen, 2/2007, S. 82-83.
- [8] Statistiker und Konjunkturforscher arbeiten eng zusammen. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 127-128 bzw. Erfahrungsaustausch zwischen Datennutzern und amtlichen Statistikern – Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 15. Juli 2008.



## Besuch des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes im Statistischen Landesamt Sachsen

Der neue Präsident des Statistischen Bundesamtes und Bundeswahlleiter, Herr Roderich Egeler, hat sich zum Beginn seiner Amtszeit das Ziel gesetzt, alle Statistischen Landesämter zu bereisen, um die Spezifika der verschiedenen Landesämter, die Bedingungen vor Ort und die Führungskräfte der jeweiligen Ämter kennen zu lernen und in einem vertieften Dialog gemeinsam berührende Fragen im kleinen Kreise und in vertrauensvoller Atmosphäre zu besprechen.

Zu diesem Zweck besuchte er am 27. Mai 2009 gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Bundesamtes, Herrn Peter Weigl, das Statistische Landesamt Sachsen.

Im Rahmen dieses intensiven Gespräches mit den Führungskräften des Statistischen Landesamtes wurden vielfältige gemeinsam berührte Themen vertieft besprochen. Schwerpunkte waren einmal die diversen Maßnahmen zur Organisations- und Personalentwicklung, die in unserem Hause schrittweise umgesetzt werden und bereits heute Früchte zeigen. An diesen Fragenstellungen bestand seitens der Gäste sehr starkes Interesse, da sich die Probleme und die daraus abzuleitenden Handlungsbedarfe im Statistischen Bundesamt ganz ähnlich darstellen wie im Statistischen Landesamt Sachsen. Ermutigend war dabei für uns, dass bei allen eingeleiteten Maßnahmen unseres Hauses hohe Übereinstimmung mit dem Bundesamt besteht und dass die Gäste starkes Interesse am weiteren Fortgang unseres Optimierungsprozesses gezeigt haben. Dies macht uns Mut und gibt uns Zuversicht bezüglich der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges, zu dem es – auch nach Meinung des Bundesamtes – keine echte Alternative gibt, wenn wir die Anforderungen der Zukunft meistern wollen.

Zweiter Diskussionskomplex waren fachstatistische Fragen. Dabei waren die großen gemeinsamen Projekte, wie Unternehmensregister neu und Zensus, verständlicherweise wichtige Schwerpunkte. Die sehr konstruktive Diskussion ermöglichte dabei, die verschiedenen Standpunkte darzulegen und Ableitungen für zukünftiges abgestimmtes Handeln zu generieren.

Auf sehr großes Interesse stießen zudem unsere Ausführungen zu den verschiedenen Analyseaktivitäten, die wir in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ressorts in Sachsen leisten. Unser hohes Engagement, den Datennutzern passgenaue Datenquellen zu liefern und unsere Analyse- und Prognosekompetenz auszubauen, fand sehr positive Würdigung durch das Bundesamt. Hier zeigt sich wiederum eines: Unsere Strategie, die Analysekompetenz zu stärken ist langfristig der richtige Weg zur Stabilisierung der amtlichen Statistik im Lande.



*Die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher im Gespräch mit Herrn Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes (rechts) und Herrn Peter Weigl, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes (Mitte)*

Die Diskussion über sinnvolle und kooperative Wege der Zusammenarbeit zwischen den Landesämtern und zwischen dem Bundesamt und den Landesämtern rundete die Palette der vielfältigen Diskussionsfelder ab.

Im Ergebnis hat sich für alle Beteiligten gezeigt, dass der Besuch der Führungsspitze des Bundesamtes in unserem Hause zu sehr fruchtbaren Gesprächen geführt hat und sicher dazu beitragen wird, die ohnehin gute Zusammenarbeit noch weiter zu intensivieren. Das gegenseitige Verständnis ist sicherlich durch den Besuch gewachsen – eine wichtige Voraussetzung für ein gemeinsames Arbeiten in der Zukunft.

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

## Neues aus Sachsen

### Neuer Regionalatlas freigeschaltet – Neueste Technik veranschaulicht Daten über alle Landkreise und Kreisfreien Städte Deutschlands nut- zerfreundlich auf Karten

Seit dem 20. Mai 2009 bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Internet einen neuen interaktiven Regionalatlas unter der Adresse [www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de) an. Der neue kostenlose Regionalatlas löst den bisherigen „Online-Atlas zur Regionalstatistik“ ab und stellt in Form von thematischen Karten über 80 Indikatoren für alle Landkreise und Kreisfreien Städte Deutschlands dar, die sich an aktuellen Fragestellungen orientieren.

Das interaktive Informationsangebot erstreckt sich über eine Vielzahl von Themenbereichen. So ist beispielsweise abrufbar, dass die Zahl der Gästeübernachtungen je Einwohner, also die Fremdenverkehrsintensität, u. a. im Schwarzwald, entlang der Mosel, in den bayrischen Alpen, an der Nordseeküste und in fast allen Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns deutschlandweit am höchsten ist. Aber auch in welchen Regionen Deutschlands die Pkw-Dichte, das verfügbare Einkommen oder die Arbeitslosenquote besonders hoch sind, ist auf einen Blick zu erkennen.

Großes Plus des neuen Regionalatlas ist die neueste Technik, die für die Darstellung von Karten im Internet genutzt wird. Sie bietet dem Anwender umfangreiche Möglichkeiten für die Veranschaulichung und Abfrage der Informationen. So können z. B. zu jedem Themenbereich unterschiedliche Indikatoren und Berichtszeiträume abgefragt werden. Weiterhin sind die individuelle Anpassung der Einfärbung jeder Karte und der Klasseneinteilung sowie die Darstellung der Indikatorwerte in Tabellenform möglich. Das Angebot wird ergänzt durch eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Indikatoren. Wichtiger Nebeneffekt für alle Anwender ist, dass zur Nutzung des neuen Atlas keine Installation zusätzlicher Software nötig ist.

### Mehr Beschäftigte in Sachsen

1 398 763 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten zur Jahresmitte 2008 ihren Arbeitsplatz in Sachsen. Die Beschäftigtendaten werden einschließlich vergleichbarer Angaben für 2007 erstmals nach einer neuen Wirtschaftszweigsystematik (Ausgabe 2008) dargestellt. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Sachsen gegenüber 2007 um reichlich 25 000 Personen bzw. 1,9 Prozent, wobei der Anstieg deutlich mehr Teilzeit- als Vollzeitbeschäftigte betraf. Fast 19 Prozent aller Beschäftigten hatten am 30. Juni 2008 eine verkürzte Arbeitszeit. Besonders hoch waren die Anteile an Teilzeitbeschäftigten in den Wirtschaftsabschnitten Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen. Von der Erhöhung

der Beschäftigtenzahl profitierten insgesamt Männer und Frauen nahezu im gleichen Umfang, so dass der Frauenanteil im Vergleich zum Vorjahr unverändert blieb. Die vergleichbaren wirtschaftsfachlichen Ergebnisse von 2007 zeigen, dass 2008 insbesondere der Abschnitt Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (dieser Bereich enthält die Überlassung von Arbeitnehmern), die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie das Verarbeitende Gewerbe deutliche Beschäftigungszugänge um vier Prozent und mehr verzeichneten.

### Landwirtschaftsfläche weiterhin dominierende Nutzungsart, Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche gebremst

Mit 1 020 325 Hektar stellte die Landwirtschaftsfläche am Ende des Jahres 2008 die überwiegende Flächennutzungsart in Sachsen dar. Trotz eines leichten Rückganges um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr lag ihr Anteil an der Gesamtfläche des Freistaates mit 55 Prozent deutlich über dem der anderen Nutzungsarten. 27 Prozent der Landesfläche waren bewaldet, sieben Prozent machten Gebäude- und Freiflächen und vier Prozent Verkehrsflächen aus. Die anderen Nutzungsarten besaßen nur Anteile zwischen einem und zwei Prozent.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche, die sich aus Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen ohne Abbau- und Erholungsflächen, Verkehrsflächen und Friedhofsflächen zusammensetzt, umfasste zum 31. Dezember 2008 insgesamt 224 181 Hektar. Das sind 2 514 Hektar mehr als ein Jahr zuvor. Mit 1,1 Prozent fiel die Zunahme jedoch wesentlich moderater aus als im Jahr 2007. Damals stieg die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 4 099 Hektar bzw. 1,9 Prozent.

Der flächenmäßig größte Direktionsbezirk war mit einem Landesanteil von 43 Prozent der Direktionsbezirk Dresden, gefolgt vom Direktionsbezirk Chemnitz (35 Prozent) und dem Direktionsbezirk Leipzig (22 Prozent). Von den Landkreisen hatte der Landkreis Bautzen mit 239 065 Hektar die größte Ausdehnung. Sein Flächenanteil lag bei 13 Prozent. Der kleinste war der Landkreis Zwickau mit 94 933 Hektar bzw. fünf Prozent Flächenanteil. Die Stadt Dresden umfasste als größte Gemeinde Sachsens 32 831 Hektar, der Kurort Rathen als kleinste besaß dagegen nur 358 Hektar.

### Pro Kopf wurden 2007 in Sachsen 1 398 € gespart

Jeder Einwohner in Sachsen hat im Jahr 2007 durchschnittlich 14 008 € für den privaten Konsum ausgegeben, das waren 207 € bzw. 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschlandweit betrugen die privaten Konsumausgaben 16 699 € je Einwohner. Damit erreichte das sächsische Ergebnis zuletzt

84 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Für die alten Länder ohne Berlin lag der Pro-Kopf-Wert bei 17 413 € und damit um 3 640 € über dem Ergebnis für die fünf neuen Länder. Insgesamt betrugen die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 in Sachsen 59,3 Milliarden €. Dieser Wert lag um 0,8 Prozent über dem von 2006. Der Anteil Sachsens an den gesamtdeutschen privaten Konsumausgaben betrug 4,3 Prozent.

Die Sachsen haben im Durchschnitt 9,1 Prozent ihres verfügbaren Jahreseinkommens 2007, das sind 1 398 € pro Kopf gespart. Das waren 0,6 Prozent bzw. rund 8 € je Einwohner mehr als im Jahr 2006. Das pro Kopf verfügbare Einkommen in Sachsen (rund 15 300 €) erhöhte sich dagegen zum Vorjahr um 1,3 Prozent.

Im Durchschnitt wurden 2007 in Deutschland 2 032 € je Einwohner gespart, das waren 102 € bzw. 5,3 Prozent mehr als im Jahr 2006. Die in Sachsen pro Kopf gesparten 1 398 € entsprachen 69 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Im Vergleich dazu wurden in den fünf neuen Ländern 2007 durchschnittlich je Einwohner 1 405 € und in den alten Ländern ohne Berlin sogar 2 189 € gespart. Die gesamtdeutsche Sparquote lag bei 10,8 Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Das sächsische Sparvolumen betrug im Jahr 2007 in jeweiligen Preisen reichlich 5,9 Milliarden €. Der sächsische Anteil am Bundeswert des Sparens lag bei 3,5 Prozent.

#### 1. Juni 2009 – Internationaler Tag der Milch

Zum internationalen Tag der Milch soll das natürliche und gesunde Getränk weltweit für alle Menschen im Bewusstsein gehalten werden.

Sachsen kann sich in Sachen Milchproduktion deutschlandweit sehen lassen. 1,6 Millionen Tonnen Milch wurden 2008 in Sachsen erzeugt. Dafür wurden 191 400 Milchkühe in den landwirtschaftlichen Betrieben gehalten. Damit sind fast 38 Prozent aller in Sachsen gehaltenen Rinder Milchkühe.

Mit einer durchschnittlichen Jahresleistung von 8 398 Kilogramm je Kuh wurde der Bundesdurchschnitt von 6 827 Kilogramm um 1 571 Kilogramm überboten. Die sächsischen Milchkühe hielten mit ihrer Leistung erneut den Spitzenplatz unter den Bundesländern vor Brandenburg mit 8 331 Kilogramm und Sachsen-Anhalt mit 8 262 Kilogramm. Seit 1990 verdoppelte sich damit fast die damalige Jahresleistung von 4 395 Kilogramm. Demgegenüber verringerte sich in diesem Zeitraum der durchschnittliche Milchkuhbestand um 225 700 Stück (54,1 Prozent) auf 191 400 Tiere.

Der überwiegende Teil der Milch (97,8 Prozent) wurde an Molkereien geliefert. Der Rest wurde verfüttert oder in den Haushalten der Erzeuger verbraucht bzw. über die Direktvermarktung abgesetzt. Die an Molkereien gelieferte Milchmenge entspricht einer Pro-Kopf-Erzeugung von 374 Kilogramm. Übrigens gehörten rund 91 Prozent aller Milchkühe im November 2008 der Rasse Holstein-Schwarzbunt an. Zu den exotischeren Milchnutzungsrasen, die auf sächsischen Weiden zu finden sind, zählen z. B. Angler oder Jersey.

#### Internationaler Tag der Familie am 15. Mai 2009 – In 37 Prozent der sächsischen Familien wachsen Kinder mit Geschwistern auf

368 750 Familien (Elternpaare oder allein Erziehende) mit Kindern unter 18 Jahren gab es im Jahr 2007 in Sachsen. Gegenüber 1997 hat sich diese Zahl um 32 Prozent verringert, damals gab es in Sachsen noch 543 300 Familien mit Kindern. Dabei waren die Familienformen in diesem Zeitraum einem Wandel unterworfen. Während sich 1997 noch in 73 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern die Eltern für ein gemeinsames Leben mit Trauschein entschieden, waren es 2007 nur noch 57 Prozent. Dagegen erhöhten sich die Anteile der nichtehelichen Lebensgemeinschaften (von 10 auf 20 Prozent) und der allein Erziehenden (von 16 auf 23 Prozent).

Die sächsischen Familien sind heute kleiner als vor zehn Jahren. In 37 Prozent der Familien wuchsen 2007 die Kinder mit mindestens einer Schwester oder einem Bruder unter 18 Jahren auf. 1997 betrug dieser Anteil noch 42 Prozent. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern änderte sich jedoch nicht, er lag wie vor zehn Jahren bei sieben Prozent. Der Anteil der Familien mit Einzelkindern erhöhte sich von 58 Prozent im Jahr 1997 auf 63 Prozent 2007.

#### Zum Weltfernmeldetag am 17. Mai: Sachsen greifen immer häufiger zum Handy

Mit 99,2 Prozent waren fast alle sächsischen Haushalte am Anfang des Jahres 2008 mit einem Telefon ausgestattet. Dabei gehören Mobiltelefone in immer mehr Haushalten zur Grundausstattung. Hatten 1998 gerade 9,7 Prozent der sächsischen Privathaushalte ein Mobiltelefon, verfügten 2003 bereits 68 Prozent und Anfang 2008 rund 85 Prozent über ein Mobiltelefon. Im bundesweiten Durchschnitt betrug der Ausstattungsgrad 86 Prozent.

Fast alle Haushalte (96 Prozent) mit Hauptverdiener in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen besaßen ein mobiles Telefon. Dagegen sinkt der Anteil mit steigendem Alter des Haushaltes. Dennoch freunden sich auch die älteren Jahrgänge immer mehr mit einem Handy an. In der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen besaßen 86 Prozent der Haushalte ein mobiles Telefon, in der Altersgruppe ab 65 Jahre immerhin noch zwei Drittel (66 Prozent).

Rückläufig ist dagegen die Ausstattung mit stationären Telefonen. 2003 waren diese Telefone noch in 94 Prozent der sächsischen Haushalte zu finden, 2008 nur noch in 87 Prozent. Damit lag Sachsen im Januar 2008 unter dem Bundesdurchschnitt von 90 Prozent, aber geringfügig über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und Berlin-Ost (86 Prozent).

Die Ergebnisse stammen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008, die bundesweit aller fünf Jahre durchgeführt wird.



Merkmal	Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 220,2	...	4 220,2	4 216,8	4 214,1	4 195,2	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 414	...	1 038	343	538	644	...	...	...
Lebendgeborene	Anzahl	2 822	...	3 179	2 365	2 638	2 592	...	...	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 089	...	4 935	4 339	3 865	3 916	...	...	...
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	...	6	8	12	3	...	...	...
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 268	...	-1 756	-1 974	-1 227	-1 324	...	...	...
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 108	...	3 734	4 870	4 050	4 931	...	...	...
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 347	...	781	1 173	1 065	1 255	...	...	...
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 037	...	4 447	6 195	5 400	5 848	...	...	...
darunter in das Ausland	Anzahl	1 344	...	1 128	1 674	1 503	1 490	...	...	...
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-929	...	-713	-1 325	-1 350	-917	...	...	...
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	8 467	...	7 203	9 085	7 443	8 411	...	...	...
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte <sup>3)</sup>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>4)</sup>	1 000	1 374,9	...	1 386,7	.	.	.	...	.	.
Frauen	1 000	673,5	...	681,3	.	.	.	...	.	.
Ausländer	1 000	13,4	...	13,6	.	.	.	...	.	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	241,0	...	250,1	.	.	.	...	.	.
darunter Frauen	1 000	202,4	...	209,8	.	.	.	...	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>5)</sup>										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	...	.	.	.	.	...	.	.
Produzierendes Gewerbe	1 000	.	...	.	.	.	.	...	.	.
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	...	.	.	.	.	...	.	.
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	...	.	.	.	.	...	.	.
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	...	.	.	.	.	...	.	.
Arbeitsmarkt <sup>3)</sup>										
Arbeitslose	1 000	322,8	279,6	294,4	320,4	318,6	248,8	261,1	296,9	304,4
Frauen	1 000	165,0	140,1	150,0	156,0	154,1	125,5	126,4	135,7	137,0
Männer	1 000	157,5	139,5	144,4	164,3	164,5	123,2	134,6	161,1	167,5
Ausländer	1 000	10,8	10,1	10,5	10,9	10,7	9,3	9,5	10,2	10,3
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	37,3	32,1	31,6	34,7	35,3	27,7	28,0	31,8	33,8
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>										
insgesamt	%	14,7	12,8	13,4	14,6	14,5	11,5	12,0	13,7	14,0
Frauen	%	.	13,6	14,5	15,0	14,9	12,2	12,3	13,2	13,3
Männer	%	.	12,2	12,5	14,2	14,2	10,8	11,8	14,1	14,7
Ausländer	%	.	25,8	26,4	27,5	27,0	24,0	24,6	26,3	26,6
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	12,2	11,7	12,9	13,1	10,7	10,9	12,3	13,1
Kurzarbeiter	1 000	4,9	6,7	6,3	11,6	13,6	6,0	16,3	...	...
Gemeldete Stellen	1 000	29,3	25,1	23,2	22,6	25,3	24,2	21,8	20,3	22,7
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	240	236	199	155	239	200	209	209	174
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	234	226	190	149	228	193	196	201	164
umbauter Raum	1 000 m³	194	201	163	120	212	164	200	180	147
Wohnfläche	1 000 m²	37	38	32	23	38	30	38	32	28
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	40 701	42 394	31 851	25 737	45 662	33 883	40 126	40 085	32 800
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	124	131	110	114	110	136	130	81	67
umbauter Raum	1 000 m³	750	893	985	560	1 355	525	1 320	475	343
Nutzfläche	1 000 m²	107	121	149	90	161	100	140	82	50
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	72 945	78 639	94 967	71 115	101 269	57 606	67 186	61 312	48 422
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	429	502	683	400	366	350	519	311	474
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 044	2 241	2 481	1 588	1 818	1 812	2 069	1 664	1 943

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) ab Juni 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Merkmal	Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Landwirtschaft										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	5 180	5 237	4 669	5 639	4 627	6 289	5 418	5 664	5 199
darunter										
Rinder insgesamt	t	821	884	781	962	853	987	967	972	882
darunter Kälber <sup>2)</sup>	t	19	22	42	13	14	23	42	21	16
Jungrinder		.	.	.	.	.	.	.	2	2
Schweine	t	4 322	4 315	3 846	4 647	3 747	5 233	4 408	4 661	4 293
Eiererzeugung <sup>3)</sup>	1 000 St.	85 358	86 442	92 849	93 476	86 802	79 989	84 397	82 953	71 226
Milcherzeugung	1 000 t	132	134	132	137	131	127	134	136	127
darunter										
Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	131	129	133	127	125	131	133	124
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>4)</sup>										
Betriebe	Anzahl	.	1 248	.	1 209	1 209	1 254	1 254	1 240	1 238
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	.	198,4	.	193,6	194,3	200,7	199,5	196,7	196,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	27 694	.	29 004	28 065	26 802	23 684	26 567	24 957
Bezahlte Entgelte	Mill. €	.	499,1	.	473,1	458,8	608,8	507,5	456,0	417,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	.	4 237,9	.	4 035,2	4 219,1	4 169,7	3 972,6	3 130,9	3 027,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>5)</sup>	Mill. €	.	1 565,5	.	1 522,7	1 550,1	1 475,8	1 172,7	1 223,9	1 135,1
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	.	1 894,3	.	1 761,2	1 934,8	1 918,8	2 018,3	1 236,2	1 228,8
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	53,5	.	54,5	55,2	54,6	49,3	50,0	48,3
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	724,6	.	696,8	679,0	720,5	732,2	620,9	614,8
Auslandsumsatz	Mill. €	.	1 581,7	.	1 528,7	1 614,2	1 556,6	1 712,1	1 060,6	1 039,2
Energie- und Wasserversorgung <sup>6)</sup>										
Betriebe	Anzahl	174	134	173	136	134	133	133	139	139
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,4	14,0	14,4	14,1	14,1	14,1	14,0	14,0	14,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 914	1 870	1 579	1 995	1 922	1 783	1 637	1 919	1 803
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	45	46	42	41	41	74	44	43	42
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 807	2 671	2 979	2 959	2 810	2 759	2 995	3 225	2 806
Bauhauptgewerbe <sup>7)</sup>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,4	55,1	55,4	52,8	52,0	55,7	54,3	51,2	51,3
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 544	5 444	4 001	3 841	4 119	5 522	4 080	2 572	3 058
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 664	1 583	1 179	1 101	1 228	1 485	1 083	670	820
gewerblicher Bau	1 000	2 051	2 070	1 507	1 573	1 690	2 135	1 616	1 083	1 295
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 829	1 791	1 315	1 167	1 201	1 902	1 381	819	943
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,2	99,4	96,7	87,6	81,5	108,8	102,4	80,2	77,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	449,7	465,3	561,3	253,6	291,5	561,1	517,0	197,3	241,3
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	91,0	97,3	100,8	61,8	65,7	109,9	85,5	44,2	48,0
gewerblicher Bau	Mill. €	201,6	211,7	228,1	108,3	132,9	260,7	266,2	97,4	126,8
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	157,1	156,2	232,4	83,5	93,0	190,4	165,4	55,6	66,6
Ausbaugewerbe <sup>8) 8)</sup>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	17,5	17,8	17,3	.	.	.	17,8	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 751	5 873	5 735	.	.	.	5 827	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	97,7	102,1	103,7	.	.	.	109,9	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	409,4	446,2	505,0	.	.	.	559,7	.	.

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008, die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

8) Angaben beziehen sich auf das Quartal

Merkmal	Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Handel <sup>1)</sup>										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	94,8	94,3	95,5	94,6	94,2	93,9	93,9	92,3	92,0
Umsatz (nominal)	2005 = 100	107,1	110,7	103,6	98,1	96,3	104,4	103,5	83,8	82,2
Umsatz (real)	2005 = 100	99,9	97,7	94,9	88,9	86,7	95,5	97,9	79,5	77,7
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	99,2	101,6	101,4	101,2	100,5	103,9	104,4	101,5	100,4
Umsatz (nominal)	2005 = 100	97,7	102,3	117,6	92,9	92,8	105,2	126,4	92,8	87,4
Umsatz (real)	2005 = 100	95,5	97,3	113,8	89,4	88,9	100,2	121,3	88,8	83,0
Kfz-Handel <sup>2)</sup>										
Beschäftigte	2005 = 100	96,4	98,7	97,8	101,1	100,4	98,4	97,9	95,3	94,9
Umsatz (nominal)	2005 = 100	95,8	95,1	92,0	82,5	91,3	91,3	85,4	74,1	95,8
Umsatz (real)	2005 = 100	91,7	89,5	87,4	78,1	86,4	85,8	80,5	69,9	90,3
Gastgewerbe <sup>1)</sup>										
Beschäftigte	2005 = 100	101,6	100,1	101,6	97,5	97,7	100,0	99,7	95,0	95,2
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,9	100,7	117,3	81,2	83,6	100,5	111,7	75,3	74,0
Umsatz (real)	2005 = 100	98,9	94,2	110,9	76,9	79,0	93,5	102,7	69,7	68,2
Tourismus <sup>3)</sup>										
Gästeankünfte	1 000	499	506	455	309	360	430	476	317	342
darunter von Auslandsgästen	1 000	50	53	35	28	31	39	39	30	33
Gästeübernachtungen	1 000	1 338	1 348	1 186	873	1 005	1 085	1 212	865	996
darunter von Auslandsgästen	1 000	112	122	79	61	75	109	90	69	79
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>4)</sup>	Anzahl	1 896	1 757	1 799	1 566	1 344	1 708	1 650	1 503	1 349
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 314	1 234	1 145	1 002	882	1 108	1 063	845	737
Getötete Personen	Anzahl	20	20	17	16	14	12	16	13	13
Verletzte Personen	Anzahl	1 671	1 567	1 524	1 249	1 147	1 413	1 428	1 102	920
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 399	11 956	12 270	9 666	10 277	11 068	11 819	8 551	13 108
darunter Personenkraftwagen <sup>5)</sup>	Anzahl	10 207	9 775	9 981	7 975	8 535	9 240	9 762	7 412	11 713
Lastkraftwagen	Anzahl	1 276	1 229	1 556	1 127	964	1 332	1 377	751	769
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,6	4,8	4,7	6,0	8,0	5,1	6,0	3,5	4,9
Güterversand	1 000 t	8,4	7,4	7,8	6,8	13,7	4,5	1,1	1,3	3,3

1) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet.

2) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz

3) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristikcamping)

4) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis Dezember 2007: nur unter Alkoholeinwirkung)

5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

Merkmal	Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Außenhandel <sup>1)</sup>										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 952,7	1 933,8	1 732,9	1 947,9	2 014,7	1 872,5	1 528,2	1 461,8	1 299,0
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	71,0	70,3	64,3	68,6	65,0	59,2	67,3	65,6	62,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 850,6	1 787,3	1 633,8	1 800,0	1 863,7	1 741,2	1 407,3	1 327,7	1 169,6
davon										
Rohstoffe	Mill. €	7,6	6,8	5,2	7,5	6,1	7,3	5,0	3,9	6,7
Halbwaren	Mill. €	99,3	100,1	119,6	87,6	117,2	102,2	62,5	73,1	79,9
Fertigwaren	Mill. €	1 743,6	1 680,5	1 508,9	1 704,9	1 740,3	1 631,7	1 339,8	1 250,7	1 082,9
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	227,4	228,3	198,5	250,1	190,4	209,9	152,2	181,3	163,0
Enderzeugnisse	Mill. €	1 516,2	1 452,2	1 310,4	1 454,8	1 550,0	1 421,8	1 187,6	1 069,4	919,9
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 315,1	1 277,0	1 165,1	1 292,2	1 408,6	1 211,4	946,1	947,9	867,1
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 124,5	1 055,4	990,1	1 095,5	1 188,9	995,7	777,4	819,6	731,6
Afrika	Mill. €	32,6	35,0	30,2	35,3	27,7	32,9	31,3	20,8	33,2
Amerika	Mill. €	199,9	206,7	166,3	195,5	172,3	219,0	204,7	113,1	116,7
Asien	Mill. €	393,5	405,1	358,6	415,4	391,7	401,7	331,7	370,6	275,4
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,7	10,0	12,8	9,6	14,5	7,5	14,5	9,4	6,5
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 238,0	1 278,8	1 030,7	1 268,0	1 354,7	1 262,2	1 012,8	992,8	1 087,3
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	78,2	79,2	69,0	76,8	65,8	72,5	73,9	73,0	63,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 119,3	1 099,4	915,9	1 090,8	1 180,3	1 094,1	868,0	812,5	922,9
davon										
Rohstoffe	Mill. €	88,5	112,1	83,1	82,9	115,9	116,5	77,0	68,3	121,9
Halbwaren	Mill. €	107,4	112,1	103,1	84,3	112,3	80,0	60,1	41,9	84,1
Fertigwaren	Mill. €	923,3	875,3	729,7	923,6	952,1	897,5	730,9	702,2	716,9
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	161,3	161,9	127,6	119,7	197,7	142,4	153,7	132,4	120,0
Enderzeugnisse	Mill. €	762,0	713,3	602,1	804,0	754,4	755,1	577,2	569,8	596,9
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	990,1	1 058,4	825,2	1 013,9	1 147,1	977,1	765,6	780,2	888,2
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	811,1	853,4	655,8	845,8	925,5	801,4	625,6	653,7	691,0
Afrika	Mill. €	2,9	4,5	2,0	2,4	2,2	3,2	2,6	5,0	3,2
Amerika	Mill. €	92,7	70,5	63,5	88,3	69,8	78,2	63,2	64,5	65,3
Asien	Mill. €	151,2	143,6	139,1	161,6	134,7	201,3	177,8	139,6	128,7
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	1,1	1,9	0,9	1,8	0,8	2,4	3,7	3,4	1,9
Gewerbeanzeigen <sup>2)</sup>										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 253	3 294	2 918	3 315	3 506	2 866	2 915	3 410	2 881
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 914	3 058	3 235	3 863	3 308	2 756	3 688	3 659	2 718
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	777	699	625	849	696	775	592	693	579
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	151	154	112	160	155	164	127	149	143
Verbraucher	Anzahl	438	379	381	478	358	455	335	397	310
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	154	129	99	150	144	116	109	111	96
sonstige natürliche Personen <sup>3)</sup> , Nachlässe	Anzahl	34	36	33	61	39	40	21	36	30
eröffnete Verfahren	Anzahl	692	615	566	737	606	682	522	614	521
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	82	80	55	107	83	87	68	79	58
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	117	134	110	213	111	119	87	73	101

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

Merkmal	Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	104,8	107,7	106,6	106,2	106,8	107,7	108,0	107,5	108,0
Preisindex für Wohngebäude <sup>1)</sup>	2005 = 100	109,2	111,9	.	.	110,6	112,5	.	.	113,0
Verdienste										
Bruttonomatsverdienste <sup>2)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>3)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	2 470	2 553	2 315	x	x	x	2 404	x	x
männlich	€	2 538	2 627	2 378	x	x	x	2 474	x	x
weiblich	€	2 338	2 407	2 192	x	x	x	2 267	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 399	2 485	2 249	x	x	x	2 338	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	2 748	2 823	2 456	x	x	x	2 555	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 439	2 497	2 268	x	x	x	2 291	x	x
Energie- und Wasserversorgung	€	3 627	3 910	3 304	x	x	x	3 519	x	x
Baugewerbe	€	2 122	2 252	2 063	x	x	x	2 311	x	x
Dienstleistungsbereich <sup>4)</sup>	€	2 532	2 611	2 371	x	x	x	2 461	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	€	2 236	2 323	2 116	x	x	x	2 193	x	x
Gastgewerbe	€	1 546	1 566	1 507	x	x	x	1 511	x	x
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	€	2 345	2 415	2 192	x	x	x	2 263	x	x
Kredit- und Versicherungsgewerbe	€	3 682	3 867	3 196	x	x	x	3 301	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaft- lichen Dienstleistungen, a. n. g.	€	2 294	2 352	2 103	x	x	x	2 206	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 481	3 469	3 202	x	x	x	3 332	x	x
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	€	2 783	2 921	2 706	x	x	x	2 815	x	x
Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	€	2 438	2 451	2 323	x	x	x	2 345	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.  
Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

3) ohne Beamte

4) ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung

## Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl



